Mittwoch, 22. August 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15-24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 196 - 34. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Bevölkerung: Die Einwohnerzahl der Bundesrepublik ist weiterhin leicht rückläufig. Letztes Jahr gab es 32 Millionen Frauen und nur knapp 30 Millionen Männer. 718 000 Menschen starben, 594 000 Kinder wurden geboren.

Nach Bonn: Spekulationen um das Revirement in der Deutschland-Abteilung des Kreml. Moskau will den Gesandten Koptelzew, der Richard von Weizsäckers Politik in Berlin kritisch analysierte, nach Bonn entsenden. (S. 8)

Möllemann: Auf erheblichen Widerspruch nicht nur bei der SPD-Landesregierung Nordrhein-Westfalens, sondern auch bei vielen Industrie- und Handelskammern stieß die Äußerung des FDP-Landesvorsitzenden Möllemann, daß Firmen in andere Bundesländer abwandern würden, wenn die FDP nach den Wahlen 1985 nicht in den Landtag einziehen würde.

Schutzräume: Für die Wiedereinführung der Schutzraumpflicht plädiert die Deutsche Schutzbaugemeinschaft gegenüber dem Bundestag. Zur Zeit stünden nur 1 184 295 Schutzraumplätze für 61 Millionen Bürger zur Verfügung.

Manöver: Griechenlands Ministerpräsident Papandreou, zur Zeit auch Verteidigungsminister, untersagte US-Truppen die Teilnahme an einer gemeinsamen Militärübung in Griechenland. (S. 4)

Nicaragua: Als „Täuschungsmanöver nach sowjetischem Muster" bezeichnete US-Außenminister Shultz die für den 4. November geplanten Wahlen in Nicaragua.

Marokko: In einem Referendum wird die marokkanische Bevölkerung schon am 31. August über die Staatenunion mit Libyen abstimmen, auf die sich König Hassan II. und Libyens Revolutionsführer Khadhafi geeinigt hatten.

Protest: Als Bruch internationaler Rechtsnormen und einen „ungeheuerlichen Vorgang" bezeichnete die „DDR" die Einstellung des Mordprozesses gegen den Flüchtling Frank Dieter Weißgerber durch das Hamburger Landgericht. Für die Bundesrepublik, so schrieb das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" gestern, sei es „höchste Zeit", die völkerrechtlichen Realitäten hinsichtlich der „DDR" mit aller Konsequenz zu akzeptieren.

ZITAT DES TAGES



» Die Verantwortung für den schlechten Arbeitsmarkt tragen die Gewerkschaften, die diesen unsinnigen Streik vom Zaun gebrochen haben – und die SPD, die ihn unterstützt hat «

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg zur WELT FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

WIRTSCHAFT

Verschuldung: Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium tritt in einem Gutachten nachdrücklich für eine mittel- und langfristige Rückführung der staatlichen Kreditaufnahme ein. Nur so könnten die staats-, haushalts- und konjunkturpolitischen Nachteile einer anhaltend hohen Neuverschuldung vermieden werden. (S. 9)

Kein Impuls: Der private Verbrauch in den EG-Staaten wird in nächster Zeit voraussichtlich nur wenig zum wirtschaftlichen Wachstum in Europa beitragen, so die EG-Kommission. Die Verbraucher beurteilen ihre Finanzsituation eher pessimistisch. (S. 9)

Hoechst AG: Der Gewinn vor Steuern stieg weltweit im ersten Halbjahr um 84 Prozent auf 1,48 Milliarden DM. (S. 11)

US-Konjunktur: Der Höhepunkt des Aufschwungs ist überschritten. Die Wertschöpfung wird im laufenden Quartal nur noch rund vier Prozent betragen – bei sinkender Tendenz im Herbst.

Börse: An den Aktienmärkten gab es keine besonderen Bewegungen des Kursniveaus. Der Rentenmarkt tendierte etwas leichter. WELT-Aktienindex 144,6 (143,7). Dollarmittelkurs 2,8828 (2,8708) Mark. Goldpreis pro Feinunze 346,00 (349,30) Dollar.

KULTUR

Oper: Mit Hilfe der romanischen Stiftsruine will der Dirigent Siegfried Heinrich Bad Hersfeld zum Zentrum früher deutscher Opernkunst machen. (S. 17)

Wallfahrt: An 472 Beispielen – kostbaren Skulpturen, Gemälden, Kupferstichen, Kleidungsstücken und Münzen – wird in der Münchner Ausstellung „Wallfahrt kennt keine Grenzen" das Phänomen der christlichen Wallfahrt demonstriert. (S. 17)

SPORT

Eishockey: Ohne ihren Mannschaftskapitän Erich Kühnhackl muß die deutsche Nationalmannschaft zum Kanada-Cup (1.–20. September) reisen, dem Turnier der weltbesten Teams. Kühnhackl hat eine Knieoperation noch nicht überstanden.

Tennis: Wimbledonsiegerin Martina Navratilova (USA) wurde von der „Women's Tennis Association" zum dritten Mal in Folge und zum fünften Mal insgesamt zur „Spielerin des Jahres" gewählt. Sie gewann die letzten fünf großen Turniere.

AUS ALLER WELT

Aufsichtspflicht: Eine ständige Aufsichtspflicht über ihre spielenden Kinder ist den Eltern nicht zuzumuten, entschied der Bundesgerichtshof in einem von Kindern verursachten Brandstiftungsfall.

Insekten: Auf 100 Schädlinge kommen rund 40 000 „Nützlinge", erklärte der Kieler Ökologe Heydemann vor dem Entomologenkongreß in Hamburg. (S. 18)

Hautgout: Er riecht angeblich sehr stark nach Knoblauch, hat mindestens 39 Zentimeter lange Füße. Selbst die chinesische Regierung beginnt mittlerweile an die Existenz des legendären Schneemenschen „Yeti" zu glauben. Sie hat 13 000 Mark Kopfprämie ausgesetzt. Im Herbst wird zum Halali geblasen. (S.18)

Wetter: Nach Frühnebeln sonnig. 27 bis 31 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Stoltenberg mahnt Koalition: „Profil nicht gefährden"

Interesse an Konsolidierung des Partners FDP / Chance für gute Konjunktur

PETER GILLIES, Bonn

Wer jetzt weitere Steuersenkungen, Mehrausgaben oder Konjunkturprogramme fordert oder ankündigt, erliegt einer „finanzpolitischen Fehleinschätzung" und verstößt gegen den Koalitionsvertrag und Regierungsbeschlüsse. Daran erinnerte Bundesfinanzminister Stoltenberg (CDU) bei einem Redaktionsbesuch in der WELT. Es gelte, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik „ganz klares Profil" zu zeigen. Dies entscheide auch die nächsten Bundestagswahlen.

Der Minister räumte ein, daß die Selbstdarstellung der Bundesregierung in letzter Zeit gelitten habe. Einerseits sei es „fast ein Naturgesetz", daß in der Mitte einer Legislaturperiode neue Forderungen gestellt würden, zum anderen gebe es hausgemachte Ursachen. Vielfach hätten handelnde Politiker bei ihren „ungeordneten Ankündigungen" vergessen, sich mit dem „Sachverstand rückzukoppeln".

Er selbst werde versuchen, das „bisher überaus fruchtbare" Dreiergespräch mit dem Wirtschafts- und dem Arbeitsminister Ende August wieder zu beleben. Nach dem Rücktritt von Graf Lambsdorff und der Schwächung von Genscher sei die FDP zeitweise ein schwieriger Partner geworden. „Aber wir haben", meinte er, „ein großes Interesse daran, daß sich die FDP konsolidiert."

Finanzpolitisch treibt den Minister die Sorge um, eine „klare und vertrauensbildende Konsolidierungspolitik" werde durch wiedererwachte Verteilungslust aufs Spiel gesetzt. „Ich bezweifle die Weisheit jener, die schon acht Wochen nach einem Beschluß wieder alles in Frage stellen und neue Forderungen erheben", meinte Stoltenberg in Anspielung auf den FDP-Vorschlag, die zweistufige Steuerreform (1986 und 1988) vielleicht doch in einem Zug durchzuführen. Wer dies versuche, „wird an den Ländern scheitern", sagte der Minister, der „sich nicht unter Druck setzen läßt".

Stoltenberg erinnerte an die „klaren Absprachen" über die Steuerreform, das abgasarme Auto und die neue Eigenheimfinanzierung. Im übrigen sei die Sparpolitik „sehr eindeutig" im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP festgehalten. „Den einen oder anderen möchte ich daran erinnern", bekräftigte er.

Auch in der Konjunkturpolitik mahnt der CDU-Politiker zur Besonnenheit. Über das künftige Wirtschaftswachstum widersprächen sich die Expertenurteile. Es gebe aber „gute Chancen für eine positive Konjunkturentwicklung in der zweiten Jahreshälfte 1984". Man müsse die Herbstdaten sowie die Gutachten der Forschungsinstitute und des Sachverständigenrates abwarten. Erst dann, zwischen November und Januar, sei zu prüfen, „ob erstens ein Handlungsspielraum und zweitens ein Handlungsbedarf besteht".

In der Arbeitslosigkeit bezieht der Finanzminister klar Position: „Die Verantwortung für den schlechten Arbeitsmarkt tragen die Gewerkschaften, die diesen unsinnigen Streik vom Zaun gebrochen haben – und die SPD, die ihn unterstützt hat." Bei der Inflationsbekämpfung „sind wir mit einer Preissteigerungsrate von rund zwei Prozent Nummer eins in der Welt". Dieser Erfolg sei „gar nicht selbstverständlich".

DER KOMMENTAR

Pionierarbeit

DANKWART GURATZSCH

Kaum war im Juni bekannt geworden, daß Bundesinnenminister Zimmermann ein „Schutzprogramm für den Boden" vorlegen wollte, da beeilten sich SPD und Grüne, dem Minister noch schnell mit eigenen Forderungen zuvorzukommen. Das ist seit dem Amtsantritt Zimmermanns ein beliebtes Spiel. Denn der Minister hat mit seiner forschen Gangart im Umweltschutz den Oppositionsparteien nur noch geringe Profilierungsspielräume offengelassen.

Ein Beispiel dafür ist eben dieses Bodenschutzprogramm, das gestern der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Das Kompendium von mehr als 150 Seiten ist eine echte Pionierarbeit, zu der es in keinem europäischen Land ein Gegenstück gibt. Der Auftrag zu dieser Erfassung und Bewertung aller Gefährdungen des Bodens durch Industrie und Landwirtschaft, Städte- und Straßenbau war eine der ersten Amtshandlungen des Ministers im Herbst 1982 gewesen. Vorarbeiten auf diesem bisher vernachlässigten Gebiet hatte es nur in Hessen gegeben.

Wenn jetzt SPD und Naturschutzverbände mäkeln, Zimmermann lege nur ein Programm, aber kein Gesetz vor, so ist ihnen entgegenzuhalten, daß sie selber bis noch vor wenigen Tagen nichts anderes gefordert hatten; man lese nur die „Forderungen des BUND an eine neue Bundesregierung" oder die Rede des früheren hessischen Umweltministers Karl Schneider (SPD) zur Anhörung Bodenschutz. Auch SPD-Forderungen nach dem Ausstieg aus der EG-Agrarpolitik oder etwa nach Verbot der Einwegverpakkungen müssen sich daran messen lassen, daß die Sozialdemokraten bis zum Ablauf ihrer Amtszeit in Bonn weder derartige Vorstellungen erörtert noch auch nur einen Federstrich für ein Bodenschutzprogramm getan haben.

Das Parteiengezänk darf den Blick dafür nicht verstellen, daß die Fleißarbeit aus Zimmermanns Haus ein Eckdatum für die Umweltpolitik in der Bundesrepublik markiert. Die Unschuld beim Gebrauch der unersetzlichen Ressource Boden ist mit der Veröffentlichung dieses Papiers dahin. Wenn der Blackout ganzer Wirtschafts- und Industriezweige abgewendet werden soll, muß es schnell und ohne Zimperlichkeit in politisches und wirtschaftliches Handeln umgesetzt werden.

Die geistige Stärke Amerikas betont

Außenpolitische Rede von UNO-Botschafterin Kirkpatrick beim Parteitag der Republikaner

THOMAS KIELINGER, Dallas

Mit patriotischen Liedern, der Begrüßung mehrerer Goldmedaillen-Gewinner der US-Olympiamannschaft und den ersten politischen Grundsatzreferaten begann am Montag abend der Parteitag der amerikanischen Republikanischen Partei im texanischen Dallas. Ungewöhnlich für den Auftakt des Parteikongresses war, daß eine der Hauptreden sich ausschließlich mit der Außenpolitik befaßte.

UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick erntete mit einer außenpolitischen Tour d'Horizont stürmischen Beifall. Sie stellte ihren Text unter das Motto, wie es in der Welt aussähe, wenn Amerika seine Stärke vernachlässigte. „Unsere Stärke, für die wir viele Opfer bringen", sagte Kirkpatrick, „ist wesentlich für die Erhaltung der Unabhängigkeit und Freiheit unserer Alliierten und Freunde." Dann fuhr sie fort:

„Fragt Euch: Was würde aus Europa, wenn die USA sich zurückzögen? Was würde aus Afrika, wenn Europa unter sowjetische Beherrschung fiele? Was würde aus Europa, wenn der Nahe Osten unter sowjetische Kontrolle geriete? Was würde aus Israel, wenn es umgeben wäre von sowjetischen Satelliten? Was würde aus Asien, wenn die Philippinen oder Japan unter sowjetischen Einfluß gerieten? Was würde aus Mexiko, wenn Zentralamerika ein sowjetisches Klientengebiet würde? Was könnten die USA dann noch tun?"

Die Politikerin warf den Demokraten vor, auf alle diese Fragen keine Antworten zu wissen. Kirkpatrick, die noch immer nominell ein Mitglied der Demokratischen Partei ist und zu den Prominenten im neo-konservativen Lager im Reagan-Kabinett gehört, berief sich auf das Erbe der Präsidenten Truman und Kennedy, die als letzte demokratische Staatschefs noch einen Begriff von der Größe und Kraft Amerikas, seiner „geistigen Stärke" (Truman) gehabt hätten. Von diesen Grundbegriffen seien die heutigen Demokraten abgewichen. Das habe in den Jahren 1975 bis 1981 zu einem bemerkenswerten Verlust amerikanischen Einflusses und einem gleichzeitigen Vordringen Moskaus in nicht weniger als 14 Ländern der Dritten Welt geführt.

Im Gegensatz dazu habe die Wahl Reagans 1980 das Ende „dieser demütigendsten Epoche in der amerikanischen Geschichte" eingeleitet. Wörtlich fuhr die Botschafterin fort: „Ronald Reagan gab uns wieder Vertrauen in die Legitimität und den Erfolg der amerikanischen Institutionen. Vertrauen in die Fairneß des amerikanischen Volkes. Und Vertrauen in die Relevanz unserer eigenen Erfahrungen für die übrige Welt." In ätzenden Worten geißelte sie den Habitus der Demokraten, in allen Krisen immer zuallererst Amerika für die Malaise verantwortlich zu machen. Beispielsweise in Europa, in Amerika und im Nahen Osten.

Konferenzbeobachter hatten nach dem Vortrag der UNO-Botschafterin den Eindruck, hier sei eine Visitenkarte abgegeben worden, von der künftigen US-Außenministerin. Man weiß, daß Kirkpatrick in einer zweiten Reagan-Amtszeit nicht mehr den UNO-Posten bekleiden will, aber gerne das State Department übernehmen würde.

Handel mit harten Drogen ist gestiegen

ms. Bonn

Die Fahndungsaufgriffe an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und die Beschlagnahme von Rauschgiften lagen im ersten Halbjahr 1984 erheblich höher als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Nach Erhebungen im Bundesinnenministerium sind in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 8100 Straftäter bei Grenzkontrollen festgenommen worden. 1983 waren es in dieser Zeit 6600.

Diese Zahlen sind vor allem vor dem Hintergrund des ab 1. Juli geltenden Verzichts auf Grenzkontrollen gegenüber Frankreich und seit gestern auch gegenüber Österreich interessant, weil sie später zu Vergleichen herangezogen werden dürften.

Deutlich gestiegen ist auch die Beschlagnahme von Rauschgiften. Grenzschutz und Zoll stellten im ersten Halbjahr 1984 folgende Mengen an Rauschgiften sicher: Haschisch 60 Kilogramm (1983: 14 Kilogramm), Kokain 6,1 Kilogramm (17 Gramm), Heroin 257 Gramm (57 Gramm). Die Sicherheitsbehörden schließen daraus, daß das Angebot an solchen Rauschgiften, auch an harten Drogen, generell gestiegen ist.

Mit gewisser Besorgnis sehen sie vor dem Hintergrund der erhöhten Zahl von Fahndungsaufgriffen und der Beschlagnahme im Rauschgiftbereich der Entwicklung entgegen, die sich jetzt ergeben könnte. Auf höchster politischer Ebene war trotz Bedenken der Sicherheitsbehörden beschlossen worden, künftig nur noch Stichproben im fließenden Grenzverkehr zu machen.

USA planen Satellitenfunk für Osteuropa

DW. Washington

Die Vereinigten Staaten untersuchen offensichtlich gegenwärtig die Möglichkeit, mit Hilfe eines riesigen Satelliten über Osteuropa ein Rundfunkprogramm in die Staaten des Warschauer Pakts abzustrahlen. Wie die Washingtoner Fachzeitschrift „Satellite Week" meldete, hat die US-Raumfahrtbehörde Nasa bereits 1,5 Millionen Dollar in eine Vorstudie über Kosten und Bau des Satelliten investiert. Das Geld sei von der US-Informationsagentur (USIA) bereitgestellt worden.

Angeregt wurde das Projekt der Zeitschrift zufolge von dem Staatssekretär für Sicherheitsunterstützung und Technologie, William Schneider. In Regierungskreisen werde die Stationierung eines Kurzwellensenders im All als delikates Vorhaben angesehen, das die schon jetzt angespannten Beziehungen der USA zur Sowjetunion weiter verschlechtern könne.

Uneinigkeit herrschte dem Bericht zufolge unter den Nasa-Experten über die Frage, ob der Satellit mit Sonnenenergie betrieben werden könne. Der Satellit werde eine Antenne mit einem Durchmesser von 400 Metern haben und damit eines der größten geostationären Objekte im Weltraum sein.

Ungeklärt sei weiterhin die Frage, wie es gelingen könne, sowjetische Störsendungen zu neutralisieren. Die Störsignale werden direkt an den Empfänger gerichtet, auf dessen technische Ausstattung die Nasa keinen Einfluß hat. Bisher gibt es keine Reaktionen aus dem Ostblock auf die Pläne der Amerikaner.

Jerusalem: Chancen von Peres steigen

AP/DW. Tel Aviv

Die Chancen des Chefs der israelischen Arbeiterpartei, Shimon Peres, neuer Ministerpräsident seines Landes zu werden, haben sich verbessert. Gestern sprachen sich zwei führende Politiker früherer Rechtskoalitionen, Ex-Finanzminister Hurwitz und der ehemalige Verteidigungsminister Weizman, für Peres als neuen Premierminister aus.

Die Haltung von Hurwitz und Weizman gibt Peres die Möglichkeit, auch ohne den Likud-Block Shamirs eine Koalition zu bilden, wenn die gegenwärtigen Gespräche über die Bildung einer Großen Koalition scheitern sollten. Gleichzeitig stärkt die Position von Weizman und Hurwitz die Stellung Peres' in den Verhandlungen mit dem Likud. Bei diesen Verhandlungen haben Likud und Arbeiterpartei eine grundsätzliche Einigung in Wirtschaftsfragen erzielt.

Prozeß gegen Heidemann vertagt

DW. Hamburg

Der mit Spannung erwartete Prozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher hat gestern in Hamburg mit Angriffen der Verteidigung auf Gericht und Staatsanwaltschaft begonnen. Die Verteidiger des angeklagten ehemaligen „Stern"-Reporters Gerd Heidemann beantragten, Richter und Schöffen wegen Besorgnis der Befangenheit abzulehnen. Das Gericht vertagte sich auf den kommenden Dienstag.

Heidemann und Kujau müssen sich wegen fortgesetzten Betruges verantworten. Heidemann wird vorgeworfen, den Gruner + Jahr Verlag zur Zahlung von insgesamt 9,34 Millionen Mark für die Lieferung der gefälschten Hitler-Tagebücher veranlaßt zu haben. Davon soll er mindestens 1,725 Millionen Mark für sich behalten haben.

Seite 3: Prozeß gefährdet

Zimmermann legt Entwurf zum Bodenschutz vor

DW. Bonn

Bundesinnenminister Zimmermann hat den übrigen Bundesministerien seinen Entwurf für eine umfassende Bodenschutzkonzeption vorgelegt, über die das Kabinett im Herbst entscheiden soll. Vorrangige Ziele sind dabei nach seinen Angaben eine „Minimierung" der Bodenbelastung durch Schadstoffe und eine „Trendwende" beim Landverbrauch. „Unverkennbar bestehen für den Boden ernsthafte Gefahren und langfristige Risiken", heißt es in der Vorlage. Der Entwurf liefert erstmals eine detaillierte Darstellung der Belastung des Bodens – vom sauren Regen bis zur „Versiegelung" durch Städte- und Straßenbau – und stellt eine Vielzahl von Lösungsansätzen zu seiner Rettung zur Diskussion. Unter anderem wird an eine Verschärfung der Umweltgesetzgebung auf dem Wege eines Artikelgesetzes gedacht.

Seite 4: Bodenschutzkonzeption

Hochschulen: München mit bestem Ruf

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Personalchefs der großen deutschen Unternehmen führen zwar ebenso wie die Forschungsförderungs-Einrichtungen seit vielen Jahren Ranglisten der deutschen Hochschulen, doch während diese als Verschlußsachen gehütet werden, ist das Gefälle an einem anderen Indikator sehr klar zu erkennen: Von den 1353 jungen ausländischen Wissenschaftlern, die im vergangenen Jahr als Stipendiaten der Alexander-von-Humboldt-Stiftung an Hochschulen nach freier Wahl kommen konnten, konzentrierten sich rund 50 Prozent auf 14 Universitäten, die seit Jahren den besten Ruf haben. An der Spitze liegen München, Bonn, Heidelberg und Tübingen, gefolgt von Köln, Aachen, Göttingen, Bochum, Freiburg, Frankfurt, Erlangen, Hamburg, Karlsruhe und der TH München. Unis wie Paderborn und Bremen landeten „unter ferner liefen".

Zwar entspricht diese Rangfolge generell auch in etwa den Einschätzungen deutscher Fachleute, doch soll die „Bundesliga-Tabelle" der westdeutschen Hochschulen noch verbessert und verfeinert werden. Nachdem auch auf der Jahrestagung der Westdeutschen Rektorenkonferenz die Forderung nach „mehr Transparenz" auf dem Uni-Markt immer lauter wurde, bittet die Hochschullehrer-Organisation „Bund Freiheit der Wissenschaft" an die Arbeit.

In den USA werden in jährlich erscheinenden Reports die Rangfolgen veröffentlicht. Als dort Stanford die Konkurrenz von Harvard überholt hatte, führte dies zu Titelgeschichten in Polit-Magazinen. In Japan bewerben sich andererseits jährlich Absolventen von einigen hundert Oberschulen aus dem ganzen Land um die Aufnahme in die renommierteste Universität, Todai. Die Erfolgsquote der Schüler dabei ist ein veröffentlichter Wertmaßstab für die Oberschulen. Dies setzt sich fort über Grundschulen bis hinunter zu „Elite-Kindergärten".

Auch nach Ansicht des „Bundes Freiheit der Wissenschaft" können die Japaner noch weniger als die Amerikaner einfach kopiert werden. Die Organisation hat jetzt einen Kriterien-Katalog mit 35 Indices vorgelegt, mit deren Hilfe ein unbestechlicher Qualitätsmaßstab erstellt werden könnte. Die Liste reicht von der Zahl der erfolgreichen Studienabschlüsse einer Uni über das Verhältnis der durchschnittlichen Studiendauer zur Regelstudienzeit, die Zahl der Doktoranden mit anschließender wissenschaftlicher Karriere bis zur Berufungsbilanz der Hochschullehrer.

Wenn, wie es im Bundesbildungsministerium überlegt wird, über die Novellierung des Hochschulrahmen-Gesetzes auch noch eine stärkere Autonomie der Hochschulen im finanziellen Bereich und bei der selbständigen Auswahl eigener Studenten hinzukommt, könnte dies zusammen in den neunziger Jahren einen leistungsfördernden Wettbewerb der Universitäten stimulieren.

Früherer spanischer Premier aus Uruguay ausgewiesen

Regierung spricht von Einmischung in die Innenpolitik

WERNER THOMAS, Montevideo

Durch die renitente Haltung der Nationalpartei und die Ausweisung des früheren spanischen Premierministers Adolfo Suarez, der bei der Verteidigung des inhaftierten Präsidentschaftskandidaten Wilson Ferreira Aldunate helfen wollte, hat sich das politische Klima in Uruguay wieder verschärft. Suarez mußte das Land gestern abrupt nach nur zweitägigem Aufenthalt verlassen. Das Innenministerium beschuldigte ihn einer Einmischung in die interne Politik.

Diese Maßnahme der Militärregierung steht wahrscheinlich mit der Bestätigung der Präsidentschaftskandidatur Ferreiras durch die Nationalpartei in Verbindung. Ferreiras Rücktrittsangebot war am Sonntag mit überwältigender Mehrheit (298 zu zwei Stimmen) abgelehnt worden. Er hatte seiner Partei, einer der beiden großen politischen Bewegungen, aus einer schwierigen Situation helfen wollen.

Der Exsenator kehrte am 16. Juli aus dem Exil zurück. Er sitzt seither in Untersuchungshaft und muß sich gegen den Vorwurf verantworten, einst den linken Untergrund unterstützt zu haben. Da ihm auch die politischen Rechte bis 1991 aberkannt sind, kann er kein Wahlamt übernehmen. Ferreira bestritt die Vorwürfe und bestand bisher auf seiner Kandidatur.

Nächste Woche endet die Einschreibefrist für die Wahlen am 25. November. Wenn die Nationalpartei nicht noch in letzter Minute einen anderen Präsidentschaftskandidaten nominiert, bleibt sie von diesem Urnengang ausgeschlossen. Anfang dieser Woche war die Lage recht konfus: Es gibt jetzt Funktionäre, die den Empfehlungen Ferreiras folgen wollen. Ferreira schickte dem Parteikonvent einen Brief, in dem er empfahl, mit einem anderen Mann das Votum zu gewinnen und dann neue Wahlen auszuschreiben.

An diesen Wahlen beteiligen sich lediglich noch die Colorado-Partei, die linke „Frente Amplio" (Breite Front) und die katholisch-konservative „Bürgerunion".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sonntagszerredner

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Zu Adenauers Zeiten gab es die Plage der „Sonntagsreden". Ihr unbestrittener Meister war der Freidemokrat Thomas Dehler, ein wortgewaltiger Rhetor, der die Kunst beherrschte, *in freier Rede seinen Denkprozeß unmittelbar* über die Zunge fließen zu lassen. Was dabei herauskam, hat ihn mitunter selber überrascht, und dementsprechend war der publizistische Widerhall in den Medien ganz und gar unberechenbar – sehr zum allwöchentlichen Verdruß des „Alten". Aber Thomas Dehler war ja wenigstens noch originär und originell.

Heute gibt es die Plage des Dauerregens von Interviews. Jeder Abgeordnete will in die Medien, und so reden alle unentwegt, meistens nach dem Motto: Passiert ist nichts, aber ich sage mal schon etwas dazu. Aktuelles Beispiel: Ehe Verteidigungsminister Wörner überhaupt konkrete Vorschläge zur Bundeswehrplanung vortragen kann, wird schon alles, was er vorlegen könnte, von der Interviewwalze in den Boden gestampft. Wenn Oppositionspolitiker dieses Spiel treiben, dann wundert sich niemand darüber. Aber es sind die Schnellredner von der Koalition, die den Mund nicht halten können.

Jedermann weiß, daß es ohne die Verlängerung des Wehrdienstes nicht gehen wird, wenn die Zeit der schwachen Jahrgänge kommt. Schon vor Wochen ließ sich der FDP-Mann Ronneburger in einer Weise ein, die Befürchtungen weckte, die nächste Koalitionskrise sei vorprogrammiert. Am Wochenende suchte der FDP-Abgeordnete Feldmann *nachzuweisen, man* komme auch in Zukunft mit 15 Monaten Dienstzeit aus. Und Weiskirch (CDU) murmelte etwas von „ultima ratio".

Das Ergebnis ist, daß die unmittelbar Betroffenen, die jungen Männer unseres Landes, von vornherein negativ eingestimmt werden. Der umgekehrte Versuch, ihr Verantwortungsbewußtsein anzusprechen, wird gar nicht erst gemacht. Zudem werden die *Interviewweisheiten oft eher dunkel* als präsise formuliert. Also sehen sich Journalisten zu Recht veranlaßt, nachzufassen, um Klarheit herzustellen, und so wird das Thema noch einmal negativ umgesetzt.

Dieses Rundumgequatsche ist für diejenigen, die verantwortlich Politik zu machen haben, unerträglich. In welche Lage kommt Wörner, wenn seine Partner seine Arbeit zerreden, *bevor er sie tun kann? Am ärgerlichsten ist das* Duckmäusertum der Interviewbeflissenen. Wäre Bundeskanzler Kohl im Streit über die Nachrüstung ebenso kleinmütig gewesen, wo stünde heute die Bundesrepublik Deutschland?

Poor little rich girl

Von Thomas Kielinger

Man weiß nicht, wen man mehr bedauern soll: Walter Mondale oder Frau Ferraro, die so naiv in den Tornado der Kritik gestolpert ist, der sich über ihren Finanzen und denen ihres Mannes John Zaccaro aufgetürmt hat. Frau Ferraro hatte auf dem Parteikonvent in San Francisco einige Orgeltöne über soziale Ungerechtigkeit und den Mangel an Fairness bei den Republikanern dröhnen lassen. Was sie jetzt ans Tageslicht bringen muß, sieht nicht gerade nach Schulbuchbeispielen *tugendhaften Bürgersinns aus.*

Daß die mittelständische Hausfrau aus Queens, New York, als die sie sich immer gerne darstellt, zwei Millionen DM wert und mit einem Mann verheiratet ist, dessen Vermögenswerte sich auf über acht Millionen DM belaufen, sollte ihr in Amerika niemand ankreiden. Am wenigsten die Republikaner im dollarschweren Dallas – sie müßten (und möchten auch gern) Frau Ferraro ein *„Willkommen im Club!" zurufen.*

Aber der schamhaft verborgene Reichtum der Familie Ferraro – steuerlich vielleicht sogar unterberechnet – paßt so gar nicht zu ihren liberalen Auftritten. Die amerikanische Öffentlichkeit bekommt hier einen trefflichen Einblick in die Heuchelei politischer Rhetorik. Mehr als das: Es zeigt sich, daß die Republikaner als Partei des Wachstums und Wohlstands ein *viel ehrlicheres Bild von sich abgeben.*

Ist Mondales Wahl von Frau Ferraro als Vizepräsidentschaftskandidatin noch zu retten? Vor zwölf Jahren sah sich George McGovern vor eine ähnliche Frage gestellt, als Thomas Eagleton, sein designierter Mitstreiter, zugeben mußte, Jahre zuvor mehrfach in psychiatrischer Behandlung gewesen zu sein. Was für McGovern die Elektroschocks Eagletons waren, mögen für *Mondale die Finanzschocks des John Zaccaro* sein und das, was davon auf dessen Frau, Geraldine Ferraro, abfällt. Eagleton wurde schließlich fallengelassen und durch Sargent Shriver, einen Kennedy-Schwager, ersetzt. McGoverns Schicksal war damit endgültig besiegelt. Kann sich Mondale noch retten, mit oder ohne Preisgabe der Kandidatur Ferraro?

Der stille Teilhaber

Von Carl Gustaf Ströhm

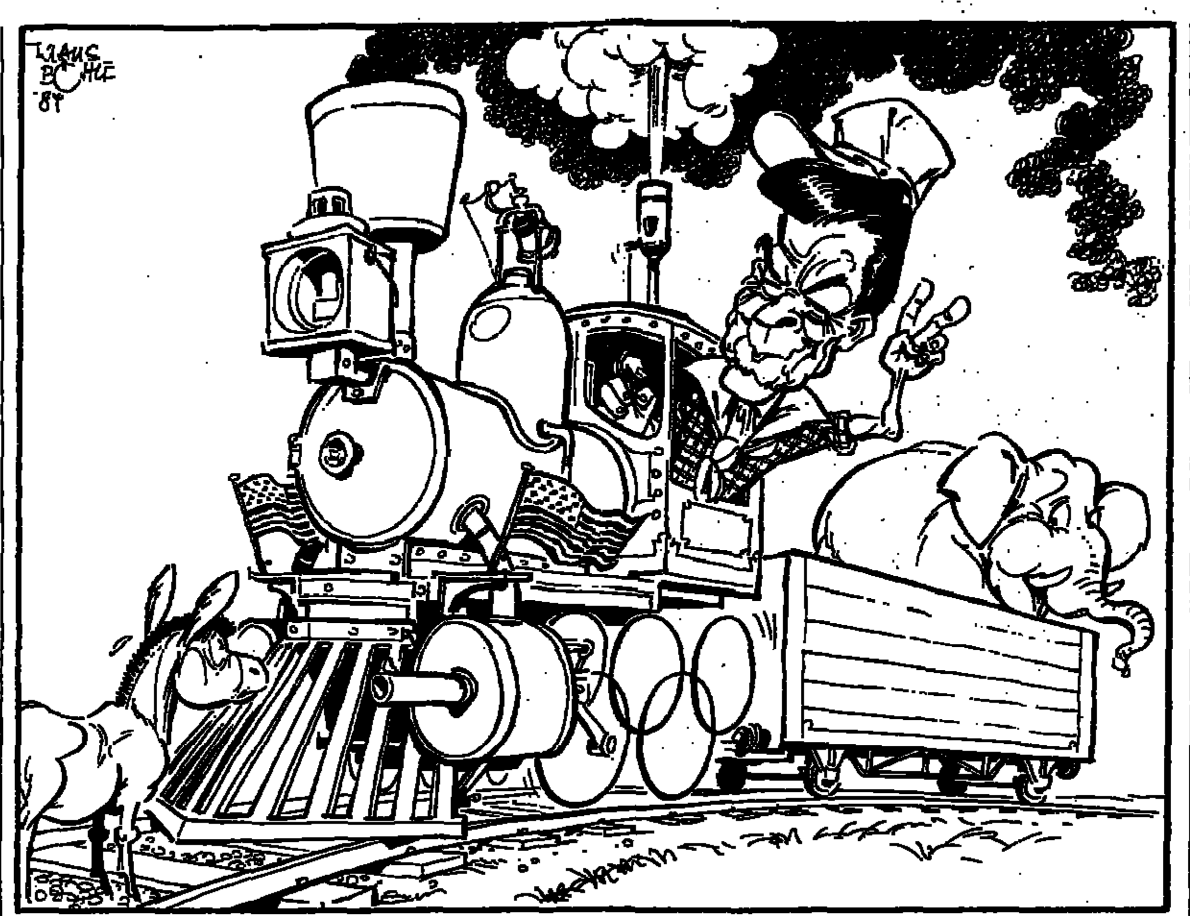
Moskaus Vorfeld gerät in Bewegung, zum Teil in Richtung Bonn. Noch vor Honecker wird der bulgarische Partei- und Staatschef Todor Schiwkow am Rhein erwartet. Die Reise des Bulgaren hat in gewissem Sinne Testcharakter.

Bulgarien galt und gilt als treuester Vasall der Sowjetunion in Osteuropa. Aber ebenso wie viele historische Bindungen das *Verhältnis zwischen Sofia und Moskau prägen, die noch in die* Zarenzeit zurückreichen und mit Kommunismus eigentlich nichts zu tun haben, so gibt es auch eine besondere, geschichtlich gewachsene Beziehung zwischen Bulgaren und Deutschen. Nicht zuletzt gibt es wirtschaftliche Interessen Sofias in Richtung Bonn.

Schiwkow, der als geschickter Taktiker gilt, muß sehen, wie er sowohl die Moskauer als auch die Bonner Wünsche unter einen Hut bekommt. Er kann schlecht nach Bonn reisen und gleichzeitig daheim eine Revanchismus-Horror-Schau nach *Moskauer Vorbild vom Stapel lassen.* Er kann andererseits die sowjetischen Wünsche auch nicht ganz ignorieren.

Bisher hat sein Parteiblatt „Rabotnitschesko Delo" das Problem durch einen balkanischen Kompromiß gelöst: Es druckte die Artikel der „Prawda" gegen den „Revanchismus" ebenso kommentarlos ab, wie es Berichte sowjetischer Tass-Korrespondenten aus Bonn und Warschau zum gleichen Thema übernahm. Interessant, weil höchst ungewöhnlich, ist, daß die eigenen bulgarischen Korrespondenten in den beiden Hauptstädten sich dazu nicht äußern dürfen – Schiwkow hat bisher ein absolut *flaches Profil in der großen Kontroverse bewahrt.*

Nun hat sich für Mitte September, also wenige Tage vor der Abreise Schiwkows nach Bonn, dem Vernehmen nach Tschernenko in Sofia angesagt. Wird der große Bruder den Bulgaren die ideologisch-politische Marschroute für die Gespräche mit Kohl vorschreiben? Und wie weit wird Schiwkow eine auch nur in den Ansätzen eigenständige bulgarische Position in der Westpolitik beibehalten können? Sein Auftritt auf deutschem Boden wird darüber einigen Aufschluß geben.



„Darf ich Sie bitten, die Schienen zu räumen?" KLAUS BÖHLE

Wer den Pelikan stört

Von Günter Zehm

Rumänien, so liest man in der Fachpresse, will sein großes Naturschutzgebiet, das Donau-Delta, „touristisch optimal erschließen". Angesprochen sind die „Abenteurer" unter den Reiselustigen, die „abseits der großen Touristenströme" ihr Vergnügen suchen und die dafür auch manches Ungemach in Kauf zu nehmen gewillt sind, Mückenstiche und primitiven Latrinenbetrieb. Für sie stehen „lautlose Elektroboote unter Führung erfahrener Ornithologen" bereit, um sich durch das Schilfdikkicht an seltene Vogelarten heranzupirschen. *Und abends dampft* am Lagerfeuer „die berühmte Delta-Fischsuppe" und lockt zum frugalen „Abenteurer-Mahl".

Ähnliches las man *kürzlich* über das letzte Rückzugsgebiet der Berggorillas in Ruanda-Burundi. Wiederum wurden die touristischen „Abenteurer" aufgefordert, das glänzende Angebot zu ergreifen und sich „unter Führung erfahrener Ethologen lautlos" an die scheuen Tiere heranzupirschen. Der heiklen „ökologischen Situation" der Gorillas werde voll Rechnung getragen, erklären die Prospekte. Aber den Naturfreund erfaßt doch allmählich ein Grausen. Allzu viele „Abenteurer" sind mittlerweile zum luxuriösen Pauschaltarif unterwegs, um auch noch die letzten Winkel des Planeten mit ihrer nichtigen Neugier aufzustören. *Das kann, trotz aller erfahrenen* Ethologen und Ornithologen, auf die Dauer nicht gutgehen.

Über die sozialen und ökologischen *Gefahren des Massentourismus* ist schon viel geschrieben worden; das Thema ist zum Lieblingskind einerseits elitärer, andererseits grün angehauchter Kulturkritiker geworden. Man ächzt über die Hotelbettengebirge an den Sonnenküsten, über die Millionenstrecke der Skilangläufer im Schwarzwald und in den Alpen, über die tourismusgeförderte Promiskuität in Thailand und auf den Philippinen. Daß die Kulturkritiker mit ihren touristischen Eliteprogrammen aber allmählich selber zum Ärgernis werden, hat sich noch nicht herumgesprochen. Höchste Zeit, daß hier einmal einiges „thematisiert" wird.

Es ist nämlich gerade der elitäre Drang, sich von der Masse abzuheben und jenseits der großen Touristenströme zu wandeln, der die Natur am meisten stört. Große Ströme lassen sich leichter kanalisieren und beobachten (mithin auch entschärfen) als die penetranten Sikkerwässer der Rucksacktouristen und „Abenteurer". So viele Ornithologen und Ethologen gibt es gar nicht, als daß sie jeden ungelernt vor sich hinstöbernden „Abenteurer" begleiten und anleiten könnten. Und man mache sich keine Illusionen! Auch das lautloseste Elektroboot, auch der vorsichtigste Gorillagucker stört die Tiere und setzt sie unter Aussterbe-Streß. Ein *Gorilla ist kein Haushund, ein* Delta-Pelikan keine Lübecker Lachmöwe; will sagen: Solche Tiere können die (wenn auch noch so behutsame) Daueranwesenheit des Menschen nicht vertragen.

Nicht die Technik an sich, sondern stets nur der hinter ihr stehende Mensch gibt den großen Vertreiber ab, dem die seltenen Tiere zuerst den Platz räumen. Beweis dafür ist jener Treppenwitz, daß ausgerechnet technische Anlagen mit für Menschen unangenehmen Eigenschaften immer mehr zu Refugien für bedrohte Tierarten werden. Lärmende Startbahnen, stinkende Wasser-Wiederaufbereitungsanlagen, struppige, verkrautete Brachgebiete – sie sind es, die zunehmend Tiere anziehen, weil sie dort nicht von Menschen, am allerwenigsten von „Abenteurern", *behelligt* werden.

Völlig falsch wäre es, angesichts der wachsenden Zahl von umweltfeindlichen „Abenteuer-Safaris" blindlings auf die „geldgierigen" Reisebüros zu schimpfen, die so etwas anbieten und organisieren. Die Reiseunternehmen orientieren sich nur nach dem Markt, und der Markt für „anspruchsvolle Abenteuer-Safaris" entsteht dadurch, daß viele Leute solche Urlaubs- und Freizeitformen bewußt suchen. Das Abenteuer, ein Unternehmen mit vielen privaten Risikofaktoren und grundsätzlich ungewissem Ausgang, galt schon immer als Synonym für Freiheit; man kann schon verstehen, daß so etwas *lockt in einer strikt verwalteten* Welt. Aber man sollte sich auch darüber klar sein: Eine Tour zu den letzten Berggorillas oder ins Delta ist längst *kein Abenteuer mehr,* sein Risikofaktor tendiert nach Null, und das exotische Dekor täuscht nur oberflächlich darüber hinweg, daß wir es mit einem *billigen* – wenn auch nicht preislich billigen – Surrogat zu tun haben.



Von „Abenteurern" belästigt: Gorilla FOTO: AP

Wem es wirklich um Gorillas oder Pelikane zu tun ist, der kann diese Tiere viel besser in unseren vorzüglichen zoologischen Gärten beobachten, ohne dabei von Mükken zerstochen und von mitgeschleppten Colaflaschen behindert zu werden. Die „Delta-Suppe" schmeckt im heimatlichen Garten genauso gut wie am walachischen Lagerfeuer, und zu Hause kann *man bei ihrem Genuß sogar* noch die schöne Gewißheit hegen, daß man die Marderhunde und die Delta-Wölfe unbehelligt läßt und somit ein seltenes *Biotop schützt.*

Bei allem Verständnis also für die Sehnsucht nach Abenteuer: Es ist von den Gebildeten nicht zuviel verlangt, wenn man sie bittet, gewisse Weltgegenden heutzutage nur noch in Notfällen oder zu ernsten Forschungszwecken aufzusuchen, damit sie nicht zu Trendsettern für spätere Massenströme werden. Eine andere Frage ist freilich, ob die bewußten Gegenden durch unsere Enthaltsamkeit auch wirklich gerettet werden können. Übervölkerung, Wirtschaftsrodung und ökologisches Unverständnis der armen Länder sind viel stärkere Bedrohungen. Diesen Bedrohungen einfallsreich und effektiv zu begegnen, wäre ein wirkliches Abenteuer.

IM GESPRÄCH Chief Awolowo

Verstummt der Warner?

Von Achim Remde

„Es ist nicht immer der fähigste Mann, der das höchste Amt erringt" – diesen banalen Erfahrungsgrundsatz zitierte Chief Obafemi Awolowo traurig, als er im August 1983 zum zweiten Mal im Kampf um die Präsidentschaft Nigerias unterlag. Seitdem sind seine öffentlichen Auftritte selten geworden. Während sein 70. Geburtstag noch ein nationales Ereignis war, das Gratulanten aus allen Teilen Afrikas und sogar Europas anzog, fand sein 75. Geburtstag vor ein paar Monaten in aller Stille statt. „Ich danke dem allmächtigen *Gott, daß er mir so viele Lebensjahre* geschenkt hat", sagte der praktizierende Christ im kleinen Kreis von Verwandten und Freunden, „aber bei *all dem Leid um mich herum kann* ich nicht feiern."

Als Nigerias Militär am Silvestertag 1983 mit einem Staatsstreich der *Demokratie ein Ende setzte, hatte* auch er den Wechsel begrüßt wie die nigerianische Presse und weite Teile der Bevölkerung. Spätestens angesichts der massiven Wahlfälschungen vom August 1983 war allen klar geworden, daß das demokratische Experiment Nigerias gescheitert war. Viele hofften insgeheim, daß die neuen Machthaber sich die Fähigkeiten des Politveteranen und brillanten Kopfes Awolowo zu Nutzen machen und ihn in ein politisches Amt berufen würden. Aber nichts dergleichen geschah. Im Gegenteil, mit den Angehörigen der Nationalpartei Shagaris, an deren Korruptheit kein Zweifel bestand, wanderten auch Awolowos engste Berater, der Gouverneur des Bundesstaates Lagos, Lateef Jakande, und der militante Publizist und Politiker Ebenezer Babatope ins Gefängnis. Nach ihnen, deren Lebens- und Amtsführung über jeden Zweifel erhaben war, kam die Reihe sogar an Tai Solarin, der als Kämpfer für Recht und Gerechtigkeit zur Legende seiner selbst und eine Art nationaler Institution Nigerias war.

Im April schließlich versetzte die Regierung Buhari der nigerianischen



Enttäuscht von der „Revolution": Awolowo FOTO: CAMERA PRESS

Presse, die – einzig in Afrika – sich seit Beginn ihrer Existenz im vorigen Jahrhundert durch ein Höchstmaß an Freiheit und Unabhängigkeit ausgezeichnet hatte, einen schweren Schlag. Ein neues Pressegesetz sieht vor, daß jede kritische oder despektierliche Bemerkung über die Regierung oder einen „Amtsinhaber" mit Gefängnis bestraft wird.

Vom Ausmaß der Wirtschaftsmisere Nigerias offensichtlich selber überrascht und weitgehend ratlos, hat die Regierung Buhari allen Grund, Kritik zu fürchten. *Awolowo hat seine Meinung* zeitlebens schonungslos ausgesprochen. „Die Hoffnungen, die Afrikas Völker mit der Unabhängigkeit verbanden, sind längst enttäuscht worden", schrieb er, als sein Land sich 1979, vom Ölboom getragen, als zweitgrößte Demokratie der Welt gerierte. „Anstelle der fremden Unterdrücker sind einheimische Despoten getreten. Armut, Krankheit, Hunger und Unwissenheit nehmen zu, und die junge Pflanze der Demokratie, der besten und edelsten aller Regierungsformen, wird mit Füßen getreten." Die Chancen, daß er das volkreichste Land Afrikas – jeder vierte Afrikaner ist Nigerianer – den Weg führt, den er gezeigt hat, werden immer geringer.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE RUHR ZEITUNG

Das Essener Blatt kommentiert die Lage der Bundeswehr:

Der Bundesverteidigungsminister weiß, daß unpopuläre Schritte notwendig sind, soll die Bundeswehr angesichts eines dramatischen Wehrpflichtigen-Schwunds ab 1987 als Auswirkung des „Pillenknicks" nicht *zu einer Streitmacht ohne Schlagkraft* werden. Eine um vier Monate längere Dienstzeit ist ein großes Opfer für junge Männer, die an der Schwelle zum Beruf oder zum Studium stehen. Doch die Notwendigkeit, die Demokratie zu verteidigen, erfordert Opfer. Angesichts der beängstigenden Jugendarbeitslosigkeit bedeutet der längere Dienst allerdings auch für viele die Chance, neue Perspektiven durch attraktive Berufswege zu finden, die die Bundeswehr bietet.

Mannheimer MORGEN

Zum Glemp-Brief befindet die Zeitung:

Deutschtum ist in Polen nicht gefragt. Vielleicht kann die vorgeschlagene Kommission aber mehr Verständnis für die deutsche Minderheit in Polen wecken. *Glemp verweist auf* die „schwierigen Umstände" in Nachkriegspolen und will dies seinerseits berücksichtigt wissen. Das sind *vage Umschreibungen der Kriegs-* und Nachkriegstragödien, die Polen und Deutsche betroffen haben. Glemp hat in Tschenstochau nicht *bedacht, daß diese Zeit auf beiden* Seiten Wunden hinterlassen hat. Mittlerweile sind Jahrzehnte ins Land gegangen, ist eine mühsame Normalität in den deutsch-polnischen Beziehungen hergestellt worden. Zeit also, von gegenseitiger Schuldaufrechnung abzulassen und sich um Verständigung, auch um Verständnis zu bemühen. Dies freilich muß ebenfalls auf Gegenseitigkeit beruhen.

THE NEW YORK TIMES

Die Verminung des Roten Meeres sei ein „kriegerischer Akt", heißt es hier:

Die Operation scheint den Zweck zu haben, das verwundbare Ägypten zu demütigen. Immerhin stehen rund eine Milliarde Dollar Kanalgebühren pro Jahr auf dem Spiel, falls sich die Seeleute gezwungenermaßen nach sichereren Gewässern umsehen müßten ... Die Produktion und das Ausstreuen dieser Waffen verlangt logistische Fertigkeiten, wie sie gewöhnlich nur Regierungen zu Gebote stehen. Mehr als jede andere Form von Terrorismus ist dies ein kriegerischer Akt, der ohne Unterschied die Schiffahrtsrechte aller Nationen betrifft.

LIBERATION

Zu dem Prozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher schreibt die Pariser Zeitung:

Zunächst einmal war es möglich, das Alter der Tinte und des Papiers zu bestimmen. Vor allem aber hätten die Experten entdecken müssen, daß die Hitler-Tagebücher wörtlich aus dem Buch von Max Domarus abgeschrieben waren. Die Sensationslust hat die Verantwortlichen des „Stern" offensichtlich blind werden lassen. In Hamburg wird paradoxerweise auch der Ankläger vor Gericht stehen: das „Stern"-Magazin, das Klage wegen Betrugs erhoben hat.

Ausnahme-VO für das Bemalen von Christbaumkugeln

Blüms Arbeitszeitgesetz läßt Funktionäre jammern / Von Peter Jentsch

Das Bundeskabinett will heute einen Gesetzentwurf verabschieden, dessen nüchterner Titel „Arbeitszeitgesetz" Brisanz verbirgt. Es geht dabei um um ein Herzstück der sozialen Marktwirtschaft, nämlich um die Kompetenzverteilung zwischen Staat und Tarifpartnern. Und auch darum, die Schutz-Hürden um die Arbeitsbesitzer in mancherlei Hinsicht ein wenig zu lockern, damit mehr Arbeitslose eine Chance haben.

Diese Bundesregierung hat bei ihrem Amtsantritt „weniger Staat" versprochen. Wenn das Arbeitsgesetz 1985 wirksam wird, wird die Tarifautonomie nicht mehr nur ein Instrument zum Aushandeln des Lohnes sein, sondern eine Institution der Mitverantwortung. Hier, wenn irgendwo, muß Subsidiarität gelten: Was die Tarifpartner lösen können, soll der Staat nicht an sich ziehen. *Um so unverständlicher* erscheint es, daß die Gewerkschaften dagegen Sturm laufen.

Für den Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministers, der die Arbeitszeitverordnung von 1938 mit ihren NS-ideologischen Relikten ablösen soll, gibt es zwei Lösungen: Entweder setzt der Staat enge Grenzen, läßt aber gleichzeitig viele Ausnahmen zu; oder der Staat bietet den Tarifpartnern einen Rahmen, den diese nicht überschreiten dürfen, in dem sie sich aber flexibel und nach der betrieblichen Praxis *einrichten können.*

Je enger die Grenzen gesteckt werden, desto mehr Ausnahmen machen das Recht zu einem Löcherkäse. Wer also – wie die Gewerkschaften – enge gesetzliche Regelungen anstrebt, provoziert geradezu die Ausnahmeverordnung Nr. 1087 betr. Christbaumkugeln bemalende Arbeiterinnen im Bayerischen Wald vom 1. Juli bis *30. November. Da sind Tarifkon*flikte auf den Staat abgewälzt, wird künstlich und zum Nachteil der Arbeitnehmer ein praxisferner Paragraphendschungel gezüchtet.

Die zweite Lösung – die Norbert Blüm seinem Entwurf zugrunde gelegt hat – gibt den Tarifpartnern mehr Rechte und nimmt sie zugleich in die Pflicht. Blüms Arbeitszeitgesetz beschränkt die staatliche Regelung auf gesundheitlich notwendige – also gerade nicht tarifparteilich eventuell wünschenswerte! – Grenzen für die höchstzulässige tägliche Arbeitszeit, für Mindestpausen, Mindestruhezeiten und einen Ruhetag in der Woche. Der Entwurf regelt weder die Wochenarbeitszeit noch Fragen der Überstunden, und auch nicht die Verpflichtung, während der höchstzulässigen Arbeitszeit auch tatsächlich zu arbeiten.

Die Übertragung der Norm auf die betriebliche Wirklichkeit soll also den Beteiligten vorbehalten bleiben anstelle der Strategen am grünen Tisch. Nehmen wir als Beispiel den Jugendschutz. Natürlich *erfordert er eine engere Grenzzie*hung als der Gesundheitsschutz erwachsener Arbeitnehmer. Aber wenn der (mögliche) Arbeitsbeginn wieder von sieben auf sechs Uhr vorverlegt und damit der Arbeitsrhythmus der Jugendlichen auch dem Betriebsrhythmus angepaßt wird – ist ihnen früheres Zu-Bett-Gehen und früheres Aufstehen auf keinen Fall zuzumuten? Ebenso brauchen die Tarifpartner keine Staatsgewalt für die Wochenarbeitszeit. Man sieht es daran, daß rechtlich noch die 48-Stunden-Woche, *tarifvertraglich aber längst* die 40-Stunden-Woche, teilweise die 38-Stunden-Woche gilt. Lohn und Arbeitszeit gehören unter ein Dach.

Die Gewerkschaften wollen mit ihrer Forderung nach einer Fixierung der Wochenarbeitszeit vor allem das Problem der Überstunden in den Griff bekommen – ohne selber Verantwortung für die Folgen zu übernehmen. Ein Arbeitszeitgesetz, das arbeitsmarktpolitische Ziele verfolgen wollte, würde entweder die Tarifautonomie verletzen oder den Vereinbarungen der *Tarifpartner hinterherhetzen.* Hinzu kommt: Durchschnittlich leistet jeder Arbeitnehmer nur ein bis zwei Überstunden pro Woche. Da bleibt an betrieblichen Dispositionsmöglichkeiten nicht viel einzuschränken.

Der Arbeitsschutz darf nicht zur „Einstellungssperre für Arbeitslose" werden, meint Blüm, sonst werden „die Früchte des Aufschwungs von den *Arbeitsbesitzern verzehrt* und die Erwerbslosen bleiben draußen vor der Tür". Dem Handwerksmeister müsse wieder „Mut *zur Einstellung*" vermittelt werden, unter anderem dadurch, daß Kostenrisiken wie Sozialplan, Mutter- und Kündigungsschutz gemildert würden. Das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit werde leicht gelockert, „damit private Initiativen zur Lehrstellenbeschaffung nicht gleich vom Bußgeldbescheid überrollt werden."

Die „Lüftung" des Arbeitszeitrechts *eröffne Tarifpartnern und* Betrieben neue Perspektiven, weil der Staat nur Mindestnormen für die Gesundheit aufstelle, aber die Verteilung der Arbeitszeit der Praxis überlasse. Zum Einwand von Gewerkschaftlern, damit würden Arbeiterrechte demontiert, bemerkt Blüm: „Besser befristet eine Arbeit als unbefristet arbeitslos".

Was die Gewerkschaften dazu sagen, wissen wir nun. Man würde gern wissen, was die Arbeitslosen dazu sagen.

Kaum begonnen, ist der Prozeß gefährdet

Der Betrugsprozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher begann gestern wie so viele große Prozesse: Beginn, Unterbrechung, Fortsetzung nach zwei Stunden, Vertagung auf die nächste Woche. Doch auch in diesen wenigen Stunden gab es genügend Sprengstoff.

Von UWE BAHNSEN

Zum Auftakt des Betrugsprozesses um die gefälschten Hitler-Tagebücher ist gestern vormittag erwartungsgemäß die Öffentlichkeit über die hanseatische Strafjustiz hereingebrochen: Vor dem Beginn der Hauptverhandlung gegen den früheren „Stern"-Reporter Gerd Heidemann (53), den Militaria-Händler Konrad Kujau (46) und dessen Lebensgefährtin Edith Lieblang (44) belagerten Reporter, Fotografen, Prozeßbeobachter und allerlei sonstige Zaungäste den Flur vor dem Verhandlungssaal 231 und die angrenzenden Treppenaufgänge im Ziviljustizgebäude.

Nach der Öffnung des Saales, in dem die Große Strafkammer 11 des Landgerichts mehrere Monate lang den Tagebuch-Skandal juristisch aufarbeiten will, bildete sich um die zunächst noch leeren Plätze der drei Angeklagten sofort ein geschlossener Ring von Fotografen und Kameraleuten des Fernsehens, die auf Tischen und Stühlen standen.

Um 9.15 Uhr begann das erste Blitzlicht-Gewitter: Konrad Kujau, im grauen Anzug, wurde von Justizbeamten aus der Untersuchungshaft vorgeführt, ohne Handschellen. Edith Lieblang, die auf freiem Fuß ist, kam hinzu. Kujau, nach eigenem Eingeständnis der Fälscher der mittlerweile 61 Tagebücher und seit seiner Festnahme durch etliche Interviews medienerfahrne, war sofort nicht nur der Herr der Situation, sondern der Star der Fotoszene:

„Herr Kujau, bitte hierher ..."
„Aber gern ..."
„Konny, jetzt mal hierher ..."
„Aber gewiß doch ..."

„Konny" tat brav, was die Fotografen von ihm verlangten, gab sich verbindlich lächelnd, nach allen Seiten plaudernd, und war Minuten später mitten drin in seiner ersten „Pressekonferenz". Edith Lieblang, im leuchtend roten Kleid mit weißem Lackgürtel, hielt sich zurück.

Kurz vor Sitzungsbeginn folgte das nächste Feuerwerk aus Blitzlichtern: Gerd Heidemann, im dunkelblauen Sakko und dunkelblauer Hose, bleich und äußerlich gelassen, wurde ebenfalls ohne Fesselung in den Saal geführt. Er nahm, von den Zuschauerplätzen aus gesehen, hinter seinen beiden Verteidigern, Reinhard Daum und Holger Schröder, Platz, während Kujau in der vorderen Reihe der Anklagebänke außen sitzt, dem Publikum zugewandt.

Schon die Plazierung der beiden einstigen Geschäftspartner, die heute nichts mehr voneinander wissen wollen, deutet die jeweilige Rolle an, die sie in diesem Prozeß zu spielen gedenken. Der flinke Sachse Kujau, der ja schon gestanden hat, ist offenkundig entschlossen, keine Gelegenheit auszulassen, um insbesondere die Medien zu beeindrucken, und so Pluspunkte zu sammeln, die auch vom Gericht addiert werden. Heidemann hingegen hat monatelang und sehr intensiv die Akten durchgearbeitet und will „strategisch" operieren, will die Anklage demontieren.

Die erste Stunde dieses Sensationsprozesses ließ die Prozeßlinie des einstigen Star-Reporters schon deutlich erkennen. Während der Vorsitzende der Großen Strafkammer 11, Hans-Ulrich Schroeder, die Verhandlung eröffnete, und Justizwachtmeister sich unterdessen im Saal noch die Eintrittskarten der Journalisten zeigen ließen, bereitete sich Heidemann-Verteidiger Reinhard Daum schon auf die erste Attacke dieses Verfahrens vor, die er Minuten später mit einem Antrag begann. Alle Mitglieder des Gerichts, sowohl die Berufsrichter wie die Schöffen, sollten dienstliche Erklärungen darüber abgeben, ob sie angesichts der seit Wochen andauernden Vorberichterstattung über diesen Prozeß überhaupt noch zu einer unvoreingenommenen Beurteilung der Materie in der Lage seien. Zur Begründung erklärte Daum: „Es ist zu befürchten, daß ein faires Verfahren gegen Herrn Heidemann angesichts einer gigantischen Vorverurteilung vor allem in der Boulevard-Presse nicht mehr möglich ist."

Genießt die Publicity: Der Fälscher Konrad Kujau FOTO: DPA

Heidemann-Mitverteidiger Schroeder hakte nach und wurde noch massiver: Nicht nur bestimmte Medien, sondern auch die Ermittlungsbehörden hätten daran mitgewirkt, daß ein Zustand der Vorverurteilung eingetreten sei. Die Staatsanwaltschaft habe ihre Pflicht zur „Aufklärung des Sachverhalts in beiden Richtungen" gröblich mißachtet und vor allem jeweils die Vorgänge ermittelt, die geeignet gewesen seien, Heidemann zu belasten. Zudem hätten Ermittlungsbeamte gezielt entsprechende Informationen an die Medien und vor allen Dingen an Boulevard-Zeitungen gelangen lassen, die „auf der Jagd nach immer neuen Sensationen" seien: „Ich vermag nicht mehr daran zu glauben, daß darin keine Methode steckt."

In diese Justizschelte bezog der Verteidiger das Gericht, die Große Strafkammer 11, voll ein: Die Kammer hätte diesen Sachverhalt der Vorverurteilung „erkennen und bei ihren bisherigen Entscheidungen berücksichtigen können"; sie habe sich aber „bereits seit Herbst" festgelegt. Der letzte Haftprüfungstermin in Sachen Heidemann sei „nicht mehr als eine Farce" gewesen. Bei einem Gericht, „das nicht mehr hinhört", seien aber Zweifel an der Unparteilichkeit angebracht. Die Verteidigung Heidemanns habe den Eindruck gewonnen, daß in dieser Sache „Rücksicht auf die Interessen des Verlagshauses Gruner + Jahr" genommen werde. Heidemann habe kein Vertrauen mehr in ein faires Verfahren.

Staatsanwalt Dietrich Klein, 37, entgegnete in einer kurzen Replik, die Begründung für den Antrag der Verteidiger Heidemanns bestehe aus Unterstellungen und Polemik und sei zu wenig konkret: „Warum sind Sie so inkonsequent und stellen keinen Ablehnungsantrag? Ich bitte den Antrag auf Abgabe dienstlicher Erklärungen des Gerichts abzulehnen."

So geschah es. Daraufhin beantragten Daum und Schroeder eine Unterbrechung der Sitzung, um sich mit ihrem Mandanten beraten zu können. Zwei Stunden später, um 13.15 Uhr, taten die beiden Verteidiger, was der Staatsanwalt ihnen ironisch geraten hatte: Sie lehnten das gesamte Gericht wegen des Verdachts der Befangenheit ab. Zur Begründung erklärte Daum, die Kammer habe die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen, ohne den Eingang der von der Verteidigung bereits angekündigten und fertiggestellten Schutzschrift abzuwarten; Heidemann sei infolgedessen in diesem Stadium das rechtliche Gehör verweigert worden. Hinzu komme, daß die Mitglieder der Kammer jetzt die beantragten dienstlichen Erklärungen nicht abzugeben bereit seien.

Der Vorsitzende vertagte die Verhandlung daraufhin auf den Dienstag nächster Woche. In der Zwischenzeit werden die Mitglieder der Kammer nun dienstliche Erklärungen darüber abgeben müssen, ob sie sich befangen fühlen.

Für den Fall, daß sie dies verneinen, wird eine andere Große Strafkammer des Landgerichts auf der Grundlage der dienstlichen Erklärungen entscheiden, ob die Ablehnung der Kammer wegen des Verdachts der Befangenheit gerechtfertigt ist. Fazit: kaum begonnen, ist der Prozeß in seine erste Krise geraten.


An der Seite ihres Mannes Nikita Chruschtschow besuchte sie die „Großen" der Welt: Nina Chruschtschowa FOTO: AP

Ein Symbol für Mütterchen Rußland

Sie war die erste Frau eines Kreml-Chefs, die in das Rampenlicht der Weltöffentlichkeit trat. Jetzt starb sie im Alter von 84 Jahren: Nina Chruschtschowa.

Von CARL G. STRÖHM

Die Greisin, die am 9. August starb, trug in der Todesnachricht nicht den Namen ihres einst berühmten Ehemannes. Nina Chruschtschowa, die Gattin Nikita Chruschtschows, wurde – wie erst jetzt bekannt wurde – zwar an der Seite ihres Mannes auf dem Moskauer Nowodjewitschyi-Friedhof beigesetzt. Die Moskauer Abendzeitung vermeldete ihr Hinscheiden aber unter ihrem Mädchennamen Kuchartschuk. Sogar im Tode blieb Nikita Sergejewitsch Chruschtschow eine Unperson.

Nina Petrowna, wie sie nach russischer Sitte mit Vornamen und Vaters Namen genannt wurde, war die erste Frau eines Kreml-Parteichefs, die in das Rampenlicht der Weltöffentlichkeit trat, damals in den fünfziger und frühen sechziger Jahren, als der reiselustige Chruschtschow sie überallhin mitnahm: Nach Washington und Wien, nach Skandinavien und Indien.

Der kugelblitzartige, stets schlagfertige Chruschtschow mit seinem unnachahmlichen und unwiederholbaren Instinkt brach mit der bürokratischen Sitte, wonach sowjetische Führer kein sichtbares Privatleben haben dürfen. Er präsentierte nicht nur seine Kinder, seinen Schwiegersohn, sondern auch seine Nina, die in ihrem Äußeren so etwas wie eine Verkörperung des Mütterchens Rußland zu sein schien: Ein rundes, slawisches Gesicht mit eher weichen Zügen, aus denen aber blitzende und gescheite Augen hervorblickten. Die russische Knotenfrisur, unauffällige Kleidung – man hätte sie in einem Schauspiel Tschechows oder besser noch Maxim Gorkijs ansiedeln können.

Sie scheint dem stürmischen, temperamentvollen Nikita eine gute Ehefrau gewesen zu sein. Bei Auftritten an der Seite großer politischer Weltfiguren – Eisenhower, Kennedy, de Gaulle – oder bei Begegnungen mit gekrönten Häuptern war sie weder linkisch noch ruppig. Sie war sicher eine gute, manche sagen sogar eingefleischte Bolschewikin – und doch war ihr Wesen eigentlich unbolschewistisch, ja in gewissem Sinne unsowjetisch, weil in ihr ein Stück Spontaneität und menschliche Unmittelbarkeit steckte.

Beides sind Eigenschaften, die vielen hohen Repräsentanten des Sowjetsystems fremd bleiben. Sie vergab sich nichts, wenn sie im Rahmen des unvermeidlichen Damenprogramms durch Schlösser, Schulen und Kindergärten geführt wurde oder in Amerika Supermärkte besichtigte.

Dort, wo die Politiker – nicht zuletzt Chruschtschows mißmutige Begleiter vom Stile Gromykos – mit Pokergesichtern herumsaßen, genoß sie Menschen und Situationen: Etwa in Wien, wo ihr die altösterreichische Atmosphäre außerordentlich gut gefiel. Wo ihr Mann polterte und schimpfte, blieb sie freundlich.

Obwohl sie nie viel sagte und weder durch Pathos noch durch geistreiche Scherze hervortrat, war Nina Petrowna bald eine Sympathiegestalt für die westlichen Diplomaten und Journalisten. Da stand sie zwischen den aufgetakelten Damen der großen Welt – schlicht, einfach, ungeschminkt. Was machte ihre Wirkung aus? Nicht Schönheit im Sinne von Kosmetik und Ebenmaß klassischer Züge.

Ihr „Alter" führte das große Wort, scheuchte Politiker und Funktionäre durch die Gegend, schockierte Gott und die Welt: Ein Russe, wie er im Buche stand, der seine Gesprächspartner bald erschreckte, bald erheiterte und oft faszinierte. Nina Petrowna aber faszinierte ohne Worte und Gesten, weil sich in ihr die russische Frau, diese slawische Mütterlichkeit und Weiblichkeit verkörperten. An ihr erahnte man damals schon, was später noch deutlicher wurde: Daß die Sowjetunion – oder sagen wir besser: Rußland – durch seine Frauen zusammengehalten wird. Sie gehen, so wie Nina Petrowna, durch Höhen und Tiefen, ohne sich selber untreu zu werden.

Chiles Caesar – und die noch nicht vollendete Mission

Die Opposition ist schwach und der Präsident ist wieder stark. General Pinochet denkt nicht an Rücktritt: auch nicht nach Wahlen. Die chilenische Verfassung von 1978 erlaubt ihm, sein Amt bis 1997 zu behalten.

Von WERNER THOMAS

In einem Interview der „New York Times" vergleicht sich Augusto Pinochet mit den „besten römischen Kaisern, die politische wie auch militärische Strategen gewesen sind". „Taktik, Diskretion und der Überraschungseffekt" hätten zu ihrem Regierungsarsenal gehört. Der Chilene betont jedoch: „Ich bin kein römischer Kaiser." Dennoch nannte ihn die Zeitung einige Tage später in einem Leitartikel „Chiles Caesar".

Am 11. September jährt sich zum elften Jahr jener blutige Putsch, der das Volksfront-Experiment beendet und der General Pinochet an die Macht brachte. Vor einem Jahr schien er am Ende zu sein. Als die Opposition ihre vierte Protestaktion in einem Monat gegen seine Regierung organisierte, ließ den General 18 000 Soldaten auf die Straßen Santiagos schicken. Es gab blutige Zusammenstöße, in zwei Tagen starben 27 Personen. Trotzig klang der Slogan der Demonstranten durch die Straßen: „Y va a laer" (und er wird fallen).

Genaro Arriagada, einer der führenden christdemokratischen Politiker, kommentiert heute: „Wie sich die Zeiten ändern. Die Opposition befindet sich in einer tiefen Krise. Die Liberalisierungsphase gehört der Vergangenheit an. Pinochet ist glücklich. Ich finde die Lage sehr frustrierend."

Der christdemokratische Parteichef Gabriel Valdes analysiert die Situation rückblickend so: „Wir hätten uns im Sommer vergangenen Jahres nicht auf einen Dialog mit der Regierung einlassen sollen, aber wir standen unter dem Druck des Erzbischofs. Die Protestbewegung verlor Zeit und ihren Schwung."

Bei einem Frühstück mit Auslandskorrespondenten im Moneda-Palast betonte Pinochet in der vergangenen Woche, seine „Mission" sei nicht beendet. „Ich bin nicht zum Vergnügen hier. Das Schicksal hat mich mit der Aufgabe betraut, Chile vor dem Kommunismus zu retten." Er verglich den Kommunismus mit einer Krankheit, die das Land während der Volksfrontära (1970 bis 1973) erfaßt habe. „Dem Patienten geht es in der Zwischenzeit besser, er ist jedoch noch nicht gesund."

Augusto Pinochet, 68 Jahre und bei guter Gesundheit, ist ein Meister in Sachen Machterhaltung, wie auch sein Gegenspieler Gabriel Valdes konzediert. Obgleich er längst das Pensionsalter erreichte, kommandiert er noch immer die Armee. So kann er das Offizierskorps unter Kontrolle halten. Potentielle Kontrahenten und Kritiker werden auf einen diplomatischen Posten ins Ausland abgeschoben oder in den Ruhestand geschickt. Die meisten politischen Beobachter in Santiago sehen keine Chance für einen Putsch, obgleich der General mit einer zwielichtigen Grundstücksaffäre und dem Bau einer prunkvollen Präsidentenresidenz (Kostenpunkt: elf Millionen Dollar) den von ihm gern kultivierten Ruf der Askese und Bescheidenheit verlor. Die Armee bildet nach wie vor das Fundament seiner Macht.

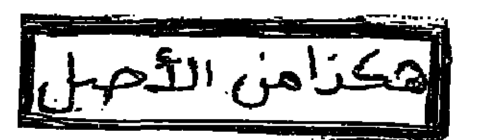
Pinochet droht ständig mit der Rückkehr zur Vergangenheit. Er ruft immer wieder die drei turbulenten Volksfrontjahre in Erinnerung, die Straßenkämpfe, Streiks und eine Inflationsrate von 1000 Prozent brachten. Nur er könne ein neues Chaos verhindern, weil sich die Parteien und die Politiker nicht geändert hätten. Pinochet zur „New York Times": „Diese Herren, die seit elf Jahren arbeitslos sind, wollen doch nur ihre Macht und ihre Privilegien zurückhaben." Tatsächlich verfolgen viele Chilenen skeptisch die Aktivitäten der Opposition, auch solche, die keine Freunde des Generals sind. Der Opposition fehlt eine Führungspersönlichkeit wie Eduardo Frei, der vor eineinhalb Jahren verstorbene Ex-Präsident.

Die Parteien bieten ein desolates Bild der Zerstrittenheit. Mittlerweile existieren mehr als 60 Gruppierungen. Die Christdemokraten, die größte politische Bewegung, wurden durch Flügelkämpfe geschwächt. Es gibt mindestens drei Strömungen. Gabriel Valdes, Freis früherer Außenminister, erwies sich als schwacher Parteichef. Die „Demokratische Allianz", ein Zusammenschluß sechs nichtmarxistischer Parteien, unter ihnen die Christdemokraten, konnte sich in den letzten Monaten nicht einmal über die Taktik weiterer Protestaktionen einigen. In dieser konfusen Atmosphäre gediehen die linksextremen Kräfte. Uns geht es besser denn je, verkündet Alejandro Toro, ein ehemaliger kommunistischer Senator. „Je mehr man uns angreift, desto schneller wachsen wir."

Indes bebt Santiago unter einer Welle der Gewalt. In diesem Jahr wurden bisher mehr als 250 Bombenanschläge und andere Zwischenfälle registriert. Die Terroristen deponieren ihre Sprengstoffpakete selbst auf den Schienen der Eisenbahn und der U-Bahn. Dreimal gingen bisher in der Hauptstadt die Lichter aus. Zehn Polizisten starben unter Attentäter-Kugeln. Die meisten Aktionen gehen gehen auf das Konto der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), und der „Patriotischen Front Manuel Rodriguez", einer erst im letzten Jahr gegründeten Gruppe.

Nach der Ankündigung Pinochets weiter zu regieren, äußerte Marcelo Contreras, ein Journalist und Mitglied der nichtmarxistischen sozialistischen Partei, eine weit verbreitete Furcht: „Die Situation radikalisiert sich rasch. Wenn Pinochet noch bis 1989 amtiert, wird bis dahin keine politische Mitte mehr existieren."

(SAD)



„Schlag gegen die innere Sicherheit“

dpa, Bonn

Als „Schlag gegen die innere Sicherheit“ hat die CDU/CSU den SPD-Entwurf zur Änderung des Anti-Terrorismusgesetzes strikt abgelehnt. Mit dem Vorschlag, das Tatbestandsmerkmal des „Werbens“ für eine terroristische Vereinigung zu streichen, sei die SPD dabei, ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung des Terrorismus zu entschärfen, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Karl Miltner. Miltner nannte den Vorschlag unverantwortlich, denn nach wie vor stelle der Terrorismus von links und rechts eine schwere Gefährdung für den Rechtsfrieden dar. Es gebe keinerlei gerechtfertigten Grund, den Helfern und Helfershelfern des Terrorismus entgegenzukommen. Die CDU/CSU-Fraktion forderte die SPD auf, ihre Vorlage sofort zurückzuziehen.

Kinder sollen „Neuland“ suchen

DW. Karlsruhe

Der Bundesgerichtshof hat im Fall einer von Kindern verübten Brandstiftung die Grenzen der Aufsichtspflicht für Eltern umrissen. Danach dürfen normal entwickelte Kinder im Alter von acht bis neun Jahren im Freien auch dort unbeaufsichtigt spielen, wo die Eltern nicht unmittelbar sofort eingreifen können. Nach einem am Dienstag vom VI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes veröffentlichten Urteil verbietet sich in diesem Alter nicht nur eine Überwachung auf Schritt und Tritt. Auch eine regelmäßige Kontrolle in kurzen Zeitabständen wie beispielsweise bei einem Kleinkind sei nicht erforderlich. Zum Spiel der Kinder gehört nach Auffassung des BGH auch die Entdeckung und Eroberung von „Neuland“. Dies brauche ihnen – sofern damit nicht besondere Gefahren für das Kind oder Dritte verbunden seien – nicht generell untersagt zu werden. Vielmehr genüge es, wenn die Eltern über Tun und Treiben des Kindes sich in großen Zügen einen Überblick verschaffen. Bei übertriebener Aufsicht würde jede vernünftige Entwicklung des Kindes, vor allem der Lernprozeß im Umgang mit der Gefahr, gehemmt.

Befreiung vom Gurt bleibt Ausnahme

AP, Köln

Gurtmuffel können nicht mit Gefälligkeitsattesten von ihrem Arzt zur Befreiung von der Anlegepflicht rechnen. Die Bundesärztekammer teilte gestern dazu mit, nur bei wenigen Erkrankungen sei ein Verzicht auf die Gurtpflicht zu vertreten. „Das Risiko, bei einem Unfall schwer verletzt oder getötet zu werden, verringert sich durch den angelegten Gurt von 50 auf 30 Prozent“, erklärten die Mediziner ferner. Sie wiesen gleichzeitig darauf hin, daß es zwar noch keine verbindlichen Vorschriften gebe, doch stehe fest, daß nur rein medizinische Gründe den Arzt zum Ausstellen einer Befreiungsbescheinigung veranlassen können. Gegen den Arzt könnten nämlich Haftpflichtansprüche geltend gemacht werden, wenn der „Befreite“ bei einem Unfall zu Schaden komme. „Im Zweifelsfall könnte nämlich bis zur Klärung von Haftungsfragen auch auf den bescheinigenden Arzt zurückgegriffen werden.“

Modell Teilzeitbeschäftigung für Lehrer steht vor der Bewährung

Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz als Pioniere / GEW protestiert

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Für den Kultusminister des Landes Baden-Württemberg, Gerhard Mayer-Vorfelder, ist der jüngste Beschluß von Bundestag und Bundesrat zur Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst die Bestätigung einer im Südweststaat schon seit fünf Jahren praktizierten Lösung zugunsten arbeitsloser Junglehrer. 12 000 davon können in Baden-Württemberg unterrichten, weil 20 500 ältere Kollegen aus familiären oder arbeitsmarktpolitischen Gründen auf die Erteilung ihrer vollen Stundenzahl verzichten – und damit auch auf rund 150 Mark monatlich.

„Wir zeigen, daß wir mit diesem freiwilligen Modell etwas erreicht haben – unsere Appelle an die Solidarität und an die Bereitschaft, Lasten mitzutragen, haben gefruchtet“, sagte Minister Mayer-Vorfelder auf Anfrage der WELT. Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sind die Pioniere auf dem Weg gewesen, den 50 000 arbeitslosen Junglehrern in der Bundesrepublik Deutschland zu einem, wenn auch auf freiwilliger Basis reduzierten Einkommen zu verhelfen.

Mit dem „Fünften Gesetz zur Änderung *dienstrechtlicher Vorschriften*“, veröffentlicht im Bundesgesetzblatt vom 31. Juli 1984 und seit dem 1. August in Kraft, kann einem Beamten mit Dienstbezügen „in Bereichen, in denen in einer Ausnahmesituation ein dringendes öffentliches Interesse daran besteht, Bewerber im öffentlichen Dienst zu beschäftigen“, auf Antrag Teilzeitbeschäftigung bis zur Hälfte der regulären Arbeitszeit bis zur Daueer von insgesamt zehn Jahren bewilligt werden. Außerdem kann nach mindestens 20 Jahren im öffentlichen Dienst und nach Vollendung des 55. Lebensjahres ein Beamter / Lehrer bis zum Ruhestand Urlaub ohne Dienstbezüge nehmen; hat er dies Alter noch nicht erreicht, ist diese Regelung für sechs Jahre möglich. Da das neue Schuljahr in manchen Bundesländern noch nicht begonnen hat, ist eine vollständige Zählung, wieviel Arbeitsplätze durch das freiwillige Modell geschaffen werden, noch nicht durchführbar.

In Baden-Württemberg konnten sich zum Beginn des Schuljahres jetzt 70 000 Lehrer für das neue Modell entscheiden, die derzeit mit dem vollen Stunden-Deputat an den Schulen des Landes unterrichteten. Dabei war zugesagt, daß die Reduzierung um eine oder zwei Wochenstunden hundertprozentig für die zusätzliche Einstellung von jungen Lehrern genutzt werden sollte.

Gegen das Modell haben die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Philologenverband protestiert. Vor allem Schulleiter, so das Stuttgarter Kultusministerium, befürchten, daß die Teilzeitbeschäftigung „das schulische Engagement der Lehrer reduzieren und dadurch auch das Image des Lehrerberufs als Vollzeitberuf in der Öffentlichkeit in Frage stellen könnte“.

Um einer solchen Entwicklung vorzubeugen, können Anträge auf Reduzierung um eine oder zwei Wochenstunden nur dann genehmigt werden, wenn sichergestellt ist, daß die betreffenden Lehrer ihre „außerunterrichtlichen Aufgaben“ in der Schule nach wie vor voll wahrnehmen.

Vor allem in Bayern wendet sich die Landesregierung gegen einen Vorschlag, den jetzt die Berliner Schulsenatorin Hanna Renate Laurien gemacht hat. Sie möchte die Befristungen völlig abschaffen und das Beamtenrechts-Rahmengesetz dahingehend abändern, daß eine lebenslange Teilzeitbeschäftigung von Lehrern möglich ist.

In München erklärte man dazu, dieser Gedanke werde „nicht aufgegriffen werden“. Bayern macht die in anderen Ländern, wie zum Beispiel Niedersachsen, übliche Neueinstellung von Junglehrern „zum Dreivierteldeputat“ mit allen Vor- und Nachteilen von weniger Unterricht und weniger Geld nicht mit. Hier wird nur auf volle Planstellen neu eingestellt. Immerhin haben sich im letzten Schuljahr 1600 Lehrer aus arbeitsmarktbezogenen Gründen zur Teilzeitarbeit entschlossen. Daraufhin konnten 193 neue Vollzeitlehrer eingestellt werden.

Während die meisten der CDU/CSU-regierten Länder dem Vorschlag des Kultusministers von Nordrhein-Westfalen, Schwier (SPD) sehr kritisch und ablehnend gegenüber, der eine zwangsweise Senkung der Lehrer / Beamtengehälter um vier Prozent ins Gespräch brachte, um 6000 Junglehrer zusätzlich einzustellen, hat das Niedersachsen hier eine differenzierte Betrachtungsweise.

Schwiers Vorschlag wird in Hannover auf Anfrage der WELT als „alt“ bezeichnet, weil er schon 1982 in einer Broschüre des niedersächsischen Kultusministers Oschatz (CDU) erwähnt worden sei. Mit dieser Alternative habe es aber *„verfassungsrechtliche Probleme“* gegeben, man habe sie daher zurückgezogen. 1983 habe Schwiers Amtsvorgänger Girgensohn (SPD) von dem Vier-Prozent-Abschlag gesprochen.

Von 52 000 beamteten Lehrern in *den allgemeinbildenden* Schulen von Niedersachsen sind jetzt rund 12 000 teilzeitbeschäftigt. Der Kultusminister rechnet von der übrigbleibenden Zahl noch 8000 „Funktionsträger“ ab und meint, daß von den dann noch vorhandenen 32 000 jeder auf je eine Wochenstunde Unterricht verzichten müßte. Das gäbe 800 Neueinstellungen, bei 6500 arbeitslosen Lehrern in Niedersachsen.

Seite 2: Blüms Arbeitszeitgesetz

Höffner, „Opus Dei“ und eine freie Pfarrstelle

Entscheidung erst nach Gesprächen mit allen Betroffenen

GEORG BAUER, Bonn

Freudige Zustimmung hatte der Kölner Erzbischof, Kardinal Joseph Höffner, wohl kaum erwartet. Als er in der vergangenen Woche via erzbischöfliches Presseamt seinen Wunsch äußerte, eine vakant gewordene Pfarrstelle in dem Kölner Vorort Holweide mit zwei Priestern der Prälatur „Opus Dei“ zu besetzen, ließ er gleich mitteilen, daß eine solche Lösung nur nach intensiven Gesprächen zwischen allen Beteiligten, das heißt zwischen der Pfarrgemeinde, der katholischen Organisation und dem erzbischöflichen Generalvikariat, getroffen werden könne. Der Grund für dieses Vorgehen Höffners, der Pfarrstellen nach eigenem Gustus besetzen kann: Die vielfachen Angriffe gegen die Organisation in der Öffentlichkeit.

Und die ersten Reaktionen in der Pfarrgemeinde Mariä Himmelfahrt zeigten, wie sehr Kirchenvorstand und Pfarrgemeinderat der 7200 Seelen zählenden Gemeinde in ihrem Nerv getroffen waren. Informiert durch Berichte in Magazinen und im Fernsehen, stieß der Vorschlag des Erzbischofs auf breite Ablehnung. Willi Nußbaum, Vorsitzender des Pfarrgemeinderates, erklärte: „Die Ablehnung kam spontan.“ Gleichzeitig teilte er jedoch mit, daß die Gemeinde sich nun erst einmal über das „Werk Gottes“ informieren müsse, da man nicht wisse, „was auf einen zukommt“.

Zur Zeit steht erst einmal die Meinungsbildung im Vordergrund. Nachdem ein erstes ausführliches Gespräch zwischen der Pfarrgemeinde und dem Generalvikariat zu Anfang dieser Woche verschoben worden war, soll nun der Gesprächsfaden am kommenden Dienstag zwischen dem Pfarrgemeinderat und dem zuständigen Bischof, Weihbischof Walter Jansen, unterstützt von Prälat Hubert Henze, Leiter der Hauptabteilung Seelsorge-Personal im Generalvikariat, geknüpft werden. Henze ließ bereits mitteilen, daß Höffner zwar letzlich die Entscheidung treffen werde, die Meinungsbildung in der Pfarrei aber sehr bedenke. Höffner selbst habe „Opus Dei“ die Pfarrgemeinde angeboten, weil Priestermangel herrsche. Wenn Franziskaner, Jesuiten und ausländische Priester etwa aus Indien oder Polen aushelfen würden, könne man an „Opus Dei“ nicht vorbeigehen. Angesichts der Wirren um die Organisation habe der Kardinal dem Werk eine Chance geben wollen, die darin liege, sich gerade in einer Pfarrgemeinde mit „sehr gemischter soziologischer Struktur“ zu bewähren.

„Opus Dei“ jedenfalls, mit mehr als 72 000 Mitgliedern in fast 90 Ländern der größte Priester- und Laienverband innerhalb der katholischen Kirche, wäre, so heißt es, gerne bereit, Priester für Mariä Himmelfahrt zu stellen. Der Leiter des Informationsbüros von „Opus Dei“ in Köln, Ruthard von Frankenberg: „Gegenwärtig prüfen wir, ob Opus Dei dazu in der Lage ist.“ Grundsätzlich wolle man aber den Meinungsbildungsprozeß abwarten. Er allerdings würde, so lautet *der massive Vorwurf der Organisation* an die Adresse der Medien, „entscheidend beeinflußt“.

Der 1928 vom spanischen Priester Escrivá de Balaguer gegründeten Organisation wurde in jüngster Vergangenheit vorgehalten, mit suspekten Mitteln jugendliche Mitglieder zu werben und sie – ähnlich einer Sekte – einer „Gehirnwäsche“ zu unterziehen. „Dieses Feindbild“, so wehrt sich Kurt Jungmann, Stellvertreter von Frankenberg, „wird weiter aufgebaut“. Er spielte damit auf die Fernsehberichterstattung des WDR an, der versuche, auf diese Art und Weise Stimmung gegen „Opus Dei“ zu machen.

Gerichtliche Voruntersuchung gegen Androsch

AP, Wien

Nach Mitteilung der Wiener Staatsanwaltschaft ist gegen den ehemaligen österreichischen Finanzminister und Vizekanzler Hannes Androsch eine Voruntersuchung wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung eingeleitet worden. Die Prüfung des von Finanzminister Salcher am 1. August vorgelegten neuen, angeblich belastenden Materials gegen ihn sei abgeschlossen. Androsch, heute Generaldirektor der größten österreichischen Geschäftsbank, wird vorgeworfen, Bankkonten manipuliert zu haben, um sein Privathaus vorwiegend mit „schwarzem“ Geld zu finanzieren.

Bundeskanzler Sinowatz hat sich über die Vorlage von Informationen um „fünf nach zwölf“ befremdet gezeigt. Androschs Rechtsanwalt reichte gegen Salcher Klage wegen des Verdachts auf Amtsmißbrauch ein und kündigte eine Beschwerde gegen die Eröffnung der Voruntersuchung an. Androsch selbst bezeichnete das Vorgehen gegen ihn als „Hexenjagd“.

Czaja lädt Glemp zu Schlesiertreffen ein

AP, Bonn

Kardinal Jozef Glemp soll auf Vorschlag des CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Czaja das nächste Bundestreffen der Oberschlesier besuchen. Czaja, Sprecher der Landsmannschaft Oberschlesien, begrüßte im Zusammenhang mit den umstrittenen Äußerungen Glemps dessen Vorschlag einer „gemischten Kommission“, die praktische Vorschläge für Seelsorge in deutscher Sprache in Polen machen soll. Eine solche Kommission hatte der Primas in Polen in einem Brief an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, den Kölner Kardinal Höffner, vorgeschlagen. Dieser Kommission müßten von deutscher Seite „Kenner von Land und Leuten“ angehören, forderte Czaja, darunter Vertreter der katholischen landsmannschaftlichen Verbände.

Wenig Erleichterung für viel Geld

KLAUS PETERS, Berlin

Sechs Uhr morgens, Bahnhof Friedrichstraße. Der im Ostteil Berlins gelegene Grenzkontrollpunkt mit S- und U-Bahnverbindung in den Westen ist die wichtigste Drehscheibe der geteilten Stadt für den Besucherverkehr in beiden Richtungen. Kurz nach Öffnung um sechs Uhr morgens kommen die ersten Rentner aus Ost-Berlin. Weil sie hier die besten Verkehrsverbindungen auf beiden Seiten finden, benutzen die meisten der über 6000 „DDR“-Rentner, die täglich West-Berlin besuchen, den Bahnhof Friedrichstraße. Möglich, daß ihre Zahl noch steigt, denn sie profitieren in erster Linie von den am 1. August als Gegengabe für den Milliarden-Kredit in Kraft getretenen Erleichterungen. 60 statt 30 Tage dürfen sie nun pro Jahr in den Westen.

Für die Betroffenen ein Vorteil. Aber bei den „DDR“-Bürgern herrscht Enttäuschung über das, was im Vorfeld des Honecker-Besuchs zwischen Bonn und Ost-Berlin ausgehandelt worden ist. Hoch geschraubt waren die Erwartungen sowieso nicht, niedriger zumindest als bei manchen westlichen Politikern, die glaubten, Anzeichen für eine Senkung des Reisealters zu erkennen, was die „DDR“-Bürger natürlich durch die westlichen Fernsehsender erfuhren.

Die Ost-Berliner und die Bewohner der Randgebiete mit ihren besonders engen freundschaftlichen und verwandtschaftlichen Bindungen nach West-Berlin hatten gehofft, daß Berlin bei der den Westdeutschen beim Besuch grenznaher Kreise zugestandenen Regelung, den Wunsch berücksichtigen werde, den Tagesbesuch bis 24 Uhr des folgenden Tages auszudehnen. Fehlanzeige – das trifft *die Berliner besonders. Die im* Westen, weil sie, wenn sie länger als einen Tag zu Oma nach Köpenick wollen, auf Wochen voraus die Einreise beantragen müssen. Jene im Osten, weil sie den Antrag für den Westbesuch bei der Volkspolizei stellen müssen.

Zu kompliziert und zu teuer sind die Hintertürchen, die mancher kennt, um quasi doch zwei Tage drüben zu bleiben. So gibt es die Möglichkeit, um 23.55 Uhr auszureisen, am Grenzübergang kehrt zu machen und um null Uhr wieder einzureisen. Oder man mietet sich für 100 bis 150 Mark West in einer der beiden Nobel-Herbergen unter den Ostberliner Interhotels ein Hotelzimmer. Mit der polizeilichen Anmeldung im Hotel verlängert sich das Eintagesvisum automatisch um einen Tag.

Bericht aus Mitteldeutschland

Begrenzt aber ist auch die Zahl der „DDR“-Rentner, die nun 60 Tage in den Westen reisen. Denn nur einmal im Jahr erhalten sie von ihren Behörden 15 Ostmark in Westgeld umgetauscht, höchstens zweimal das in den einzelnen Bundesländern gewährte „Begrüßungsgeld“.

Ein weiterer Punkt des „Papiers“ vom 1. August ist auch nur auf dem Papier eine Verbesserung. Nur wenige Westdeutsche oder West-Berliner machen von der Möglichkeit Gebrauch, 45 statt bisher 30 Tage im Jahr in die „DDR“ reisen zu können. Wer hat so viel Urlaub, wer hat so viel Geld? Denn zum Zwangsumtausch, nur für Rentner von 25 auf 15 Mark gesenkt, kommt noch hinzu, daß der Besucher aus dem Westen allerlei – man schätzt pro Kopf und Besuch im Wert von 100 DM – an Geschenken mitnimmt.

Kaum ein „DDR“-Bürger aber erwartet, *daß Honecker bei seinem* September-Besuch noch in Sachen Herabsetzung des Reisealters ein Mitbringsel im Gepäck führt. So sehr sich das viele seit Jahren wünschen. „Es gibt in den Betrieben schon genug Ärger, weil die Rentner so großzügig reisen dürfen, die Werktätigen aber, die den Sozialismus aufbauen, sind ausgeschlossen“, so ein jetzt nach West-Berlin ausgereister „DDR“-Bürger. Das Reisealter sei zwar in Partei- oder Gewerkschaftsversammlungen kein Tabu, „aber jede Diskussion wird schnell abgewürgt. Meist mit dem Hinweis, daß die Bundesrepublik erst einmal die Staatsbürgerschaft der ‚DDR‘ anerkennen muß.“

Zwar dürfen auch „DDR“-Bürger diesseits des Rentenalters in den Westen reisen – ihre Zahl stieg sogar von 45 709 im Jahr 1982 auf 64 005 im vergangenen Jahr –, aber die sogenannten „dringenden Familienangelegenheiten“ sind eine Kann-Bestimmung. Auch wenn keine Zahlen bekannt sind, steht fest, daß es eine hohe Zahl unbegründeter Ablehnungen gibt. Hier ist der „DDR“-Bürger oft der Willkür seines Betriebleiters, der grundsätzlich zustimmen muß (und ablehnen kann) oder der örtlichen Polizei-Dienststelle ausgesetzt. Auch dann, wenn der Antragsgrund (Taufe, Jubiläum, Hochzeit, Todesfall) der im „DDR“-Gesetzblatt vom 18. August 1982 veröffentlichten „Anordnung über Regelungen zum Reiseverkehr von Bürgern der DDR“ entspricht, gibt es Ablehnungen.

Bilanz der Erleichterungen: Wenig für viel Geld. Denn auch Punkt 9 des Katalogs „Großzügigere Handhabung der Mitnahme von Literatur- und anderen Druckerzeugnissen“ in die „DDR“ ist ein Gummi-Paragraph. West-Berliner berichten, daß sie an einem Grenzübergang Karl Mays „Durch die Wüste“ einführen durften, an einem anderen aber mit „Winnetou“ zurückgewiesen wurden. Und selbst westliche Schallplatten, in den „Intershops“ gegen D-Mark feilgeboten, stehen noch auf dem Index der „DDR“-Zöllner, wenn sie der Westbesucher mitbringt ...

Zimmermann: Wende im Landverbrauch

Ministerium legt Konzept für den Bodenschutz vor

E.N., Bonn

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es nur noch drei Prozent der Gesamtfläche, die vom Menschen nicht genutzt werden. Bei Anlegen eines Rasters von zehn mal zehn Kilometer bleiben nur noch 120 Flächen (von 2500) übrig, die nicht von Hauptverkehrsstraßen oder Schienenwegen zerschnitten sind.

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium des Inneren jetzt den Referenten-Entwurf eines Bodenschutz-Programms erarbeitet und den Bundesressorts vorgelegt, die zum größten Teil an seinem Zustandekommen verantwortlich mitbeteiligt waren. Das Bodenschutz-Konzept, eine Broschüre von rund 150 Schreibmaschinenseiten Umfang, soll Basis eines sogenannten „Artikelgesetzes“ werden. Darunter wird ein ganzes Bündel von Gesetzen verstanden, die im Hinblick auf eine Zielrichtung – in diesem Fall Umweltschutz – konzipiert wurden und die mit ihm eine Novellierung und Verschärfung erfahren.

Die Umweltbeanspruchung, wird im Text festgestellt, hat angesichts einer Besiedlung von 247 Einwohnern je Quadratkilometer einen Umfang angenommen, der sofortiges Einschreiten gegen den Verbrauch an Landschaft und Natur notwendig macht. Es wird betont, daß die Umweltbelastung sich auf das gesamte Bundesgebiet erstreckt, obwohl auf nur 6,5 Prozent der Gesamtfläche 42 Prozent der Bevölkerung in 24 Verdichtungsräumen leben.

Mit der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung, den stark vereinfachten Fruchtfolgen und dem Sonderkulturenanbau sei ein Rückgang von Pflanzen- und Tierarten um bis 90 Prozent verbunden. Das entspreche einer Schrumpfung von 50 000 Arten auf nur noch 5000. Naturlandschaften sind in der Bundesrepublik nur noch unbesiedelte Alpenregionen und das Wattenmeer.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann stellte anläßlich der Präsentation der Bodenschutzkonzeption fest, daß hier erstmalig alle bedeutenden Einwirkungen auf den Boden bewertet und in ihrem Zusammenhang dargestellt würden. Für alle Bereiche des Bodenschutzes würden, so der Minister, klare politische Ziele daraus abgeleitet und konkrete Lösungsansätze vorgeschlagen. Diese Konzeption werde die Bundesregierung zu einem umweltpolitischen Schwerpunkt machen. Zimmermann wies vor allem auch darauf hin, daß auf längere Sicht ähnliche Belastungen, wie sie bei den Waldschäden auftreten, auch für das Grundwasser oder bei den Erträgen der Landwirtschaft zu erwarten seien.

Die Bodenschutzkonzeption fordert Reduzierung und Minimierung von problematischen Stoffen aus Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Haushalten und eine „Trendwende im Landverbrauch“. Dies schließe ein, daß bei weiteren Erschließungsmaßnahmen die innerstädtische Bestandserhaltung und Entwicklung sowie der Ausbau bereits vorhandener Verkehrswege zu fördern seien. Bodennutzungen müßten weitgehend den natürlichen Standortbedingungen des Bodens angeglichen werden.

Im einzelnen sind konkrete Maßnahmen der Bundesregierung vorgesehen, unter anderem zum Schutz von Nahrungsmitteln vor Risikostoffen, vor allem wenn sie als sogenannte „persistente Stoffe“ den Boden anreichern. Die Grundwasservorräte sollen unter anderem vor weiteren Belastungen durch Nitrat aus Düngemitteln geschützt werden.

Athen sagt Manöver mit US-Truppen ab

AP, Athen

Die griechische Regierung hat eine für den 1. bis 16. September in Nordgriechenland geplante Militärübung mit amerikanischen Truppen abgesagt und erklärt, daß US-Soldaten künftig die Genehmigung zur Teilnahme an Manövern auf griechischem Boden versagt werde. Aus Athener Regierungskreisen verlautete, Grund sei der Streit zwischen Griechenland und seinen NATO-Partnern über die Stellung der Türkei im Bündnis. Athen argumentiert, von der Türkei gehe eine größere Gefahr für Griechenland aus als von den Ländern des Warschauer Pakts.

Kauft Amman Raketen in Moskau?

AFP, Amman

Nach Angaben gutinformierter Kreise in Amman ist eine jordanische Regierungsdelegation unter Leitung des Oberkommandierenden der Armee, General Zeid Ben Chaker, am 5. August nach Moskau gereist, um dort Luftabwehrraketen zu kaufen. Wegen finanzieller Schwierigkeiten sei jedoch kein Vertrag unterzeichnet worden.

Irak, das Jordanien bisher unterstützt hatte, ist wegen des Krieges mit Iran dazu nicht mehr in der Lage. Die Vereinigten Staaten hatten im März den Verkauf solcher Waffen an Jordanien abgelehnt.

„Europaspur“ jetzt auch nach Österreich

dpa, Bad Reichenhall

An den Straßenübergängen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich gibt es seit gestern vereinfachte Kontrollen, wie sie seit einigen Wochen bereits an der deutsch-französischen Grenze praktiziert werden. Kanzleramtschef Schreckenberger und sein Wiener Kollege Löschnak eröffneten am Grenzübergang Salzburg-Autobahn eine eigene „Europaspur“.

Bei Personenwagen werden – bis auf wenige Stichproben – nur noch Sichtkontrollen vorgenommen. Reisende, die eine Scheibe mit weißem E auf grünem Grund vorzeigen, werden bei verminderter Geschwindigkeit durchgewunken. Mit der Europa-Scheibe ist angezeigt, daß die Vorschriften für den Grenzübertritt eingehalten und nur erlaubte Waren im Rahmen der Freigrenzen mitgeführt werden.

Vorrang für häusliche Altenpflege

Bundesrats-Initiative des Landes Rheinland-Pfalz zur Reform der Pflegehilfen vorgestellt

PETER JENTSCH, Bonn

Der rheinland-pfälzische Sozialminister Rudi Geil hat gestern in Bonn unter dem Titel „Neue Hilfen für die Alterspflege“ ein neues Konzept für eine Reform der Pflegehilfen vorgelegt, die nach seinen Worten „praktikabel und kurzfristig umsetzbar“ ist. Die Reform, die Geil Anfang September der Konferenz der Arbeits- und Sozialminister als Bundesrats-Initiative des Landes Rheinland-Pfalz vorlegen will, gibt der häuslichen und ambulanten Pflege Vorrang vor der häufig von der Sozialhilfe abhängigen Heimpflege.

Geil schlägt ein flexibles, den individuellen Bedürfnissen angepaßtes System von häuslichen Pflegehilfen vor, das nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit abgestuft ist. Dabei werden erstmals finanzielle Hilfen nicht nur für den Pflegebedürftigen, sondern auch für die Pflegepersonen gefordert. So ist für den Pflegebedürftigen ein von der Höhe des Einkommens unabhängiges Grundpflegegeld vorgesehen, das je nach Pflegebedürftigkeit zwischen 200 und 500 Mark liegt. Es soll durch eine ergänzende einkommensabhängige Pflegehilfe zwischen 100 und 400 Mark ergänzt werden.

Die Leistungen für den Pflegehaushalt sind als Wahlmöglichkeiten konzipiert und ebenfalls zweigeteilt. So sollen die Pflegeaufwendungen im Haushalt steuerlich absetzbar sein, soweit eine zumutbare Eigenleistung des Pflegebedürftigen überstiegen wird. Nimmt ein Pflegehaushalt keine Steuererleichtungen in Anspruch, sollen für ihn Rentenversicherungsbeiträge gezahlt werden.

Diese Leistungen sollen ergänzt werden durch Freibeträge bei der Wohngeldberechnung und Steuerfreibeträge für Pflegehaushalte mit Eigenheimen. Einbezogen in das Konzept wurde die Unterstützung durch ambulante Pflegedienste sowie durch die Möglichkeit einer befristeten stationären Unterbringung beziehungsweise ein Angebot teilstationärer Einrichtungen. Nach Geils Auffassung sind diese Pflegehilfen geeignet, durch ihre hohe Flexibilität die Bereitschaft und Fähigkeit zur Übernahme häuslicher Pflege entscheidend zu verbessern. Im Falle einer stationären Pflege sollen nur noch die Hotelkosten von den Pflegebedürftigen selbst oder von der Sozialhilfe aufgebracht werden. Die Pflegekosten dagegen will der Minister durch den Bund finanzieren lassen.

Für seine Reform der Alterspflege hat Geil Mehrkosten in Höhe von 1,2 Milliarden Mark errechnet. Davon entfallen etwa 80 Prozent auf die Trennung in Hotel- und Pflegekosten. Die Sozialhilfe wird um 2,2 Milliarden Mark entlastet, die gesetzliche Krankenversicherung soll Mehrausgaben von 200 Millionen Mark übernehmen. Für die Ausgaben des Bundes verbleibt ein Kostenvolumen von knapp 3,2 Milliarden Mark.

Moral der GIs gestiegen

US-Truppen in Deutschland: Neue Waffen und höherer Sold

WOLFGANG WILL, New York

Es ist noch gar nicht so lange her, da waren die *amerikanischen Medien* voll von Beschwerden: Die mehr als 250 000 US-Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland seien skandalös untergebracht, in ehemaligen kaiserlichen Kavallerie-Kasernen oder Wehrmachts-Gefängnissen; die Moral *der Truppe sei miserabel, die Kampf*bereitschaft lasse zu wünschen übrig. Dieses Bild hat sich geändert.

„Vor ein paar Jahren noch hatten viele Zweifel, ob sie den Feind aufhalten könnten – heute sind sich die Soldaten sicher, daß jeder Rotarmist, der die Grenze überschreitet, zurückgeschlagen wird“, liest man in der Soldaten-Zeitung „Stars and Stripes“. Der 21 Jahre alte Infanterist James Thurman, stationiert in Baumholder, sagt: „Wir sind besser ausgebildet, und ich glaube, daß wir unsere Aufgabe besser erfüllen können.“

Vieles ist verbessert worden: Die US-Truppen in der Bunderepublik sind mit modernsten Waffensystemen ausgerüstet, etwa dem M-1 „Abrams“-Panzer, „Black Hawk“-Hubschraubern oder computerisierten Raketenwerfern. Der Kongreß bewilligte 65 Millionen Dollar für neue Unterkünfte, es hat Solderhöhungen gegeben, die durch den hohen Dollarkurs noch an Wert gewannen.

Die Moral der Truppe hängt nicht zuletzt davon ab, was sie sich leisten kann: Vor vier Jahren waren die 1163 Dollar eines US-Leutnants 2093 Mark wert, heute ergibt sein Sold von 1437,60 Dollar 4096 Mark.

Das Wohlbefinden, so „Time“, drückt sich auch darin aus, daß die Zahl derjenigen, die sich nach Ablauf ihrer Pflichtzeit für eine weitere Frist einschreiben lassen, in die Höhe geschnellt ist. Verständlich deshalb das Frohlocken von US-Kommandeur Robert Wetzel: „Wir können es uns nunmehr leisten, nur die besten der freiwilligen Bewerber zu nehmen.“

(SAD)

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die Affäre Ferraro wird für die Demokraten zur Belastung

Immer mehr Fragen über die finanziellen Verhältnisse im Hause Zaccaro-Ferraro

THOMAS KIELINGER, Dallas

Mit der Offenlegung ihrer Steuererklärung aus den Jahren 1979 bis 1983 und der Steuererklärung ihres Mannes John Zaccaro aus dem gleichen Zeitraum hat die Vizepräsidentschaftskandidatin der amerikanischen Demokratischen Partei, Geraldine Ferraro, am Wochenanfang der Kritik begegnen wollen, die sich seit Wochen an den Finanzen des Ehepaars Zaccaro-Ferraro entzündet hat.

Die in Washington ausgehändigten Dokumente klären zwar einige der Fragen, werfen dafür jedoch andere neu auf. Offenbart wurde zunächst, daß beide, Geraldine Ferraro und John Zaccaro, unverhältnismäßig viel Steuern bezahlten, bedenkt man, daß ihre Einkünfte aus Immobilienbesitz in der Regel in den USA steuerlich äußerst begünstigt sind. Geraldine Ferraro gab für den Zeitpunkt der letzten fünf Jahre Einkünfte in Höhe von 332 474 Dollar an, worauf sie insgesamt 130 922 Dollar Steuern entrichtete. Das entspricht einem Durchschnittssatz von 39,4 Prozent. Ihr Mann nannte Einkünfte von 533 969 Dollar, wovon 220 344 Dollar auf Steuern entfielen, mithin ein Steuersatz von 41,3 Prozent.

Diese Zahlen, für sich genommen ein Beispiel großer Bürgerehrlichkeit, wurden am Montag abend jedoch sofort ins Ungewisse getaucht, als der Nettowert des Vermögens der Eheleute Ferraro-Zaccaro bekannt wurde. Er beläuft sich für den Immobilienmakler John Zaccaro auf 3 020 085 Dollar, für seine Frau auf 760 000 Dollar. Das ergibt zusammen eine Summe von fast vier Millionen Dollar und weist das Ehepaar als mehrfache Millionäre aus. Im Lichte dieses Besitzes bleiben die in den letzten fünf Jahren angegebenen Einkünfte unerklärlich niedrig – ein Punkt, den Geraldine Ferraro auf ihrer Pressekonferenz in New York am Dienstag nachmittag wird erläutern müssen.

Die Überprüfung der Steuererklärungen aus den vergangenen fünf Jahren ergab darüber hinaus, daß das Ehepaar für seine 1978 deklarierten Einkünfte aufgrund eines angeblichen Beraterfehlers 53 459 Dollar zu wenig an die US-Steuerbehörde entrichtet hatte. Dieser jetzt zutage getretene Irrtum wurde sogleich mit der Überweisung eines Schecks in entsprechender Höhe korrigiert.

Damit ist aber noch nicht jeder Zweifel aus dem Wege geräumt, der sich über das erste Wahlkampfjahr der Ferraro, 1978, angesammelt hat. Damals erhielt sie von ihrem Mann eine gesetzlich nicht zulässige Wahlspende von 100 000 Dollar, die sie mit dem Verkauf ihres Anteils an einem Anwesen in Manhattan zurückzahlte. Diesen Anteil aber hatte sie selber ganze vier Monate zuvor für den Preis von 25 000 Dollar erworben. Unerklärt bleibt, wie ein Objekt in New York in dieser kurzen Zeit seinen Wert dermaßen steigern konnte, und wie es dazu kam, daß der Wertanteil 5 Monate, nachdem Mrs. Ferraro ihn



Schlecht beraten: Vizepräsidentschaftskandidatin Ferraro
FOTO: CHARLES / STUDIO X

zur Deckung ihrer Schuld veräußert hatte, von John Zaccaro käuflich zurückerworben wurde. War der erste Makler, an den Frau Ferraro ihre Einlage verkaufte, nur ein „Strohmann" ihres Gatten, der durch die hohe Kaufsumme nicht als Begünstiger seiner Ehefrau auftreten wollte?

Geraldine Ferraro ließ am Montag wissen, sie habe nicht gewußt, daß ihr Mann wieder in den Besitz des von ihr verkauften Hausanteils in Manhattan gekommen sei. Diese und andere Erklärungen aus ihrem Mund über die Finanzen ihres Mannes schaffen für die Vizepräsidentschaftskandidatin immer wieder Glaubwürdigkeitsprobleme, da die Öffentlichkeit davon ausgeht, daß eine Volljuristin und stellvertretende Staatsanwältin nicht so gänzlich ahnungslos sein kann über die Geschäfte des Ehepartners.

John Zaccaros Geschäftsgebaren steht überhaupt weiterhin im Zwielicht. So war er in einem Fall von der New Yorker Stadtbehörde als Treuhänder eines für zurechnungsunfähig erklärten älteren New Yorker Bürgers eingesetzt worden, borgte von dem Fonds, den er zu verwalten hatte, jedoch die Summe von 100 000 Dollar – ein ganz und gar unübliches, wenn auch nicht unbedingt ungesetzliches Verhalten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Öffentlichkeit demnächst noch mit mehreren Geschichten dieser Art bekannt gemacht werden wird.

Für das Mondale-Lager stellen all diese Dinge einen schweren Rückschlag dar. Die politische Kampagne gegen Ronald Reagan ist fast gänzlich zum Erliegen gekommen, weil sich das Interesse der Medien verständlicherweise mehr der Thematik der Finanzen im Hause Zaccaro-Ferraro zuwendet. Man beginnt schon jetzt die Mondale-Berater dafür zu beschuldigen, daß sie nur oberflächlich die geschäftlichen Hintergründe der Vizepräsidentschaftskandidatin erforscht hatten, ehe Walter Mondale Mrs. Ferraro zu seiner politischen Mitstreiterin ernannte.

Der Schaden, der schon jetzt entstanden ist, gilt als politisch nicht mehr reparabel. Wie schlecht das Mondale-Lager die Ferraro darüber hinaus in allen anderen Belangen ihrer Kandidatur zu beraten scheint, zeigt auch der Umstand, daß Geraldine Ferraro am Montag vormittag buchstäblich zehn Minuten vor Ablauf der gesetzlichen Frist bei der Bundeswahlbehörde das erforderte Statement über den Status ihrer Finanzen einreichte.

Die Republikaner, die sich in Dallas zu ihrem Parteikonvent getroffen haben, versuchen ihr Äußerstes, sich aus der immer noch schwelenden Kontroverse im Lager der Opposition herauszuhalten. Sie lassen wissen, daß sie es ebenfalls wie die Kritiker Mondales für unverständlich halten, daß dergleichen Vorgänge nicht früher bekannt und erkannt wurden.

Seite 2: Pour little rich girl

Der Streik der Kumpel wird immer brutaler

JOCHEN ZWIKIRSCH, London

Es gab Tote. Brennende Autos verbarrikadierten die Straßen, „feindliche" Lastwagen gingen in Flammen auf. Polizisten bluteten im Steinhagel, Sabotagetrupps, organisierte Schläger sind unterwegs. Und manchmal fallen jetzt auch Schüsse. Die Auseinandersetzung im Bergarbeiterstreik, der von seinem Anführer Arthur Scargill nun schon in den sechsten Monat gepeitscht wurde, wird von Woche zu Woche brutaler.

Der Boß der Kumpel-Gewerkschaft NUM hat das erklärte Ziel, mit dem Ausstand gegen geplante Zechenstillegungen auch gleich Margaret Thatchers Tories von der Macht wegzustreiken. So ließ der Klassenkämpfer an der NUM-Spitze bisher noch jede Verhandlung mit seinem Widerpart Ian MacGregor von der Nationalen Kohlebehörde NCB platzen. Und das, obwohl der trotz Rückenstärkung durch die stahlhart bleibende „Eiserne Lady" schon längst Kompromißbereitschaft signalisierte.

MacGregor geht es um die kontinuierliche Fortsetzung des langjährigen Gesundschrumpfungsprozesses im hoch defizitären britischen Kohlebergbau (Verluste im letzten Geschäftsjahr: 3,333 Milliarden Mark). In den modernsten der 174 NCB-Zechen wird eine Tonne Kohle für umgerechnet 106 Mark abgebaut, in den unrationellsten (und das sind immerhin zwölf Prozent) kostet dies mehr als das Dreifache. Deshalb will das NCB die Schlußlichter – und, auf freiwilliger Basis sowie unter Zahlung einer sechsstelligen Abfindung, 20 000 seiner 180 000 Miners – loswerden.

Was „King Arthur" gern unterschlägt: 41 Zechen produzieren weiterhin Kohle. 50 000 Kumpel fahren nach wie vor ein, weil ihnen der Arbeitsplatz wichtiger ist als Scargills linke Polit-Spiele, und es werden immer mehr. Die Streikfront bröckelt. Eine Urabstimmung gab es sowieso nicht. Gemäßigte Bergarbeiterführer sind sicher: „Drei Viertel der Kollegen stimmten gegen einen Ausstand."

Der volkswirtschaftliche Schaden des Arbeitskampfes ist unabschätzbar; in der Londoner City beziffert man ihn auf „mindestens" vier Milliarden Mark. Scargill ungerührt: „Wir machen weiter – wenn es sein muß, bis nach Weihnachten!" (SAD)

Spionagefälle beunruhigen London

Wird Großbritannien zum „weichen Ziel" der Sowjets? / Drei Fälle in vier Monaten

SIEGFRIED HELM, London

Premierminister Margaret Thatcher läßt sich über den jüngsten Fall von Geheimnisverrat laufend unterrichten, denn England ist in den Ruf geraten, für den sowjetischen Geheimdienst ein „weiches Ziel" zu sein. Zwar gehört der hohe Beamte im Londoner Verteidigungsministerium, Clive Ponting (38), nicht zu den 12 700 Beamten der britischen Geheimdienste. Er ist einer der rund 60 000 Geheimnisträger im Dienst der britischen Krone. Doch stand er als Leiter des Verteidigungssekretariats 5 im Rang eines „Assistant Secretary" einer Abteilung vor, die den Admiralsstab berät. Dieser als „Senkrechtstarter" bezeichnete Beamte soll, wie es bei seiner Vorführung vor dem Haftrichter am Wochenende hieß, einer nicht autorisierten Person „am oder um den 16. Juli in Westminster" Geheiminformationen zugespielt haben.

Ponting wurde nach Absatz zwei des Gesetzes über Staatsgeheimnisse (Official Secrets Act) angeklagt. Dieses aus dem Jahre 1911 stammende, oft als schwammig und veraltet kritisierte Gesetz untersagt in seinem Absatz zwei allen Dienern der Krone die „unautorisierte Weitergabe jeglicher Information" – ohne Rücksicht darauf, ob die Information der Geheimhaltung unterliegt oder nicht. Bei derart weitgespanntem Netz kann über die Natur des Geheimnisverrats, die dem hohen Ministerialbeamten zur Last gelegt wird, nur spekuliert werden. Immerhin wird die Anklage von der Generalstaatsanwaltschaft vorbereitet.

Clive Ponting ist Historiker, der mit glänzendem Hochschulabschluß vor 14 Jahren in den Staatsdienst eintrat. Seit März dieses Jahres leitet er im Verteidigungsministerium die Abteilung DS 5, die den Stab von Admiral Sir John Fieldhouse berät. In dieser Funktion hat er Zugang zu vertraulichen Informationen.

Seit Monaten liefern Sicherheitsskandale in England Schlagzeilen. Der spektakulärste Fall war der des Geheimdienstbeamten Michael Bettaney, der im April vor dem Old Bailey zu 23 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Dieser Mann, dessen Avancen die Sowjets ignorierten, wurde als Typ des „ideologischen Verräters" verurteilt, dem es nicht um schnöden Mammon ging, als er drei Tage vor seiner Abreise zu einem Agententreff in Wien mit Stößen hochgeheimer Informationen aufflog.

Da war ferner der Fall des Linguisten Geoffrey Prime in der Nachrichtenzentrale der britischen Geheimdienste in Cheltenham, der wegen jahrelangem Geheimnisverrats zu 38 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Die Nachwehen dieser kapitalen Panne sind bis heute nicht ausgestanden, denn noch ist auf dem Instanzenweg keine endgültige Entscheidung darüber gefallen, ob das von der Regierung Thatcher für Cheltenham verhängte Verbot der Gewerkschaftszugehörigkeit rechtens ist oder nicht.

Und da war schließlich der Fall der kleinen Behördenangestellten Sarah Tisdall, die den linksliberalen „Guardian" vorab über den genauen Zeitpunkt der Ankunft von „Cruise Missiles" informierte. Ihre Bestrafung zu sechs Monaten Gefängnis wurde von vielen als drastisch empfunden und war sicher Ausdruck der übersensibilisierten Atmosphäre (SAD)

Khalil: „Jetzt mit Israel verhandeln"

WELT-Gespräch mit dem ehemaligen libanesischen Botschafter in Bonn

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Der ehemalige libanesische Botschafter in Bonn (September 1978 bis Juni 1983), Khalil al Khalil, der jetzt in Südlibanon lebt, sieht in der Erklärung der israelischen Spitzenpolitiker Schamir und Peres, sobald wie möglich aus Libanon abzuziehen, „ein gutes Zeichen". Jetzt käme es darauf an, mit Israel zu verhandeln, um „normale Beziehungen und normalen Grenzverkehr" zwischen beiden Ländern herzustellen. Anders als manche libanesischen Politiker bezeichnet es der Schiite aus Tyros – „ich gehöre nicht zur Minderheit der Sunniten, wie eine deutsche Zeitung behauptet" – als notwendig, jetzt mit Israel zu verhandeln und nicht zu gewaltsamem Widerstand im Süden aufzurufen.

Man müsse Israel die Gelegenheit geben, die Rückzugsabsicht auch zu verwirklichen. Für den Süden seien Verhandlungen außerdem „eine wirtschaftliche Notwendigkeit", da die „Abschnürung der Region vom Rest des Landes sich bereits schädlich auswirkt." Israel sei zwar mit Recht um die Sicherheit seiner Soldaten besorgt, aber, so der erfahrene und in Bonn angesehene Diplomat, die israelische Armee habe auch versäumt, „zu Beginn der Besatzung die schweren Waffen einzusammeln und die Infrastruktur der terroristischen Kader zu zerstören". Jetzt benutzten die „Terroristen, vorwiegend linksextreme Gruppen", wieder ihre früheren Möglichkeiten und den „Unmut in der Bevölkerung für ihre Interessen, die keineswegs mit den Interessen des Libanon identisch sind".

Khalil zeigt sich optimistisch, daß die Lage im Süden bei Verhandlungen und einem Abzug entspannt würde. Nach wie vor sei die Bevölkerung gegen eine Präsenz der PLO. Khalil: „Der Libanon darf nie wieder von Palästinensern besetzt werden." In diesem Sinn plädiert der 44jährige Rechtsanwalt auch für eine Annulierung des Abkommens von Kairo aus dem Jahre 1969 zwischen der PLO und Beirut, „genauso wie das israelisch-libanesische Abkommen vom 17. Mai 1983 annuliert wurde."

Khalil ist für einen Abzug aller ausländischen Truppen, „auch der syrischen". Damaskus wirft er vor, das Land über Stellvertreter regieren zu wollen. Auch Syrien müsse das Land verlassen, aber „ohne daß dies zu einer Vorbedingung für den Abzug anderer ausländischer Truppen wird". Libanon müsse ein souveräner Staat sein, der sich von keinem Land Bedingungen für den Umgang mit anderen Staaten diktieren lassen dürfe.

Die weitere Entwicklung in Libanon hänge von Syrien und Israel ab. Dabei spiele der Süden des Landes eine immer größere Rolle. Khalil, der auch sieben Jahre Botschafter in Teheran war, glaubt, daß dem Befehlshaber der „Armee Südlibanons", General Lahad, dabei entscheidende Bedeutung zukommen wird. Er hofft auch, daß die Länder Westeuropas positiv auf den Fortgang der Entwicklung einwirken, insbesondere jetzt, da die USA durch den Wahlkampf außenpolitisch gelähmt seien.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

IHR PRODUKT NACH USA

CHANCE FÜR MITTELSTÄNDISCHE UNTERNEHMEN

Noch nie war der Zeitpunkt günstiger als heute, technisch oder qualitativ hochwertige deutsche Produkte in USA zu vermarkten.

Drei Grundsätze sind dabei unbedingt zu beachten:

- Die Risiken müssen erkannt und abgewogen werden.
- Die amerikanischen Märkte müssen gezielt, aber behutsam erschlossen werden.
- Abhängigkeit von amerikanischen Importeuren muß vermieden werden.

Wir beraten Sie unverbindlich und sagen Ihnen wie! Senden Sie Ihre Unterlagen, oder rufen Sie an:

PLANCONCEPT
WIRTSCHAFTSBERATUNG
DIPL.-KFM. WALTER MAYER
Telefon (0 62 37) 70 59 Telex 4 64 935
Postfach 21 09 45 D-6700 Ludwigshafen am Rhein

MAKLER
US-Dollar 37 500 bis 202 000

Eine Kapitalanlage von $ 12 500 bringt Ihnen die obige Rendite innerhalb von 10 bis 20 Jahren, mit fortlaufenden Gewinnen über Jahrzehnte. Diese basieren auf jährlichen Schätzungen der Ernten in den Vereinigten Staaten. Der Anlageplan wurde von einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Zusammenarbeit mit einer europäischen Firma, die Analysen erstellt, untersucht. Mindestanlage $ 2500,–. Hohe Provisionen und Eigenkapitalbeteiligungen erwarten für uns geeignete Makler. Informationsmaterial in Englisch, Deutsch, Französisch und Arabisch erhältlich. Anfragen von Investoren sind uns willkommen. Setzen Sie sich mit uns in Verbindung:
GLOBE PLAN S. A. – Av. Mon-Repos 24 – CH-1005 Lausanne (Schweiz), Tel. (00 41 21) 22 35 12, Telex: 2 5 185 MELIS CH

Alteingesessene Anwaltskanzlei mit Amtsgericht am Ort in Rheinland-Pfalz sucht jungen Rechtsanwalt(in) zwecks
Praxisübernahme.
Erwartet wird überdurchschnittliches juristisches Können, sicheres Auftreten und praktische Erfahrung wird vorausgesetzt.
Angeb. erb. u. P 8761 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junges Team von
GRAFIK-DESIGNERN
(NRW), 7jährige Erfahrung i. d. Werbung v. Prospekt bis Messebau, top in Planung, Grafik u. Ausführung, sucht Geschäftskontakte.
CREATEAM 0 25 25 / 16 16

Bankkaufmann
Sanierungsspezialist, übernimmt Geschäftsführung von „kranken" Firmen. Vertraulich.
Zuschriften unter X 8416 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

VERTRIEBSPARTNER
Postleitzahlengebiete 2, 3, 4, 5, Automobilsektor. Preiswertes Gerät zur Benzineinsparung und Abgasentgiftung (TÜV-Gutachten). Umsatzerwartung pro Jahr mindestens 1,5 Millionen. Entsprechendes Kapital wird erwartet.
Zuschr. u. S 8763 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

● Vertrieb ● Spanien ● ● Immobilien ●
Für den Vertrieb v. Immobilien in Spanien suchen wir Partner aus dem Immobilienbereich u. anderen Branchen bei guten Provisionssätzen.
Zuschriften unter N 8760 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Haben Sie Probleme mit Ihrer Wareneinkaufsfinanzierung? Speziell für Geschenkartikel, Porzellan, Keramik, Einrichtungshäuser und Juweliere haben wir ein neues Konzept entwickelt! Konditionen: 4 % p. a., Laufzeit bis 36 Monate, ab DM 20 000 bis DM 300 000, Absicherung durch Bankbürgschaft, Gesamtlaufzeit tilgungsfrei.
Angebote unter E 8907 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Südkorea
Dtsch. Kfm. m. Büro in Seoul u. ausgez. dortigen Verbindungen (korean. Ehefrau) übernimmt für Sie Warenbeschaffung, Qualitätskontrolle u. Kontaktpflege.
T. 02 11 / 77 30 05, Telex 8 582 564

Kaufe gegen bar
Elfenbeinzähne
(roh oder poliert)
(WA bitte beachten)
IMPEXCO GmbH
Telefon 0 67 81 / 4 34 24
Hegelstraße 12, 6580 Idar-Oberstein 2

Welcher Sponsor
stellt Springreiter Pferde bis Kl. S zur Verfügung? Zuschr. unt. M 8891 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ein Team für alle Fälle

Eingespieltes Team, gewöhnt an selbständiges Arbeiten unter schwierigsten Bedingungen, mit Spezialisten für

- Elektrik, Elektronik,
- technisches Großgerät,
- Kfz- und Luftfahrt-Mechanik,
- Werkschutz und Sicherheit,
- Verwaltung,
- Fliegerei und Flugsicherung,

übernimmt Auslandsaufträge aller Art (Montage, Errichtung von Camps, Transportbegleitung, Objektschutz ...) im europäischen und außereuropäischen Raum.
Ang. erb. u. P 8915 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Fertighaushersteller

möchte jährlich ca. 20–30 Häuser zukaufen, inkl. Montage. Güteüberwachung erwünscht.

Wer kann uns nach unseren Vorgaben bundesweit beliefern?

Angebote unter R 8762 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Namhafte Etikettenfabrik im nordwestdeutschen Raum sucht den
Handelsvertreter
der bereit ist, eine zusätzliche Vertretung zu übernehmen. Vorteilhaft ist, wenn seine bisherige Verkaufstätigkeit auf dem Gebiet der Flaschen- (Glas), Getränke- oder Papierwirtschaft erfolgt. Ihre Aufgabe: Neukundenwerbung und Betreuung.
Zuschr. erb. u. M 8759 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Werksvertretung
Selbständiger Handelsvertreter, zielstrebig, mit langjähriger Erfahrung im Verkauf, sucht Werksvertretung für das Ruhrgebiet, die dauerhaft gute Entwicklungsmöglichkeiten bietet. In der Groß- und Mittelindustrie seit Jahren bestens eingeführt.
Zuschriften bitte unter M 8913 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Handelsvertreter
mit Auslieferungslager, Sitz Ostwestfalen, verfügt noch über Aufnahmekapazität und sucht progressive, auch modische Artikel. Ang. erb. u. D 8906 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Suchen Sie einen gepflegten, diskr. Herrn, 38 J., der Sie im In- u. Ausland mit eigenem Pkw (Daimler-Benz) chauffiert od. selbst. für Sie priv. Angelegenheiten ausführt. Tel.: 0 62 54 / 25 65 oder Zuschriften unter T 8896 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

Suchen laufend Sonderposten, Versteigerungs- bzw. Konkurswaren aller Art
CAROTEX
Import-Export GmbH.
Schirmerstr. 40
4000 Düsseldorf 1
Tel. 02 11 / 16 15 35 oder 16 15 63

Kaufen (fast) alles, wenn der Preis stimmt.
Handelswaren-Vertrieb
Schubach GmbH
Daimlerstr. 7, 3160 Lehrte
Tel. 0 51 32 / 40 43, FS 9 23 450

STELLENANGEBOTE

Wir sind ein Großunternehmen der metallverarbeitenden Industrie mit mehreren Werken und Standorten. Unser *zentraler* Sitz befindet sich in Nordrhein-Westfalen.

Zur Mitarbeit in unserem zentralen Personalwesen suchen wir einen jüngeren

DIPLOM-PSYCHOLOGEN

Das Aufgabengebiet ist vielseitig und bietet noch weitgehend die Möglichkeit zu eigener Gestaltung. Es umfaßt unter anderem:

- Durchführung betriebspsychologischer Untersuchungen und Beratungen. Entwicklung und Pflege der entsprechenden Verfahren und Methoden.
- Bearbeitung von Grundsatzfragen des Beurteilungswesens.
- Mitarbeit bei der Konzeption, Durchführung und Kontrolle von Personalentwicklungsmaßnahmen.
- Entwicklung von DV-Lösungen in den obengenannten Aufgabengebieten und auf dem Gebiet der Personalstatistik.

Wir erwarten vom Bewerber/der *Bewerberin* einen möglichst hohen Grad an Selbständigkeit. Er sollte in der Lage sein, psychologisch-wissenschaftliche Erkenntnisse in der Praxis anzuwenden und an betriebliche Vorgesetzte und Mitarbeiter in verständlicher Form weiterzugeben.

Darüber hinaus halten wir sehr gute Statistikkenntnisse, Erfahrungen im Einsatz der EDV zur Lösung statistischer Probleme und die sichere Beherrschung mindestens einer Programmiersprache für unbedingt erforderlich.

Einige Jahre Berufserfahrung wären sehr von Vorteil.

Zuschriften mit den üblichen Bewerbungsunterlagen werden erbeten unter E 8555 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind

ein international bekanntes Beratungsunternehmen für Organisationsplanung. Unsere Auftraggeber sind Wirtschaftsunternehmen und öffentliche Verwaltungen, bei denen unsere Berater selbständig Projekte durchführen.

Wir suchen noch

Berater für unser Team

Wir erwarten

- Fachkenntnisse im Bereich der Betriebswirtschaft, der Anwendung neuer Bürotechnologien und der Organisationsplanung.
- praktische Erfahrungen in der Abwicklung von Rationalisierungsprojekten in Verwaltungen
- methodisches Wissen und selbständiges Arbeiten
- besondere Fähigkeiten in der Leitung von Projektteams und der Durchsetzung von Planungsergebnissen

Telefonische und schriftliche Bewerbungen richten Sie bitte an



QUICKBORNER TEAM
Gesellschaft für Planung und Organisation mbH
Mittelweg 119
2000 Hamburg 13
Tel. 0 40 / 4 10 50 25

Gesucht wird ein ideenreicher, zuverlässiger
KOCH
welcher selbständig und verantwortungsbewußt die Regie in unserer Küche übernehmen kann.
Weinhaus Melters
Wallfriedsweg 10
4330 Mülheim/Ruhr
Tel. 02 08 / 42 33 42 oder 47 07 07

Selbständige Existenz
Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.
CPA, Postfach 11 04 41
6000 Frankfurt 11

Geschäftsführer/in
f. Filiale einer seriösen Eheanbahnung für PLZ 4, 5, 6 gesucht. Monatl. DM 4000,–
Tel. 02 34 / 33 19 84 od. Postfach 10 03 26, 4350 Recklinghausen 1.

Dolmetscherin
für Englisch und Französisch mit entspr. Abschluß per sofort für Nordd. gesucht.
Bewerbungen an Diers Sprach- und Nachhilfeschulen, Zentrale Bremen, Martinistr. 29, 28 Bremen
Tel. 04 21 / 32 30 66.

STELLENGESUCHE

Gesch.-Fhr., 40 J.

Groß- + Einzelhandel, Hartwaren, fundierte Kenntnisse in allen kfm. Bereichen, sehr guter Background aus Waren- + SB-Warenhaus, führungssicher, belastbar, flexibel

SUCHT Position als GF Warenhaus/SB-Warenhaus, Baumarkt o. ähnliche Position, evtl. im Einkauf. Region bevorzugt: Rhein-Main, Großraum Ffm.

Angebote erbeten unter D 8774 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Finanzwesen und Geschäftsbuchhaltung
42 Jahre, Bilanzbuchhalter, 14jähr. Berufserfahrung in der Industrietechnik, Erstellen von Monats- u. Jahresabschlüssen, Steuerbilanzen und Vermögensaufstellungen, kurz- und mittelfristige Finanzpläne, Vorbereitung und Abwicklung von Finanzierungen für Industrieanlagen/Exportgeschäfte, Sprachkenntnisse in Englisch, sucht entsprechende Tätigkeit, vorzugsweise Norddeutschland.
Zuschr. erb. u. E 8775 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Praktiker
des betriebl. Rechnungswesens, 39 J., verh., ca. 20jähr. Erfahr. im Rechnungswesen v. Firmen d. Maschinen- u. Anlagenbaus, dav. 10 J. in leitend. Position, gt. organisat., EDV- u. techn. Kenntnisse, sucht verantwortungsv. Aufgabe als Leiter *Kostenrechnung/betr. Rechnungswesen.*
Zuschr. unt. P 8950 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Junges Mädchen
spricht Englisch, Französich, Spanisch. Ausbildung unter anderem in Schweizer Pensionat, sucht entsprechende Tätigkeit. Angeb. erb. unt. H 8910 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Junger angelernter
Speditionskaufmann
sicheres Auftreten, gute Englischkenntnisse, sucht interessanten Wirkungskreis im Innen- u. Außendienst.
Angebote erbeten unter W 8767 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

2 Volljuristen
(35/30), **Betriebswirte/Außenhandelskaufleute**, bieten **Mitarbeit** an (verhandlungssicheres Englisch und Französisch sowie *spanische und italienische* Sprachkenntnisse).
Angebote erbeten unter Z 8770 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Korrespondentin
(25) als Redakteurin kleinerer Obj. tät., i. ungek. Stellung, gute Englischkenntn., Franz.- u. Vertriebskenntn., selbst. arb., sucht neues Betätigungsfeld mit Aufstiegsmöglichkeiten.
Ang. erb. u. PD 48292 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Rundfunk-/Fernsehtechniker
langj. tätig im Verkauf u. Service elektro.-med. Geräte, sucht neue Aufgabe in Hamburg.
Ang. erb. u. PR 48303 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Bankkaufmann
in leitender Stellung im Kreditwesen, 38 J., sucht neuen Wirkungskreis zum 1. 1. 85.
Zuschriften erbeten unter PE 48312 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

EDV-Spezialist
im Großraum Hamburg (Anfang 40, Dipl.-Mathematiker, prom. Ökonom, Bänker, berufserf. auch in Technik, Medizin u. Ökologie), in gesicherter, gut dotierter Position, sucht neue Aufgabe in Forschung o. Consulting.
Kontaktaufnahme erbeten unter A 8771 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Systemberater MDT
Mitte 30, ungek., Erf. in Projektleitung DB u. DC, sucht neue Aufgabe m. Personalverantwortung, nordd. Raum bevorzugt.
Zuschr. erb. u. PO 48301 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Stahlhochbau-/Schweißfach-Ing. (Dipl.-Ing. FH)
in ungekündigtem Arbeitsverhältnis, sucht neuen Wirkungskreis in Industrie oder Verwaltung. Langjährige Tätigkeit als Montageleiter, Erfahrung in der Betriebsführung (stellvertretender Betriebsleiter), Statiker. Schwerpunkt: Montagekalkulation/-Abrechnung, Leitung von Arbeitsgemeinschaften auf Großbaustellen, Prüfung von Stahlschweißern, Mitwirkung bei der Gestaltung wirtschaftlicher Stahlbau-Konstruktionen.
Ang. erb. u. C 8905 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

MANAGER
(Mitte 30)
bisher: Spezialist f. Unternehmensführung / Organisation / Materialwirtschaft / Betriebsverfassung / Vertrieb / Personalführung (120 Mitarbeiter) / Betriebswirt;
Branchen: internat. Medienkonzern / Verlag / Vertriebs- u. Dienstleistungsunternehmen;
heute: selbständig (Vertrieb);
suche: Aufgabe im Angestelltenverhältnis;
warum: kann Gesellschafteranteile gut veräußern;
Raum: Norddeutschland.
Angeb. u. PA 48 309 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Diplom-Ökonom
(4jähriger Studiengang)
Schwerpunktstudium: Marketing, Unternehmungsrecht, Industriebetriebslehre, Betriebliches Steuerwesen, Englisch- und EDV-Fortbildung; 3 Monate Praktikum, 32 Jahre, gesund, flexibel, mobil, sucht Anfangsstellung, in der konzentriert leistungskräftige Mitarbeit und Entlastung d. Vorgesetzten erwartet wird!
Wählen Sie bitte 04 21 / 59 22 66, ab 17 Uhr, oder schreiben Sie u. B 8904 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Qualifizierter Buchhaltungsleiter
(Leiter Rechnungswesen), aktiv – belastbar – einsatzbereit.
Kontaktaufnahme zwecks Vorstellungstermins erbeten unter Tel. 0 41 92 / 65 96

Exzellenter Berater für Kommunikation und PR
Zuschr. u. PG 48314 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Italien/Spanien Frankreich/Schweiz
Lebensmittelkaufmann und Spediteur, 29 Jahre, ledig, sucht neue, herausfordernde Aufgabe. Ausland bevorzugt.
Zuschr. u. R 8916 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kaufmann
47 J., verh., 2 Kinder, in ungek. Stellung als stellvertr. Geschäftsführer, im Masch.- u. Apparatebau mit Schwerpunkt Vertrieb u. Fertigung, sucht neuen, verantwortungsvollen Wirkungskreis, je nach Betriebsausst. mit Fertigungsprogramm, evtl. auch tätiger Beteiligung.
Zuschr. unter V 8766 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Werkschutz
38 J., ortsangeb., vertraut mit allen Problemen d. betrieblichen Sicherheit sowie des Brandschutzes, sucht neues Aufgabengebiet.
Angeb. erb. u. PS 48304 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Sicherheitsfachkraft
Suche neue Stellung, möglichst Norddeutschland. Erfahrung im öffentlichen (BGS u. BW) und privatem Sicherheitsdienst, Objekt-(Werk-)schutz, Personenschutz, Katastrophenschutz, Geheimschutz. Lehrbeauftragter und Referent für Betriebsschutz, Mitverfasser d. neuen Werkschutzprüfungsordnung.
Angeb. erb. u. G 8909 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Volljurist
28. J., belastbar, örtlich ungebunden, fundierte Rechtskenntnisse, gut in Zwangsvollstr. und im öff. Recht, insb. Baurecht, fließend Engl.,
sucht
herausfordernde, abwechslungsreiche Anfangsstellung bei Verband, Wirtschaftsunternehmen oder Rechtsanwalt.
Zuschriften erbeten unter F 8908 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Kaufmann
45 J., langj. Erf. im Ehkonz., leitd. Ebene, Erg.-Analyse u. Steuerg. m. EDV, Warenbereitstg., Admin., Systementw., langj. Auslandserf., Engl., Franz., Ist-Eink. 120 TDM, su. neuen Wirkungskreis m. Eigenverantwortlichkeit. Angeb. erb. u. T 8918 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Jap. Geschäftsführer
Dipl.-Volkswirt, 47 J., 3 J. in Hong Kong, seit 1968 in Deutschland, internat. Im- und Exporterf., fl. Engl. u. Dtsch., sucht neue verantwortungsv. Position in Deutschland. Angebote erbeten unt. PB 48310 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

VOLLJURIST
33 J., ü. 5 J. bei Rechtsschutzversicherung (ungek.), sehr einsatzfreudig und belastbar, mit der Bereitschaft, sich in neue Spezialgebiete einzuarbeiten, sucht neuen Wirkungskreis bei Versicherung (vorzugsweise Rechtsschutz), Verband oder RA im Großraum K – BN (nicht Bedingung).
Zuschriften erbeten unter C 8773 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger dynamischer Automobilkaufmann
27 Jahre, mit betriebswirtschaftl. Grundkenntnissen, sucht neue Aufgabenstellung im Marketingbereich Raum Hamburg.
Zuschr. erb. u. PT 48305 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.

Rechtsanwalt
31 J., verh., Banklehre, derzeit eigenverantwortliche Tätigkeit in Allgemeinkanzlei (ungek.), möchte sich im Raum Hamburg verändern, ggf. Beteiligung auf Kapitalbasis. Zuschr. erb. u. U 8919 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

EDV-Orga./Controlling
Dipl.-Kfm., z. Z. EDV-Leiter in mittl. Industriebetrieb, sucht verantwortungsvolle Tätigkeit im Raume Hamburg.
Leiter Gesamt-EDV/Anw.-Progr., bei qualif. Unternehmensberatung, ggf. auch als Teilhaber, bei Integration von EDV und Controlling.
Zuschr. u. PH 48315 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stellen für:
Bundesanstalt für Arbeit

Leiter Finanz- und Rechnungswesen

38, Industriekaufmann, Bilanzbuchhalter, IHK-Prüfung, Berufserfahrung im Finanz- und Rechnungswesen, Bilanzierung, Steuer-, Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, DV-Anwendung, Verhandlungsgeschick; sucht Tätigkeit im Finanz- und Rechnungswesen, Nordrhein-Westfalen/Niedersachsen.

Auskünfte erteilt: Herr Wiefel
Fachvermittlungsdienst Bielefeld, Friedenstraße 19
4800 Bielefeld 1, ☎ 0521/587-342 oder -361, FS 932344

1784

Industrial Engineer (REFA)

33, Dipl.-Hochbauing. (FH), Sicherheitsing., Ausbilder-Praxis in: Industrie- und Ausbaukonstruktionen (KKW), Bauleitung (In-/Ausland) von Industrie- und Geschäftsbauten sowie allgemeiner Hochbau, Kenntnisse: Industrial Engineering, Arbeitsstudium, EDV, Aufbau von Quality-Circles, Sprachen: Engl., Grundktn.: Span., Niederl.; sucht teamorientierte Tätigkeit im Bereich: Industrial Engineering, Produktionsstättenplanung, Mitarbeiterschulung. Branche: Industrie, Unternehmensberatung; Tätigkeitsbeginn: 1. 9. 1984, In- und/oder Ausland.

Auskünfte erteilt: Frau Kautsch
Fachvermittlungsdienst Köln, Luxemburger Straße 117
5000 Köln 41, ☎ 0221/475-2725, FS 8 881127

1785

Finanzchef / Kfm. Geschäftsführer
auch tätige Beteiligung
DIPL.-VOLKSWIRT, 47 Jahre, durch langjährige erfolgreiche deutsche und US-Praxis in Vertrieb, Informations- und Rechnungswesen, Unternehmensplanung, Finanzmanagement, Materialwirtschaft, Personal/Org./EDV und Vertragswesen verschiedener Branchen nach 10 Jahren in leitender Stellung mit Managementaufgaben bestens vertraut, sucht Handlungsspielraum bietende Lebensaufgabe in leitender Stellung.
Die bisherigen Erfahrungen und Erfolge wurden in mittleren und großen, internationalen leistungsorientiert geführten Unternehmen erworben. Verhandlungssicheres ENGLISCH. Bevorzugter Standort: Norddeutschland, idealerweise RAUM HAMBURG.
Angebote erb. u. K 8911 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt (HWF/DAV)

39 J., gel. Speditionskaufmann, Studienschwerpunkte: Außenwirtschaft, Marketing, langjährige Erfahrung als Verbandsgeschäftsführer im Bereich Innen- und Wirtschaftspolitik sowie Informations-, PR-, Presse- und Seminarwesen; fließend Englisch, Grundkenntnisse in Französisch, Spanisch und Holländisch, sucht verantwortungsvolle Position in Verband, Behörde, PR-Agentur oder Wirtschaft, Zeitung oder Rundfunk.

Ang. erb. u. A 8903 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Video – Bildschirmtext – Neue Medien
- Dipl.-Ing. (FH) der Elektrot./Elektronik, Anfang 40, Erfahrung in Vertrieb und Produktmanagement von prof. Videoübertragungs- und Kommunikationsanlagen, Btx-Geräten und -Systemen
- sucht im Raum Hamburg anspruchsvolle *Aufgabe im Produktmanagement*, Marketing, Vertrieb, Anwenderberatung

Zuschriften bitte unter L 8912 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GRAD. HOCHBAUINGENIEUR
langjährige Erfahrung im Wohnungs-, Geschäftshaus- und Industriebau im In- und Ausland, sucht neue Tätigkeit als
BAULEITER FÜR AUSBAU
für schlüsselfertige Bauvorhaben im In- oder Ausland. Beste Referenzen sowie gute englische und spanische Sprachkenntnisse.
Zuschr. unter U 8765 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Beratungsingenieur Verfahrenstechnik
Diplomingenieur mit langjähriger beruflicher Erfahrung als Werksleiter und Geschäftsführer in der Zementindustrie sucht neue adäquate Aufgabe (verantwortungsvolle Führungstätigkeit in Linienfunktion) oder technische Beratung (Verfahrenstechnik, Werksplanung, Investitionen, Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen) im Bereich der Zementindustrie und in verwandten Industrien (Steine und Erden).
Zuschriften erbeten unter Y 8769 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Regional-Manager Fern-Ost
Südost-Asien, Japan, Australien, Neuseeland
Deutscher, 42 J., techn. Background m. kaufmännischem Know-how, 10 J. prakt. Erfahrg., als Regional-Manager Fern-Ost, f. ein führendes Unternehmen d. EWG, bietet seine Marketing- u. absatzorientierten länderspezifischen Erfahrungen u. Kenntnisse Unternehmen, die interessiert sind an d. Einführg. ihrer Produkte in Fern-Ost, Japan, Austalien und Neuseeland.
Ang. erb. u. B 8772 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

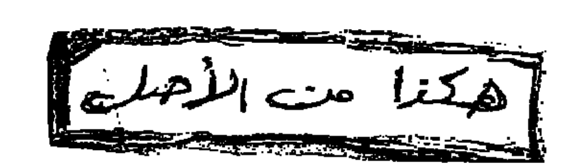
Wollen Sie Controlling
Ihr Unternehmen sicher steuern, und fehlen Ihnen hierzu die notwendigen Informationen? Dann sprechen Sie mich an.
Kaufm. Führungskraft, 41 Jahre, leite verantwortlich alle kaufm. Bereiche, habe Controllingsysteme aufgebaut, Informationsbeschaffung, Analyse und die daraus resultierenden Veränderungen in der Organisation durchzusetzen sind meine Aufgabenschwerpunkte.
Suche neue verantwortungsv. Aufgabe, bevorzugt Raum Hamburg.
Ang. u. X 8768 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtschaftsjurist
prom. *Jurist, 47, bietet langjähr.* Erfahrung im internat. Vertragsrecht, insbes. Lizenzen, gewerbl. Rechtsschutz u. Wettbewerbsrecht; u. a. erfolgreiche Abwehr des Wettbewerbs vom Markt. Stärken: Verhandlungsgeschick, Finanzierungen, kfm. Geschäftserfahrung in ltd. Position. Branchenerfahrung: Banken, Investitions- u. techn. Gebrauchsgüter.
Zuschr. erb. u. T 8764 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmännischer Assistent
35 J., verh., erfolgsorientiert u. kostenbew., Finanz- u. Rechnungswesen, Controlling, Vertrags-, Rechts-, Versicherungswesen, allgem. Verwaltg., Initiative i. d. Orga. unter Ausnutzung d. EDV, sucht neue Aufgabe zum 1. 10. 84, im Raum Wilhelmshaven, Oldenburg, Bremen.
Angebote erbeten unter PJ 48297 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36.

Anzeigenmarketing
Anzeigenleiter, 40 Jahre, verkaufsorientiert, mit mehrjähriger Erfahrung im Agenturgeschäft, als Geschäftsführer, und Auslandserfahrung, solide kaufmännische Ausbildung, sucht im Anzeigenmarketing neuen Tätigkeitsbereich mit Verantwortung.
Zuschr. u. V 8920 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

SCHACHTMEISTER - AUSLAND
47 J., Auslandserfahrung, Erfahrung im Kanalbau, allg. Straßenbau, Zement-Stabilisierung, Schwarzdeckenbau, gute Grundkenntnisse in allen Bereichen des Straßenbaus, organisationstalentiert, Englischkenntnisse, tropentauglich, sucht dauerhafte Anstellung für Auslandsbaustellen.
Zuschr. erb. u. S 8917 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Deckmantel-Förderung

„Schall und Rauch": WELT vom 6. August

Auch wir sehen Berlin als „nationale Aufgabe", und wir sagen ja zu Subventionen, die in Berlin Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Allerdings wenden wir uns dagegen, daß unter dem Deckmantel Berlin-Förderung wesentlich mehr Arbeitsplätze in Westdeutschland vernichtet werden, als neue in Berlin entstehen. Wer Betriebsteile oder Betriebe nach Berlin verlagert, sollte nur dann Subventionen bekommen, wenn er nachweist, daß dieselbe Anzahl von Arbeitsplätzen per saldo in Berlin geschaffen wird. Die Praktiken des Brinkmann-Vorstandes in Bremen und zuvor von Reemtsma in Hamburg, Arbeitsplätze zu vernichten und dafür höchstens 20 Prozent neue in Berlin zu schaffen, müßten für den Gesetzgeber Anlaß genug sein, über den Sinn von Förderungsmillionen für die Zigarettenindustrie in Berlin nachzudenken, die in erster Linie zu Lasten der Arbeitnehmer gehen. Kein Verständnis haben wir auch dafür, daß der Tabakwarenhandel eine Abnehmerpräferenz von jährlich rund 90 Millionen DM kassiert, ohne einen Finger für Berlin zu rühren – sprich einen Arbeitsplatz zu schaffen. Niemand braucht sich eigentlich zu wundern, wenn der Handel immer drängender nach Berlin-Zigaretten ruft. Ist dies das „Gefälle an Wirtschaftsfreundlichkeit"?

Manfred Hönig
Leiter der Pressestelle der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten
Hamburg

Prinzip der Schöpfung

„Beim Lutheranertreffen kam Theologie zu kurz"; WELT vom 6. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem o. a. Bericht stehen viele Sätze, mit denen man als Christ an seiner Kirche verzweifeln könnte. Ich will mich nur mit den im 3. Absatz angesprochenen Gedanken dieses Treffens beschäftigen.

In ihm berichten Sie, daß die Vollversammlung in ihrer Schlußbotschaft „Ungleichheit und Spannung zwischen Nord und Süd, zwischen Frauen und Männern, zwischen den Generationen und zwischen den Rassen" verurteile. Die Ungleichheit ist ein Prinzip der Schöpfung Gottes. Daraus erwächst für die Kirchen die Aufgabe zur Seelsorge, mit der die Menschen mit Gotteswort vertraut gemacht und getröstet werden sollen. Eine Gleichheit kann keine Kirche auf Erden herstellen. Sie allein gibt es nur vor Gott, den Herrn über Leben und Tod. Diese Gleichheit ist eine geistige Kraft und keine materialistische oder materielle.

Die hier gemeinte Ungleichheit ist hingegen scheint mir allein materialistisch, d. h. m. E. unreligiös, und somit nicht mit den Mitteln der Kirche zu beheben, sondern mit denen der weltlichen Machthaber. Die Kirchen sollten sich bemühen, diese Menschen zu religiösen Gedanken hinzuführen. Das nicht öffentlich, sondern durch persönliche Ansprache jedes einzelnen Gewaltinhabers.

Das Wort „Spannung" ist falsch an falschem Ort benützt. Es wird verniedlichend für das Wort „Krieg" gebraucht. Der Ausdruck „Spannung" ist in diesem Gebrauch einer von den vielen sprachlichen Tricks, mit denen die Menschheit über den tatsächlichen Zustand der Beziehungen untereinander getäuscht werden soll. Sie soll nicht merken, daß die Welt sich im Zustand der Weltrevolution befindet, im Zustand des Weltbürgerkriegs!

In der Resolution werden für die „Spannungen in der Welt des Waffenhandels und das beschleunigte Wettrüsten" verantwortlich gemacht. Das ist zwar linientreu materialistisch gedacht, aber falsch. Nicht der Waffenhandel und das Wettrüsten sind die Ursache für die Spannung, sondern der bestehende Weltbürgerkriegszustand. In ihm stehen auf der einen Seite die Vertreter der Nächstenliebe und Feindesliebe denen gegenüber, die Haß und Neid kultivieren und den ihrer Macht untertanen Menschen eintrichtern. Darüber hinaus werden alle die verteufelt, die an Liebe und Versöhnung glauben und diesen Glauben verbreiten. Dadurch kommen die Spannungen, die eigentlich Krieg darstellen. Es geht jetzt soweit, daß die kommunistischen Machthaber alle diejenigen aus ihrer Partei entfernen, die einer christlichen Kirche angehören. Das ist konsequentes Handeln. Ein wenig davon könnte unsern Kirchenoberen nicht schaden, und sei es nur, daß denen, die nicht bereit sind, für ihr Christentum nach den Grundsätzen ihrer Religion einzutreten, nahegelegt wird, sich nicht mehr so in der Öffentlichkeit nach vorn zu spielen wie bisher.

Die Kirchen sollen Seelsorge betreiben, statt ihre Mitglieder und Gläubigen zum Kampf zu rufen und so die „Spannungen" nur übergebührlich anzuheizen. Sie säen damit dann auch wieder Haß und Unfrieden, wenn sie solche Töne anschlagen wie in Budapest. Den Gläubigen ist mit solchen Worten nicht gedient, sie werden unglücklich. Im übrigen hat man manchmal den Eindruck, daß die Kanzelherren, die die weltlichen Herren abkanzeln, ihrer seelsorgerischen Aufgabe nicht gewachsen sind und deshalb in die Politik ausweichen, weil sie nicht mehr glauben können.

Mit freundlichen Grüßen
P. Range,
Titisee-Neustadt

Computer

„Erobert der Computer die Arztpraxis?: WELT vom 21. Juli

Harald Watermann beklagt in seinem Artikel „Erobert der Computer die Arztpraxis?" „das – im Vergleich zu amerikanischen und schweizerischen Kollegen – erschreckend geringe Interesse deutscher Ärzte an der Nutzung solcher Datenbanken". Dazu ist einmal zu sagen, daß es im Gegensatz zur Meinung des Autors bisher auf dem deutschen EDV-Software-Markt für Ärzte noch keine „programmierte Therapieunterstützung und Entscheidungsfindung" gibt. Zum anderen ist in den genannten Ländern gegenüber der Bundesrepublik Deutschland der Prozentsatz der beim Arzt selbstzahlenden Patienten erheblich höher.

Solange sich bei uns die gesetzlichen Krankenkassen im Gegensatz zu den Privat- und Ersatzkassen gegen eine Kassenabrechnung der Ärzte durch den Computer wehren, ist die Einrichtung einer solchen Anlage für fast alle in eigener Praxis tätigen Ärzte eine sinnlose Kostentreiberei. Da die Praxiskosten der Ärzte seit Jahren rasant steigen und die Einnahmen pro Arzt ebenfalls seit Jahren mehr und mehr sinken, müssen die Hersteller und Lieferanten von Computer-Hardware und -Software ihre Preise schärfer kalkulieren und erheblich senken. Andernfalls ist der Einsatz von Computern in der Arztpraxis „auf breiter Front" schon aus Kostengründen nicht möglich.

Dr. K. Roos,
Köln 1

Falsches Bild

„Einkommens-Klassen"; WELT vom 1. August

Durchschnitte reizen, wenn es sich um Einkommensverhältnisse handelt, in der Tat zum Widerspruch. Ihr Globus-Schaubild über die Einkommensklassen, das auf Berechnungen des Statistischen Bundesamtes über die Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen basiert, gibt so ein falsches Bild. In den Haushalten von Land- und Forstwirten ist nämlich die Anzahl der Mitglieder erheblich größer als im Durchschnitt aller Haushaltsgruppen. Bei Berücksichtigung dieser wichtigen Tatsache, also beim verfügbaren Einkommen je Haushaltsmitglied, stehen die Landwirte nicht mehr auf einem guten Mittelplatz, sondern an vorletzter Stelle in der Einkommensskala. Außerdem weist das Statistische Bundesamt darauf hin, daß die Land- und Forstwirtschaft nach ersten vorläufigen Schätzungen für das Jahr 1983 weiter zurückgefallen ist. Im übrigen weisen ja auch alle sonstigen Situationsberichte und Einkommensermittlungen über die Landwirtschaft einen beträchtlichen Einkommensabstand zu vergleichbaren Berufsgruppen auf. Und das erklärt zu einem wesentlichen Teil auch die anhaltende Unruhe in der Landwirtschaft.

Dr. Erich Thiesen,
Bauernverband Schleswig-Holstein

Wort des Tages

» Die Güte des Herzens ist eine transzendente Eigenschaft, gehört einer über dieses Leben hinausreichenden Ordnung der Dinge an, und ist mit jeder andern Vollkommenheit unvergleichbar. Wo sie in hohem Maße vorhanden ist, macht sie das Herz so groß, daß jetzt alles in ihm, nichts mehr außerhalb liegt, da sie ja alle Wesen mit dem eigenen identifiziert. «

Arthur Schopenhauer; dt. Philosoph (1788–1860)

Einäugige Sicht

„Leserbrief: Keine Illusionen": WELT vom 18. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

den Angaben von Herrn Kagerbauer sollte doch entgegnet werden, weil sie gegen Südafrika die hier gewohnt stark verkürzenden Elemente aufweisen. Es spielt auch keine Rolle, wie lange man sich im Lande aufgehalten hat, wenn man nicht bereit ist, genügend umsichtig zu betrachten. – Über zwanzig Jahre war auch ich zeitweise dort und kann erkennen, daß Südafrika evolutionär, nicht revolutionär, Minderung von Apartheid/Pitty A. erfahren hat. Haß bin ich dort kaum begegnet, denn sonst wäre die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Bevölkerungsteilen wie heute nicht möglich. Schwarzafrikas Haß ist in der Tat auch Neid gegen RSA.

Ich bin auch Gegner der Apartheid, die aus Gründen sehr unterschiedlicher Kulturen und Kulturstufen dort wohl noch in Formen leider bleiben wird. Das Gros der z. B. Weißafrikaner sieht Apartheid nach meiner Kenntnis auf keinen Fall hautfarben- sondern lebensartbezogen. Noch ein Beispiel: Wir wissen hier auch, wie lebensart-distanziert sich z. B. die Inder in Afrika gegenüber den Afrikanern verhalten und kennen auch die Spannungen im Osten Afrikas daraus.

Sicht des Südafrikaners ist, daß weltweit Abgrenzungen, Isolierungen, Diskriminierungen gang und gebe sind. Daher sieht er sich einer nun ganz und gar nicht moralischen Bewegung gegenüber, die da einäugig moralistisch tätig ist und aus seiner Sicht eher Revolution, Unterwerfung, Vertreibung zum Ziel hat. Die Beispiele sind in den sog. Frontstaaten dafür im Übermaß zu finden. Wir hier glauben zwar, daß uns ein Wandel dort nichts kostet. Bislang haben wir aber für jedes neue Entwicklungsland wie in ein Faß ohne Boden gezahlt.

Mit freundlichen Grüßen
L. Lutz,
Laatzen 3

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAGE

Münchens spazierengehender Poet **Siegfried Sommer** feiert heute seinen 70. Geburtstag. Sommer, der zu München gehört wie die Frauenkirche und der Alte Peter, serviert seit 35 Jahren als freitägliches Spezialgericht den Lesern der „Abendzeitung" scharf gewürzte Glossen über das, was er im Alltag seiner Heimatstadt sieht, hört und sich dabei denkt. Wohl keiner hat das rätselhafte Wesen der Residenzstadt, „Blasius, den Spaziergänger", im Wort lebendiger werden lassen, als Sigi Sommer, von dem skurile Aussprüche stammen, wie: „Ein Busen, der so winzig ist, wie wenn eine Maus eine Faust macht". Solange, wie es die Bundesrepublik Deutschland gibt, schöpft er unerschöpflich aus dem vollen. Wie der Valentin ist auch der Blasius ein Linksdenker, der spürt, daß die Welt verdreht ist, ohne sie verdreht zu sehen. Seine Erlebnisse als „Vorstadt-Stenz" hat er literarisch ebenso sublimiert wie seine Begegnungen mit den „Großkopferten" und der „Schickeria". Der gelernte Elektrolehrling und begeisterte Boxer machte 1936 seine ersten Schreibversuche in der Zeitschrift „Die Jugend". Nach dem Krieg wurde er ungekrönter König der Lokalspitzenschreiber der „Süddeutschen Zeitung", die damals meist nur aus vier Seiten bestand. Aus Platznot schrieb er vorzugsweise im Präsens. Seinen Geburtstag wird der Jubiläums-Blasius heute in seinem zweiten Wohnzimmer, dem Augustiner-Biergarten, gemeinsam mit zahlreichen Freunden feiern.

*

Der dienstälteste Pressereferent der niedersächsischen Landesregierung – seit 1963, Dr. **Ernst Andreas Friedrich**, feiert heute seinen 60. Geburtstag. Er „diente" den Ministern **Alfred Kubel**, **Wilfried Hasselmann** und **Claus-Peter Bruns**. Sein jetziger „Chef" ist Landwirtschaftsminister **Gerhard Glup**. Nach dem Studium der Nationalökonomie und der Promotion war der aus Böhmen stammende Pressereferent an zwei Tageszeitungen tätig, um den Journalismus zu erlernen. Inzwischen ist sein Engagement für die Landwirtschaft zu seiner Aufgabe geworden. Neben der Landwirtschaft hat Friedrich aber noch ein zweites Steckenpferd: seine neue Heimat Niedersachsen. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, Naturdenkmale aus diesem Teil Deutschlands in Wort und Bild festzuhalten und der Nachwelt zu überliefern.

AUSZEICHNUNGEN

Bundeswehr-Brigadegeneral **Dietrich Genschel**, Stabsabteilungsleiter im inneren Führungsstab der Streitkräfte, ist vom Verteidigungsministerium in Tel Aviv mit der „Jerusalem Medaille" ausgezeichnet worden. Die Ehrung gilt als Zeichen der Freundschaft. Genschel, der sich zu einem offiziellen Besuch bei den israelischen Streitkräften aufhält, gehört zu den ranghöchsten Bundeswehroffizieren, die bisher Israel besuchten. Wie der Militärattaché der deutschen Botschaft in Tel Aviv, Oberstleutnant **Dietmar Klenner**, mitteilte, informiert sich Genschel vor allem über Fragen der Integration des Frauenkorps in die israelischen Streitkräfte und „Aspekte der Menschenführung im Gefecht".

*

An zwei Wissenschaftler in Nordrhein-Westfalen hat der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister **Rolf Krumsiek** Bundesverdienstkreuze verliehen. Den Ehrenpräsidenten der Deutschen Gesellschaft für Krankenhausgeschichte, Professor **Hans Schadewaldt**, zeichnete er für seine Verdienste um die Forschung, Ausbildung und Fortbildung der Ärzte aus. Der Ingenieur Professor **Ludwig Atrops**, Rektor der Fachhochschule Köln, erhielt die Auszeichnung für besondere Leistungen für die Fortentwicklung der praxisbezogenen Lehre und als Gründer des Instituts für Tropentechnologie.

Im Alter von 61 Jahren ist der Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof (BGH), **Peter Stockmann**, verstorben. Seine juristische Laufbahn begann Stockmann im nordrhein-westfälischen Justizdienst, wo er zuletzt Abteilungsleiter beim Generalstaatsanwalt in Düsseldorf war. Im November 1974 wurde der Jurist zur Bundesanwaltschaft abgeordnet und rund ein Jahr später zum Oberstaatsanwalt beim BGH ernannt. Im April 1977 wurde Stockmann zum Bundesanwalt berufen. Er war seit diesem Zeitpunkt Referatsleiter in der Abteilung für Landesverrat.

Bei Transitunfällen werden Verwandte erst spät informiert

Problem soll in Ost-Berlin angesprochen werden / Starker Anstieg der Verkehrsunfälle

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Bonner Teilnehmer an der innerdeutschen Transitkommission, die am 6. September turnusgemäß im „DDR"-Verkehrsministerium in Ost-Berlin zusammentreten wird, werden ihre Gesprächspartner aus der „DDR" vor allem mit dem Problem der Hilfe bei Unfällen auf den Transitstrecken zwischen dem Bundesgebiet und Berlin konfrontieren. So soll es in der Vergangenheit bei zahlreichen Unfällen den Betroffenen nicht gelungen sein, ihre besorgten Angehörigen von dem Unfall zu informieren. Oft erhielten diese erst nach zwei oder drei Tagen eine Nachricht. „Eine sehr unbefriedigende Angelegenheit", kommentierten sowohl ein für Transitfragen zuständiger Mitarbeiter des Berliner Innensenators Heinrich Lummer als auch zuständige Stellen beim Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, Professor Rupert Scholz.

Als konkreten Einzelfall will die Bonner Abordnung in der Transitkommission unter anderem das Schicksal zweier Motorradfahrer ansprechen, die Anfang August auf der Transitstrecke nach Berlin schwer verunglückt waren. Ihnen war ein sowjetischer Militärlastwagen zum Verhängnis geworden, der in dem Moment von der rechten Fahrspur zum verbotenen Wenden auf der Autobahn ansetzte, als ihn die Motorradfahrer auf der linken Fahrspur passieren wollten. Fahrer und Sozius erlitten bei dem Zusammenprall Unterschenkelbrüche. Ohne sich um die Verletzten zu kümmern, setzte der Lkw-Fahrer sein Wendemanöver fort und überrollte dabei noch das Motorrad, das auf der Gegenfahrbahn lag. Nach 15 Minuten traf „DDR"-Volkspolizei ein und fragte die hilflos auf der Fahrbahn Liegenden als erstes nach den Reisepässen. „Die Verletzungen interessierten die Beamten gar nicht", berichteten die Betroffenen später. Auch dem Militärlastwagen sei niemand nachgefahren.

Nach einer Stunde wurden die beiden Westdeutschen ins Krankenhaus Potsdam gebracht. Obwohl die beiden Männer noch in der Nacht und an den beiden folgenden Tagen auf ein Telefongespräch mit ihren Verwandten oder mit der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin drangen, wurde ihnen dies stets verwehrt. Unter anderem lehnte man ihre Bitte mit der Begründung ab: „Für Sie können nicht 1000 Einheiten vertelefoniert werden".

Ein Telegramm, das man schließlich für sie aufgeben wollte, traf bis heute nicht bei den Angehörigen ein. Während ihres Krankenhausaufenthaltes wurden die Motorradfahrer zweimal von Zivilbeamten zum Unfallhergang befragt. Trotz des offensichtlichen Verschuldens des Lkw-Fahrers habe man versucht ihnen einzureden, es habe sich bei dem Fahrzeug um einen Transporter der West-Alliierten gehandelt. Dennoch konnten die beiden den Wagen als Sowjetfahrzeug zweifelsfrei identifizieren. Erst am dritten Tag nach dem Unfall gelang ihnen schließlich ein Gespräch mit der Ständigen Vertretung.

Ein weiteres Problem, das in der Transitkommission behandelt werden wird, ist die drastische Steigerung der Unfallziffern auf den Transitstrecken. So ereigneten sich im ersten Halbjahr dieses Jahres 147 Unfälle, an denen Westdeutsche oder West-Berliner beteiligt waren. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Steigerung um 41 Prozent. Bei den Unfällen wurden 21 Menschen getötet und 153 zum Teil schwer verletzt. Die Schäden an den 250 beteiligten Fahrzeugen schlagen mit rund 1,7 Millionen Mark zu Buche.

Läßt Ost-Berlin weitere tausend Häftlinge frei?

wk. Bonn

Die Ostberliner Behörden haben der Bundesregierung angeboten, bis zum Jahresende weitere rund 1000 politische Gefangene in den Westen zu entlassen. Bis Juni dieses Jahres sind bereits mehr als 1100 Häftlinge aus mitteldeutschen Strafanstalten von der Bonner Regierung freigekauft worden. Damit sind schon jetzt mehr Gefangene in die Bundesrepublik Deutschland gekommen als 1983 (1034).

Der Gegenwert für die für das Jahr 1984 erwarteten etwa 2000 Häftlinge dürfte etwa 100 Millionen D-Mark in Verrechnungseinheiten des innerdeutschen Handels entsprechen. Abgesehen von dieser Art Freikauf ist Ost-Berlin dazu übergegangen, wegen krimineller Delikte Verurteilte „kostenlos" in den Westen abzuschieben. Mehrere solcher Häftlinge trafen Anfang dieser Woche im Westberliner Notaufnahmelager Marienfelde ein, unter ihnen einer, der sich wegen Mordversuchs zu verantworten hat.

Anscheinend im Zusammenhang mit dem geplanten Honecker-Besuch in der Bundesrepublik Deutschland ist in dieser Woche auch die angekündigte Aussiedlungsaktion für etwa 5000 Personen angelaufen. Aus den Notaufnahmelagern Gießen und Marienfelde wird eine leichte Zunahme der Übersiedlerzahl auf bis zu 30 täglich gemeldet. Die Behörden rechnen jedoch nicht mit einem sprunghaften Ansteigen wie im Frühjahr, sondern mit einer gleichmäßigen Ausreisewelle bis zum Jahresende.

Finanzministerium: Uns bleibt nur der Appell an die Ehrlichkeit

Anspruch auf Versteuerung von Streikgeldern läßt sich nur schwer verwirklichen

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Kollegen in den christdemokratisch regierten Nachbarländern schmunzeln. Ausgerechnet der hessische Finanzminister Hans Krollmann (SPD), erst seit Anfang Juli im Amt, sorgte für Schlagzeilen, als er darauf hinwies, daß an Arbeitnehmer ausgezahlte Streikgelder versteuert werden müßten. Der sozialdemokratische Minister hatte erklärt, daß der Bundesfinanzhof die Finanzämter verpflichtet habe, Unterstützungszahlungen an Streikende bei der Einkommensteuerveranlagung zu erfassen.

Krollmann ließ allerdings offen, ob sich die Steuerbehörden notfalls auch mit gerichtlicher Hilfe Einsicht in die Streiklisten der Gewerkschaften verschaffen könnten. Die Unterstellung eines Journalisten, der sozialdemokratische Politiker denke möglicherweise auch an einen gerichtlich erzwungenen Einblick in die Streiklisten der Gewerkschaften, wird unterdessen aus Wiesbaden als „schlimme Spekulation" dementiert: „Das ist völlig aus der Luft gegriffen."

Neu ist Krollmanns Hinweis, arglos in der Bürgerdiskussion „Rund um die Steuerschraube" ins Gespräch gebracht, ohnedies nicht. Schon 1978 – im Gefolge der letzten großen Streikwelle – wurde die Frage der Versteuerung von Streikgeldern vom Bundesfinanzhof eindeutig entschieden: Der Überlebenszuschuß aus der Gewerkschaftskasse ist als Einkommen aus nichtgewerblicher Tätigkeit zu versteuern, lautete damals der Tenor mehrerer Urteile.

Daran möchte vorerst auch niemand rütteln. „Politisch sind wir zwar anderer Meinung. Aber wir kommen natürlich um diese Urteile nicht mehr herum", erklärte beispielsweise IG-Metall-Sprecher Jörg Barczynski.

Auf einem ganz anderen Blatt steht aber, wie sich der Anspruch des Fiskus tatsächlich realisieren läßt. Schon jetzt machen sich die Finanzexperten in den hauptsächlich von Streiks und Aussperrungen betroffenen Bundesländern Baden-Württemberg und Hessen ernsthafte Gedanken darüber, wie sie im nächsten Jahr mit den 57 000 Streikenden und 160 000 Ausgesperrten, die nach ersten Schätzungen der IG Metall davon betroffen wären, verfahren sollen. Immerhin lag das Streikgeld pro Mann und Woche bei durchschnittlich 300 Mark.

Bei der Diskussion um die Versteuerung stehen die Beamten in den Finanzämtern im Konflikt zwischen dem Steuerrecht einerseits und der Abwägung auf Aufwand und Nutzen andererseits. So meinte etwa Jürgen Entenmann, Sprecher des Stuttgarter Finanzministeriums: „Wir haben in der Praxis nur wenige sinnvolle Möglichkeiten, diese Einkommen zu erfassen." Wenn wir jeden einzelnen veranlagten, würde das sehr teuer. Auch diese Kosten müßten gegenüber dem Bürger verantwortet werden. Eigentlich bliebe daher nur der Appell an die Ehrlichkeit, fuhr Entenmann fort.

Die Württemberger erwägen daher, einen besonderen Hinweis in die Steuerformulare des nächsten Jahres aufzunehmen. Die IG Metall weiß allerdings von ihren Mitgliedern, daß die Finanzbeamten manchmal auch selbst die Initiative ergreifen. Ein Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich, in dem der Gewerkschaftsbeitrag als Aufwand abgesetzt ist und in dem ein Arbeitgeber erscheint, der in Arbeitskämpfe verwickelt war, hat schon so manchen Finanzbeamten hellhörig werden lassen. Trotzdem – „auf lange Sicht müßte das Verfahren bundeseinheitlich abgestimmt werden", forderte der Sprecher des Finanzministeriums in Stuttgart.

UNO-Kommission soll eingreifen

DW. Genf

Der Schwiegersohn des sowjetischen Atomphysikers Andrej Sacharow, Efrem Jankelewitsch, hat gestern den Unterausschuß zum Schutz vor Diskriminierung der UNO-Menschenrechtskommission in Genf angerufen, die Verfolgung des Bürgerrechtlers durch die sowjetischen Behörden zu untersuchen. Als Sprecher der New Yorker Internationalen Liga für Menschenrechte ersuchte Jankelewitsch den Ausschuß zudem, UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar zu bitten, bei der „Lösung der gegenwärtigen Krise zu helfen, die das Leben Sacharows und dessen Frau bedrohen". Jankelewitsch rief das UNO-Gremium auf, die UdSSR um eine Erlaubnis zum Besuch von Sacharows Frau Jelena Bonner zu ersuchen, die ein Verfahren wegen Verleumdung der Sowjetunion erwartet.

Innerdeutschen Dialog begrüßt

cgs, Wien

Der ZK-Sekretär der ungarischen KP und führende außenpolitische Experte der Budapester Parteiführung, Matyas Szürös, hat sich für die Fortsetzung und Intensivierung des innerdeutschen Dialogs zwischen Bonn und Ost-Berlin ausgesprochen. In einer Rede zum ungarischen Nationalfeiertag erklärte Szürös in Stuhlweißenburg, die deutsch-deutsche Annäherung liege im Interesse aller Europäer. Er begrüße es, wenn die Völker beider deutscher Staaten beim Aufbau einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit aktiven Anteil nehmen. Die Bundesregierung rief Szüros auf, sich von allen „negativen Erscheinungen" wie Revanchismus und Militarismus klar abzugrenzen. Es liege im Interesse aller Europäer, daß der Frieden nicht durch Revanchismus gefährdet werde.

Schutzräume für nur drei Prozent

AP, München

Für die rund 61 Millionen Bürger der Bundesrepublik Deutschland stehen nur 2 184 295 Schutzraum-Plätze zur Verfügung. Dies entspricht einem Satz von lediglich 3,55 Prozent. Die Deutsche Schutzbau-Gemeinschaft teilte gestern mit, sie werde an die Bundestagsabgeordneten appellieren, die Schutzraumbaupflicht wieder einzuführen. Bis dahin müßten allerdings die staatlichen Fördermaßnahmen zugunsten des privaten Schutzraumbaus verstärkt und die damit verbundene Aufklärung bei Planern und Bauherren intensiviert werden.

Nach dem Bericht der Schutzbau-Gemeinschaft gehört Bayern mit 10,9 Millionen Einwohnern zum „Schlußlicht" beim Schutzraumbau mit nur 153 222 öffentlich geförderten Plätzen für 1,4 Prozent der Bevölkerung.

Gleiche Chancen bei Neueinstellungen

AP, Kassel

Nach einer gestern bekanntgewordenen Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts in Kassel müssen Arbeitgeber bei Neueinstellungen keine soziale Auswahl zwischen den einzelnen Bewerbern treffen, wie das vergleichsweise für Entlassungen vorgeschrieben ist. Das Gericht wies die Klage eines Mannes aus Bayern ab, der von seinem Arbeitgeber wegen Auftragsmangels entlassen worden war und später bevorzugt wieder eingestellt werden wollte (AZ: Bundesarbeitsgericht 2 AZR 24/83).

Weizsäckers „Schatten" nach Bonn?

WERNER KAHL, Berlin

Das Haus Unter den Linden 63–65, unweit des Brandenburger Tores, zeigt in diesen Tagen nur nach außen hin Urlaubsruhe. Um den Botschafter der UdSSR in Ost-Berlin und die Gesandtenposten kursieren vom SED-Funktionärskorps bis hinauf zu den Führungsgremien anscheinend die wildesten Gerüchte.

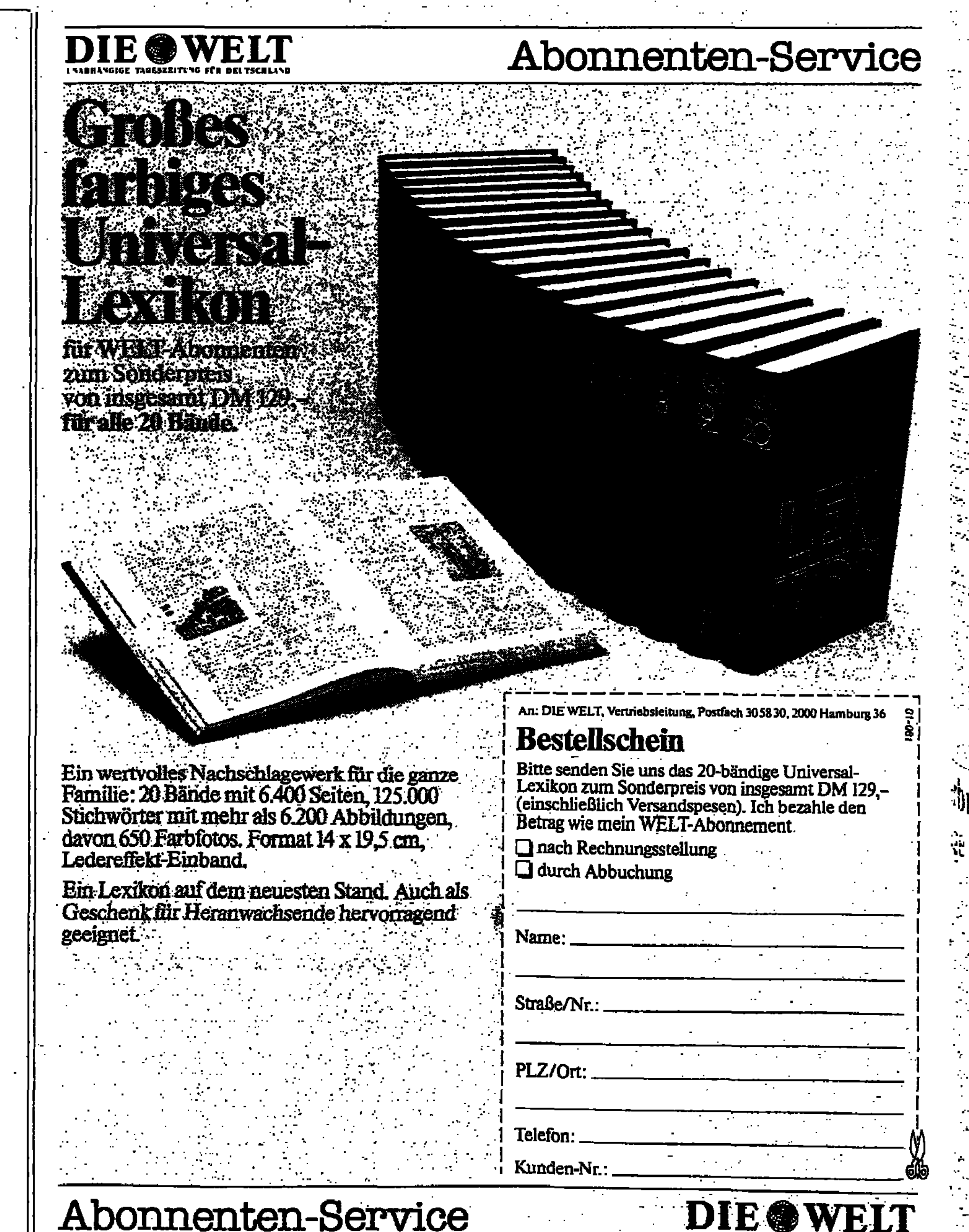
Wen wird die Kreml-Gruppe um Außenminister Gromyko auf den seit Juli verwaisten Posten des Gesandten mit dem Aufgabengebiet Beobachtung der „DDR" an die Spree entsenden? Besteht darüberhinaus in Moskau weiterhin auch nur annähernd Einvernehmen, daß der vor einem Jahr – als Zugeständnis Andropows an Honecker – entsandte Botschafter Iwanowitsch Kotschemassow auf seinem Posten bleibt?

Ex-Botschafter Pjotr Abrassimow, so erzählen sich Diplomaten und Funktionäre in Ost-Berlin als jüngstes Gerücht, habe durchaus Chancen, den Stuhl Unter den Linden wieder einzunehmen, den er 1983 nach achtjähriger Amtszeit auf Drängen Honeckers verlassen mußte. Ob das Gerücht über den „Parteisoldaten" Abrassimow aus der Küche sowjetischer Desinformationsköche stammt und in SED-Kreisen mehr oder weniger süffisant als Moskauer Drohgebärde weitergereicht wird, läßt sich nicht eruieren.

Spekulationen um die Umgruppierung der Deutschlandexperten des Kreml erhielten in dieser Woche neue Nahrung. Der Gesandte an der Botschaft Unter den Linden, Valentin Alexejewitsch Koptelzew, soll an die Bonner Botschaft der UdSSR versetzt werden. Koptelzew – bereits 1972–1975 als Botschaftsrat in Bonn und zeitweise in Hamburg Generalkonsul – war in den vergangenen Jahren so etwas wie „der Schatten Richard von Weizsäckers" (Zitat eines neutralen Diplomaten). Der Deutschlandspezialist hatte Auftrag, sich Anfang der 70er Jahre um die Gruppe in der Union zu kümmern, die nicht gegen die Ostverträge votierte (DIE WELT v. 03.07.1984). Seine Versetzung nach Bonn würde die Bedeutung, die der Kreml dem neu gewählten Bundespräsidenten beimißt, weiter betonen. Eine offizielle Bekanntgabe über die künftige Tätigkeit Koptelzews wird jedoch nicht vor September erwartet.

Mit größter Aufmerksamkeit warten zuständige Stellen im Westen wie in Ost-Berlin darauf, wen der Kreml als Nachfolger des zweiten Gesandten an der Ostberliner Botschaft, Gerald Nikolajewitsch Gorinowitsch, entsendet. Gorinowitsch war bis zum vergangenen Monat für die Beobachtung der „DDR" zuständig.





Britischer Weinboom

fu (London) – Für den begüterten Briten ist ein guter Wein zu Lunch und Dinner traditionell eine Selbstverständlichkeit. Und nicht von ungefähr sind die Briten als hervorragende Kenner französischer Weine angesehen. Bemerkenswert ist das weite Angebot an guten französischen Weinen, auf das man in britischen Spirituosen- und Weinhandlungen im allgemeinen trifft.

Anders mit deutschem Wein: Da beherrschen immer noch klebrige Scheußlichkeiten von Rhein und Mosel das Angebot. So blieb es nicht aus, daß die Masse der Briten, der guter französischer Wein zu teuer, deutscher zu schlecht und anderer zu exotisch war, Bier vorzog.

Doch in letzter Zeit haben sich die Trinkgewohnheiten auf der Insel deutlich geändert. Seitdem preiswerte und keinesweg schlechte französische Tafelweine angeboten werden, ist der Weinverbrauch in die Höhe geschnellt. Erheblich dazu beigetragen hat auch die Entscheidung des Schatzkanzlers im letzten Budget, die Weinsteuer zu senken und sie der in den anderen EG-Ländern anzugleichen.

Allein im Mai ist der Verkauf von leichtem Tafelwein um nahezu 40 Prozent gestiegen. Lag der Pro-Kopf-Verbrauch an Wein in Großbritannien 1978 noch bei unter acht Litern, ist er bis zum vergangenen Jahr auf fast zehn Liter angestiegen.

Der jüngste Weinboom, angeheizt durch einen langen heißen Sommer, wird den Verbrauch noch stärker steigen lassen. Gleichzeitig schießen in London neue Wein-Bars wie Pilze aus dem Boden.

Vergessen

Ha. (Brüssel) – Um 51 Mrd. Franc (2,5 Mrd. DM) höher als nach den ersten amtlichen Veröffentlichungen ist das Handelsbilanzdefizit der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion im vergangenen Jahr ausgefallen. Der Grund für die Korrektur: Die Beamten des nationalen Amtes für Statistik hatten schlicht vergessen die Öleinfuhren von sieben Monaten in den Plan mitaufzunehmen. Die Neuberechnung ist um so ärgerlicher als die Regierung Martens die belgischen Exporterfolge stets als Bestätigung für die Richtigkeit ihres wirtschaftspolitischen Kurses herausgestellt hatte. Statt auf 115 Mrd. Franc (5,8 Mrd. DM) belief sich das Defizit immerhin noch auf 166 Mrd. Franc (8,3 Mrd. DM). 1982 waren es 248 Mrd. Franc (12,4 Mrd. DM) gewesen. Wie der Irrtum möglich war, konnte noch nicht geklärt werden. Um die Beförderungschancen der sonst so zahlenbewußten Statistiker dürfte es jedoch schlecht stehen. Irgendwie mutet es aber auch tröstlich an, daß ein derartiger Fehler überhaupt noch möglich ist. Menschliches Versagen ist auch im Zeitalter der Computer eine Naturgewalt.

ÖFFENTLICHE VERSCHULDUNG / Gutachter plädieren für Rückführung

Stoltenberg: Konsolidierung bleibt weiter ein zentrales politisches Ziel

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Eine Fortsetzung der Verschuldenspolitik der Vergangenheit ist auf Dauer nicht möglich. Diese Auffassung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium wird von Gerhard Stoltenberg nachdrücklich begrüßt. Einmütig plädieren die Wissenschaftler für eine mittel- und langfristige Rückführung der staatlichen Kreditaufnahme. Über einzuschlagende Strategien bestehen jedoch unterschiedliche Auffassungen.

In dem Gutachten „Zu den Problemen einer Verringerung der öffentlichen Netto-Neuverschuldung" weist der Beirat darauf hin, daß bis zur Mitte der sechziger Jahre die Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften nur eine untergeordnete Rolle gespielt habe. Das habe sich erstmals geändert im Zuge der kreditfinanzierten Ausgabenprogramme während des Konjunktureinbruchs von 1966/67. „Seit den siebziger Jahren hat sich die Schuldenaufnahme zu einem immer wichtigeren staatlichen Finanzierungsmittel entwickelt. Sie war kein Aushilfsmittel für besondere Fälle, sondern wurde fast zu einer normalen Einnahmequelle mit – bis in die jüngste Vergangenheit – steigenden Zuwächsen von zuweilen dramatischem Ausmaß." Der Beirat betont, daß selbst in konjunkturellen Aufschwungphasen die Bestrebungen, die Kreditaufnahme zurückzuführen, gering geblieben seien. Vielmehr sei die Neuverschuldung auch in Jahren hoher Beschäftigung zur Finanzierung eines größeren Staatskorridors genutzt worden.

Zwischen 1965 und 1983 sei die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte von 80,7 auf 665,2 Milliarden Mark gestiegen. Die Zinsausgaben kletterten von 3,5 auf 51,0 Milliarden Mark im Jahr.

Nachdrücklich weist der Beirat auf den Januskopf der Verschuldung hin: Sie sei kurzfristig in der Lage, die Anpassungsschwierigkeiten des politischen Systems zu mildern und wirkt damit systemstabilisierend. Längerfristig trage sie vor allem durch Zinsbelastung und Verdrängungswirkungen zur Instabilität bei.

Bei der Entgegennahme des Gutachtens unterstrich der Finanzminister, für die Bundesregierung sei die Konsolidierung des Bundeshaushalts ein zentrales Ziel. „Stetigkeit, Verläßlichkeit, Solidität und Realismus sind wesentliche Elemente einer vertrauenschaffenden Finanzpolitik. Das Vertrauen würde gestört und damit die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven beeinträchtigt, wenn Zweifel an der Ernsthaftigkeit und Gradlinigkeit der Konsolidierungspolitik aufkämen."

Die spezifischen Vor- und Nachteile der in dem Gutachten erörterten Strategien für einen Abbau der Verschuldung machen es dem Beirat schwer, eine bestimmte Empfehlung zu geben. Einhellig wird jedoch die Überzeugung geteilt, daß eine drastische Reduzierung der staatlichen Neuverschuldung in einer konjunktur- und beschäftigungspolitischen Normallage geboten sei. Vor Erreichen der Normallage müsse jede Strategie im wesentlichen nach ihren Wertungen auf Konjunktur und Wachstum beurteilt werden. Eine Finanzpolitik zugunsten der volkswirtschaftlichen, insbesondere der privaten Investitionen sei wünschenswert. Die Mehrheit des Beirats sieht die geringsten Risiken in einer vorsichtigen Umstrukturierung des Staatshaushalts.

Der Beirat ist einmütig der Auffassung, daß die Vorschriften für die nicht stabilitätspolitisch begründete Kreditaufnahme des Staates präzisiert werden sollen. Einige Wissenschaftler meinen, daß künftig eine Kreditaufnahme zur regelmäßigen Finanzierung des Staatsbedarfs nicht mehr zugelassen werden sollte. Andere meinen, eine begrenzte Nettokreditaufnahme zur laufenden Staatsfinanzierung sei zulässig, sofern dem nicht stabilitätspolitische Erfordernisse entgegenstehen. Über den Rahmen dieser Finanzierungsmöglichkeit gehen die Ansichten auseinander. Die Mitglieder des Beirats sind sich einig, daß strikte Verschuldensgrenzen langfristig den finanzpolitischen Handlungsspielraum nicht einengen; sie trügen vielmehr dazu bei, die Handlungsfähigkeit der Finanzpolitik für die Zukunft zu sichern.

US-KONJUNKTUR

Bei gebremster Inflation weiter hohes Wachstum

A.-H. SIEBERT, **Washington**

Der stärkste und längste Konjukturaufschwung, der in den USA seit 1949 registriert worden ist, hat seinen Höhepunkt überschritten. Das bestätigt die in der Revision nur um 0,1 auf 7,6 Prozent heraufgesetzte wirtschaftliche Wachstumsrate im zweiten Quartal 1984.

Nicht mehr korrigiert hat das Handelsministerium in Washington die vorausgegangene Zunahme des amerikanischen Bruttosozialprodukts: In der Januar-März-Periode stieg es preisbereinigt um 10,1 und im Gesamtjahr 1983 um 3,7 (1982: minus 2,1) Prozent.

Allgemein vorausgesagt wird jetzt für das laufende Quartal ein realer Wertschöpfungszuwachs von rund vier Prozent mit weiter fallender Tendenz nach dem Herbst. Für 1985 rangieren die amtlichen und privaten Prognosen zwischen vier und zwei Prozent. Am Devisenplatz New York geht man davon aus, daß die Verlangsamung des Wachstumstempos den Dollarkurs endlich drücken wird.

Nach unten revidiert hat das Ministerium die am Sozialprodukt gemessene Inflationsrate. Der Deflator betrug nur 3,2 Prozent, verglichen mit 4,4 Prozent im ersten Quartal. 1981 machte er 9,6, 1982 sechs und im letzten Jahr 3,8 Prozent aus. Als Motor erwiesen sich im zweiten Quartal diese Faktoren: Endverkäufe plus elf, Verbraucherausgaben 7,5, Investitionen 22,9 und Regierungskäufe plus 19,1 Prozent. Gesunken sind die Lagerbestände, und zwar um elf Milliarden Dollar.

Vorgelegt hat das Ministerium gleichzeitig einen Bericht über die Entwicklung der Unternehmensgewinne. Auch hier schwächen sich die Zuwächse ab. So erhöhten sich die Gewinne aus laufender Produktion im zweiten Quartal nur noch um fünf (Januar-März-Periode: 6,7) Prozent. Vor Steuern stiegen sie um 1,4 (7,9) und nach Steuern um 1,5 (6,8) Prozent. Am größten waren die Gewinne im Handel; in der Weiterverarbeitung sanken sie sogar, wobei die Automobilindustrie die Liste anführte.

Das Ministerium weist darauf hin, daß die Stückkosten der US-Unternehmen immer noch langsamer zunehmen als die Preise. Aus laufender Produktion stiegen die Gewinne um 14 gegenüber 17,4 Milliarden Dollar im ersten Quartal. Auf Jahresbasis erreichten sie nach Steuern 153 Milliarden Dollar, verglichen mit 127,4 Milliarden Dollar im Gesamtjahr 1983. Die Dividendenausschüttungen erhöhten sich auf 79,9 (72,9), die einbehaltenen Gewinne auf 73 (54,5) Milliarden Dollar.

Die positive Wirkung der 1981 vom Kongreß beschlossenen Steuerentlastung läßt sich an diesen Zahlen ablesen: Ebenfalls auf Jahresbasis summierten sich die Körperschaftssteuern im zweiten Quartal 1984 auf 93,8 Milliarden Dollar. 1981 zahlten die US-Unternehmen 81,1, 1982 rund 61 und 1983 fast 76 Milliarden Dollar. Es hat also Investitionsschübe gegeben.

Säumige Aufsicht

Von HARALD POSNY

Irgendwann, so heißt es, ist immer das erste Mal. Für die deutsche Versicherungswirtschaft war es der 11. Juli, der Tag, an dem das Bundeaufsichtsamt (BAV) in Berlin der Münchener GVVG Güterverkehrs-Versicherung AG die Erlaubnis für den Betrieb von Versicherungsgeschäften entzog und wenige Wochen später den Antrag auf Eröffnung des Konkurses stellte. Die Versicherungskunden, zumindest die privaten, werden keinen Nachteil zu tragen haben. Dafür stehen die deutschen Versicherer gerade. Leer ausgehen werden jedoch die 90 Prozent kaufmännischen und gewerblichen GVVG-Kunden und -Geschädigten.

Daß eines von vielen hundert Versicherungsunternehmen, von denen es heißt, sie könnten gar nicht pleite gehen, die Bildfläche verläßt, ist – abgesehen vom Schicksal der etwa 60 Beschäftigten – kein „Fall". Dafür war die Gesellschaft mit etwa zehn Millionen Mark Prämienvolumen im Markt zu unbedeutend. Ob die Wettbewerber Schadenfreude über die Pleite empfinden, ist fraglich, obwohl der GVVG, zumindest was ihre oft bis zu 50 Prozent unter dem ohnehin nicht ausreichenden Niveau liegenden Prämiensätze angeht, keine Träne nachgeweint wird.

Eigentümer und Manager der Gesellschaft, ließen es an Seriosität vermissen. Eine im Bereich des risikoträchtigen Warentransport-, Verkehrshaftungs- und Spediteur-Haftpflichtversicherungsgeschäfts tätige Gesellschaft muß, wenn sie anhaltend die Marktprämie unterbietet, mit finanziellen Mitteln gesegnet sein. Doch das war sie schon 1980 nicht, als ihr Mitgründer und Vorstand Ernst Montanus spurlos verschwand, auch nicht heute, als der Rückversicherungsmakler und Großaktionär Klaus Czimmock sich standhaft weigerte, in die seit geraumer Zeit als nachhaltig illiquide anzusehende Gesellschaft Kapital nachzuschießen.

So wurde die GVVG zur ersten Versicherungspleite seit 1929, sieht man von zwei ausländischen Versicherungs-Niederlassungen ab, einem niederländischen Transport- und einem US-Truppenversicherer, die beide deutscher Aufsicht unterstanden.

Die GVVG-Pleite hat Kritik an der Effizienz der Aufsichtsbehörde, aber auch an der Solidarität der Versicherungswirtschaft hervorgerufen. Die Berliner Behörde wird sich schwer tun, gegen den Vorwurf anzutreten, sie hätte allzu lange und mit allzu großer Nachsicht die Münchener Vorgänge verfolgt. Bekannt waren ihr die Gesellschaft, ihre Geschätspolitik, die seltsamen Gebaren der Aktionäre, unbekannt waren ihr bis Mai 1983 die Bilanzen von 1982. Doch da war die Schließung der GVVG schon lange überfällig.

Das Aufsichtsamt, das sich allzu gern und allzu oft zum Verbraucherschützer aufschwingt, hätte hier längst Konsequenzen zum Besten aller Kunden ziehen müssen. So müssen sich BAV-Präsident August Angerer und seine Beamten damit abfinden, daß diese erste Versicherungspleite auch an ihrem Image Spuren hinterläßt.

Vielleicht hat ein schlechtes Gewissen schon dazu geführt, daß die Aufsichtsbehörde allzu gern eine Konstruktion gesehen hätte, die über eine Solidaraktion aller Versicherer eine elegantere Abwicklung der Ansprüche und der Gesellschaft versprochen hätte. Über die gesamte Assekuranz verteilt hätte das wenig gekostet. In den entscheidenden Gremien der Versicherungstwirtschaft hat es darüber heftige Diskussionen gegeben, in denen sich letztendlich die „Falken" nicht durchsetzten, die statt der schließlich beschlossenen Teil-Auffanglösung für Privatkunden einen GVVG-Untergang mit allen Konsequenzen vorgezogen hätten.

Die Gegner der Auffanglösung wollten weder Dumpingmethoden noch strafbare Manipulationen unterstützen, sie wollten auch nicht für das säumige BAV die Kohlen aus dem Feuer holen. Die endgültige Lösung ist vielleicht nicht besonders elegant, weil sie zwischen (unkundigen) Privatleuten und solchen Kunden unterscheidet, die sehenden Auges in ihr Unglück laufen. Marktwirtschaftlich war sie notwendig, und sie ist ein Warnsignal für künftig vielleicht sehr viel bedeutendere Fälle. Denn wenn sich in Risiko und Prämienkalkulation allzu waghalsige Unternehmen und deren Kunden auf die Solidarität anderer blind verlassen, sind die Folgen für die Assekuranz kaum übersehbar.

AUF EIN WORT

„In einer Zeit, in der die Menschen aufeinander zugehen sollten, werden rollende Statussymbole weniger wichtig. Das hat wohl auch damit zu tun, daß man auf der Suche nach Alternativen weder automobilen Sachverstand noch technischen Anspruch aufgeben muß."

Ferdinand Beickler, Vorstandsvorsitzender der Adam Opel AG, Rüsselsheim FOTO: DIE WELT

Bedenken gegen Genußrechte

rtr, **Frankfurt**

Das Bundesfinanzministerium plant für die Novellierung des Kreditwesengesetzes (KWG) die Genehmigung von sogenannten Genußrechten als haftendes Eigenkapital der Kreditinstitute. Dies bestätigte ein Sprecher des Ministeriums. Die Kreditinstitute selbst hegen allerdings „stärkste Bedenken" gegen eine Regelung, bei der echtes Eigenkapital (Grundkapital meist in Form von Aktien plus offene Rücklagen) durch Mittel aus Genußscheinen ergänzt wird. Vor allem „kapitalmarktpolitische Überlegungen" führen nach Aussage von Wolfgang Arnold, Abteilungsdirektor beim Bundesverband deutscher Banken in Köln, zu der ablehnenden Haltung der privaten Banken.

WASSERWIRTSCHAFT

Kläranlagen bleiben der Investitions-Schwerpunkt

HEINZ STÜWE, **Bonn**

„Die Wasserversorgung in der Bundesrepublik ist gesichert." So lautet das Fazit, das Georg Gallus, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, aus dem Jahresbericht der Wasserwirtschaft für 1983 zieht. Für eine „Panikmache" sieht der FDP-Politiker keinen Grund: „Nirgendwo in der Welt gibt es so strenge Wasserschutzgesetze, nirgendwo ist die Überwachung der Trinkwasserqualität so gut wie bei uns." Dennoch sollte Wasser gespart werden, nicht, weil es knapp sei, sondern aus Kostengründen.

Gallus verwies darauf, daß der Verbrauch der Industrie trotz einer Verdoppelung des Sozialprodukts in den letzten zehn Jahren nicht zugenommen habe, vor allem als Folge der technischen Fortentwicklung der Wasseraufbereitung zur Mehrfachnutzung. Das Verarbeitende Gewerbe benötigte 1983 insgesamt 7,3 Mrd. Kubikmeter Wasser und war damit nach den Wärmekraftwerken (25 Mrd. Kubikmeter) der zweitgrößte Verbraucher. Die öffentliche Trinkwasserversorgung benötigt jährlich etwa vier Mrd. Kubikmeter.

Die zentralen Anlagen der Trinkwasserversorgung gehörten mit 637 Mill. Mark 1983 zu den Schwerpunkten der öffentlichen Investitionen in der Wasserwirtschaft. Der größte Brocken war wieder mit rund zwei Mrd. Mark der Bau von Abwasserkläranlagen. Erstmals sei für die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung mehr Geld in den ländlichen Raum geflossen als in die Städte, betonte Gallus. Insgesamt wurden 1983 für wasserwirtschaftliche Investitionen 6,86 Mrd. Mark aufgewendet, 100 Mill. weniger als im Vorjahr.

FORSTWIRTSCHAFT

Der nasse Sommer hat die Borkenkäfer dezimiert

dpa, **Regensburg**

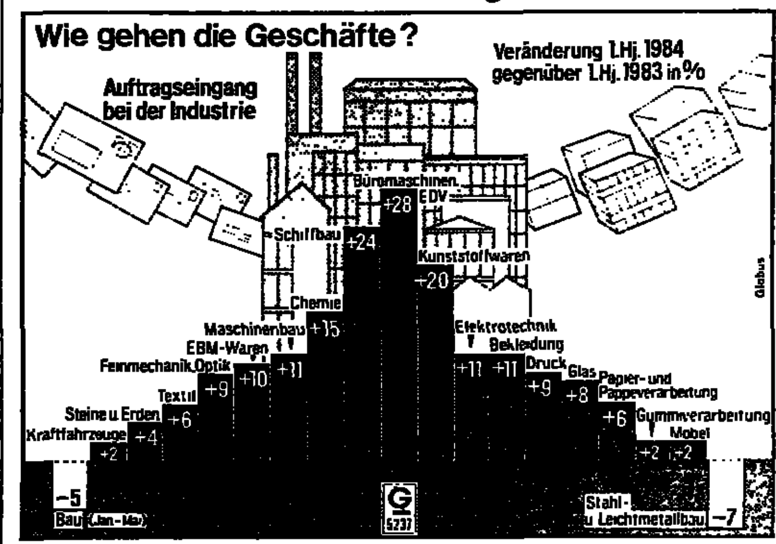
Der nasse und zumeist kühle Sommer war für die deutschen Waldbesitzer „Gold wert". Hatten die Waldbauern zu Beginn des Jahres noch befürchten müssen, 1984 werde als „Borkenkäferjahr" in die Geschichte eingehen, herrscht jetzt das große Aufatmen. Die Massenvermehrung des gefürchteten Waldschädlings wurde „im Mark getroffen".

Den Schaden in den Wäldern bezeichnen die Waldbauern als insgesamt unerheblich, auch wenn es regional größere Schäden gab. Diese Entwicklung wird am Beispiel des größten Privatwaldbesitzes der Bundesrepblik deutlich: Mußte Johannes Fürst von Thurn und Taxis (Regensburg) voriges Jahr noch 90 000 Festmeter Borkenkäferholz ausschlagen lassen, sind es dieses Jahr nur 2000 Festmeter.

Der Leiter des fürstlichen Unternehmensbereichs Forst, Freiherr Riederer von Paar, bezeichnete diese Menge als „marginal". Dennoch sei die Situation des Waldes infolge der Umweltschäden unverändert besorgniserregend. Besonders betroffen durch die Luftschadstoffe seien neben den Nadelhölzern die Buchen. Die Lage am Holzmarkt bezeichnete von Paar als „beängstigend ruhig". Bisher hätten sich die Sägewerke wegen der Borkenkäfergefahr beim Holzkauf zurückgehalten, jetzt müßten sie jedoch ihre langsam zu Ende gehenden Vorräte wieder auffüllen.

Die Regensburger haben sich auf den größeren Anfall von Schadholz mit einem neuen Verfahren vorbereitet. Sie lagern das angefallene Schneebruchholz der letzten vier Jahre unter Wasser oder beregnen es. Jetzt konnte Thurn und Taxis das naß konservierte Holz verkaufen, die Holzqualität sei „überraschend gut".

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die meisten Industriezweige können sich über einen Mangel an Aufträgen nicht beklagen. Vor allem auf die Hersteller von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten ist ein reicher Auftragsregen niedergegangen. Die Bestellungen lagen im ersten Halbjahr 1984 dem Werte nach um 28 Prozent höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Deutlich dicker sind auch die Auftragsbücher der Werften (plus 24 Prozent) und der Hersteller von Kunststoffwaren (plus 20 Prozent). QUELLE: GLOBUS

DAG will Gespräche mit der Lufthansa

Hamburg (rtr) – Die von der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) gewünschten neuen Tarifverhandlungen mit der Deutschen Lufthansa für das fliegende Personal sind von der Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg (AVH), dem Arbeitgebervertreter der Lufthansa, in einer Vorstandssitzung in der Nacht zum Dienstag abgelehnt worden. DAG-Vorstandsmitglied Rudolf Weingärtner schlug darauf am Dienstag der Lufthansa und der AVH in einem Schreiben die unverzügliche Aufnahme von Vorstandsgesprächen vor. Die DAG wolle das Mittel des Arbeitskampfes, das ihr nach einer erfolgreichen Urabstimmung beim fliegenden Personal zur Verfügung stehe, erst als allerletzte Möglichkeit anwenden, sagte Weingärtner.

Stromverbrauch gestiegen

Frankfurt (rtr) – Der Stromverbrauch in der Bundesrepublik ist sowohl im Juli alsauch in den ersten sieben Monten 1984 deutlich gestiegen. Wie die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) mitteilte, ist der Verbrauch aus dem Netz der öffentlichen Stromversorgung im Juli nach vorläufigen Erhebungen mit rund 24,2 Mrd. Kilowattstunden (kWh) um 6,3 Prozent höher gewesen als im Vorjahresmonat. In den Monaten Januar bis Juli seien 5,3 Prozent mehr Strom verbraucht worden als im gleichen Zeitraum 1983.

Weg frei für IWF-Kredit

San Jose (rtr) – Nach viermonatigen Debatten hat Costa Rica mit der Verabschiedung eines Gesetzespakets den Weg für einen Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) von 60 Mill. Dollar freigemacht. Kurz vor Ablauf einer vom IWF gesetzten Frist beschlossen die Abgeordneten der Gesetzgebenden Versammlung mehrere Gesetze, in denen wichtige Bedingungen des Fonds festgeschrieben werden. Vorgesehen ist unter anderem die Liberalisierung des verstaatlichten Bankwesens und eine Erhöhung der Importabgaben.

Übernahme untersagt

Berlin/Frankfurt (dpa/VWD) – Das Bundeskartellamt in Berlin hat in einer noch nicht rechtskräftigen Entscheidung den beabsichtigten Anteilserwerb der co op AG, Frankfurt, an der Helmut Wandmaker GmbH, Tellingstedt, untersagt. Die co op-Gruppe gehört mit einem Umsatz von fast 14 Mrd. Mark zu den führenden Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels. Die Wandmaker GmbH betreibt in Schleswig-Holstein 16 Lebensmittelfilialen mit einem Umsatz von etwa 170 Mill. Mark. Nach Auffassung des Kartellamtes würden sich durch den Zusammenschluß bereits bestehende marktbeherrschende Stellungen auf Regionalmärkten verstärken.

Mehr Wohnungen fertig

Bonn (pje.) – Die Zahl der neu fertiggestellten Wohnungen ist im ersten Halbjahr 1984 gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres um 40,5 Prozent gestiegen. Wie Bundesbauminister Oscar Schneider gestern in Bonn bekanntgab, wurden 74357 Wohnungen fertiggestellt (1983: 64939). Die Zahl der neu fertiggestellten Eigenheime erhöhte sich um 16568 (14,9 Prozent). Im ersten Halbjahr 1983 war gegenüber 1982 noch ein Rückgang um mehr als 20 Prozent zu verzeichnen.

VW bald mit China einig?

Wolfsburg (dpa/VWD) – Bei der Volkswagenwerk AG (Wolfsburg) geht man davon aus, daß noch in diesem Jahr ein Abschluß der Vertragsverhandlungen mit China erreicht werden kann. Dies bestätigte ein VW-Sprecher. Jetzt gehe es um die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens, an der beide Seiten je zur Hälfte beteiligt sein sollen. Beabsichtigt sei, ab 1988 in Schanghai jährlich mindestens 20 000 Fahrzeuge des VW-Modells Santana zu fertigen. Außerdem solle von 1986 an eine Motorenfertigung aufgebaut werden, die ebenfalls ab 1988 die Produktion von jährlich 100 000 Rumpfmotoren vorsehe.

SPD: Lage am Bau düster

Bonn (dpa/VWD) – Mit scharfen Worten hat der SPD-Abgeordnete Dietrich Sperling die Bundesregierung für die „düstere" Lage am Bau mitverantwortlich gemacht. Nach dem Auslaufen des Wohnungsbausonderprogramms Ende 1986, das Bauvorhaben lediglich zeitlich vorgezogen habe, fehle es immer noch an für die Bauherren klaren Anschlußregelungen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Verbraucher beurteilen ihre Lage weniger optimistisch

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Der private Verbrauch wird in nächster Zeit voraussichtlich nur wenig zum wirtschaftlichen Wachstum in Europa beitragen. Diesen Eindruck gewann die EG-Kommission aus der jüngsten Konjunkturumfrage bei den Konsumenten. Allerdings ergab sich ein unterschiedliches Bild.

Während sich der „Vertrauensindikator" zwischen Mai 1983 und Mai dieses Jahres in Irland um zwölf Punkte, in Griechenland um acht, Italien und in den Niederlanden um fünf Punkte verbesserte, schwächte sich der Optimismus in den Mitgliedsländern, die bereits in der vorangegangenen Phase ein besseres Ergebnis erzielt hatten, wieder ab.

So wurden für Großbritannien zwei, für die Bundesrepublik drei und für Dänemark und Belgien je vier Punkte weniger registriert als im Mai 1983. Der französische Index lag sogar 19 Punkte unterhalb seines Höchststandes vom Mai 1982.

Die Voraussagen der Verbraucher über die Entwicklung der eigenen finanziellen Situation fielen nach Angaben der Kommission durchweg weniger optimistisch aus als die anderer ökonomischer Gruppen. Dagegen äußerten sich die Befragten über die Arbeitsmarktlage (mit Ausnahme der französischen Verbraucher) weniger beunruhigt als ein Jahr zuvor.

Auch die Inflationserwartungen sind in der EG seit Oktober nicht weiter gestiegen. Zwar beklagten sich bei der letzten Befragung in den stabilitätsorientierten Ländern wieder etwas mehr Haushalte über einen Preisanstieg in den vergangenen zwölf Monaten. Es besteht jedoch nicht der Eindruck, daß diese Entwicklung weiter anhalten wird.

AFFÄREN / Geschäfte der alten SMH-Bank kommen vor Gericht

Ein Scheich will 190 Millionen Mark

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

In eine äußerst prekäre Situation droht die Hema-Beteiligungsgesellschaft mbH, die vom Einlagensicherungsfonds der Privatbanken getragene Rechtsnachfolgerin und Abwicklerin der zusammengebrochenen alten SMH-Bank zu kommen, wenn das Landgericht Frankfurt eine Forderung von mehr als 190 Millionen Mark der Malark Investment gegen die Hema als rechtens anerkennen sollte. Die Kammer für Handelssachen des Frankfurter Landgerichts hat einen Verhandlungstermin für den 24. Oktober angesetzt.

Die Malark Investment, Teil der dem saudischen Scheich Saleh A. Kamel gehörenden Dallah Establishment, einer der Großaktionäre der in Konkurs gegangenen Baumaschinengruppe IBH des Horst Dieter Esch, meldet diese Forderung aus einer Zahlungsgarantie an, die seinerzeit von der SMH-Bank im Rahmen von Geschäften des IBH-Konzerns übernommen worden waren, an dessen Pleite schließlich auch die SMH-Bank selbst zerbrach.

Nach Meinung der Banken, die hinter der Hema stehen – auf sie wurden alle faulen Geschäfte der alten SMH-Bank übertragen, bevor die britische Lloyds Bank den noch intakten Teil des Geschäfts der Bank übernahm, – besteht die Forderung des saudischen Scheichs, der zu den führenden Industriellen seines Landes zählt, nicht zu Recht. Bei den Geschäften, für die von der alten SMH-Bank Zahlungsgarantien geleistet wurden, habe es sich um Scheingeschäfte gehandelt, mit denen der verschachtelte IBH-Konzern seine desolate Lage verschleiert habe, argumentieren die Banken. Und der Scheich müsse das gewußt haben. Immerhin war seine Dallah Est. mit einer Beteiligung von 19,6 Prozent am 240-Millionen-Grundkapital der IBH einer der beiden größten Aktionäre. Die Banken lehnen daher die Forderung des Scheichs ab.

Wie dieser Rechtsstreit ausgeht, läßt sich heute noch nicht sagen. Tatsache ist jedoch, daß die Hema formal zahlungsunfähig wäre, wenn sie die mehr als 190 Millionen zahlen müßte; denn sie ist im Grunde eine vermögenslose Gesellschaft, die das Vermögen der früheren SMH-Bank-Gesellschafter verwertet, das nur einen Bruchteil der von anderen Banken getragenen Verluste der SMH-Bank deckt. Auf die Frage, was geschehe, wenn die Hema nach einem langen Rechtsstreit in letzter Instanz verliere, heißt es beim Bankenverband, es sei inopportun, schon heute auf eine so theoretische Frage eine Antwort zu geben. Die Neigung der Banken, die bisher schon annähernd 700 Millionen bei der SMH-Bank verloren haben, nochmals nachzuschießen, scheint jedenfalls nicht groß zu sein.

FINANCIAL CORP.

Kapitalprobleme noch ungelöst

rtr, Los Angeles

Die Vermögensverkäufe der Financial Corp. of America (FCA) in der vergangenen Woche werden nach Ansicht von Experten nicht ausreichen, um der von den Aufsichtsorganen geforderten Eigenkapitalausstattung gerecht zu werden. Nach unbestätigten Berichten hat FCA, die Holdinggesellschaft der größten US-Sparkasse, American Savings and Loan, sieben Millionen ihrer insgesamt zehn Millionen Aktien der American Express Co. verkauft. Außerdem soll die mit Liquiditätsproblemen kämpfende FCA hypothekarisch gesicherte Wertpapiere über 1,5 Mrd. Dollar verkauft haben.

Um im vergangenen Jahr die Genehmigung für die Übernahme der First Charter Financial Corp. zu erlangen, hatte sich die FCA bereit erklärt, jeweils am 31. Dezember eines Jahres eine Kapitalquote von vier Prozent vorzuweisen. In einem FCA-Bericht an die US-Börsenaufsicht (SEC) hatte es vorige Woche geheißen, die Erfüllung der Kapitalanforderungen würde unter anderem erfordern, daß der American Savings bis zu diesem Termin Aktienkapital oder anderes nachrangiges Kapital zugeführt wird.

US-GIFTDEPONIEN / Neugründung Clean Sites Inc. kooperiert mit der Umweltbehörde bei der Müllbeseitigung

Kongreß und Industrie auf gleicher Linie

H.-A. SIEBERT, Washington

Nach jahrelangem Tauziehen wollen die USA nun Nägel mit Köpfen machen und eines der dringendsten Umweltprobleme – Verseuchung durch auf Müllkippen gelagerte Giftstoffe – rasch und in großem Stil lösen. Mit 323 gegen nur 33 Stimmen verabschiedete das Repräsentantenhaus kürzlich einen Superfonds, durch den in fünf Jahren 10,2 Mrd. Dollar (etwa 30 Mrd. DM) bereitgestellt werden. Private Gruppen und die Industrie haben kürzlich die Clean Sites Inc. gegründet, um den Prozeß zu beschleunigen.

In den Vereinigten Staaten sind bisher 17 000 gefährliche Giftdeponien geortet worden. Der von Präsident Reagan eingesetzte neue Chef der Environmental Protection Agency (EPA), William D. Ruckelshaus, veranschlagt die Gesamtzahl auf rund 22 000. Nach einer Untersuchung des Kongresses ist die Bedrohung von 55 Prozent der amerikanischen Bevölkerung durch verseuchtes Grundwasser nicht auszuschließen.

Laut Ruckelshaus ist die Beseitigung der Giftstoffe technisch schwierig und kann dort, wo die Verseuchung weit fortgeschritten ist, 20 bis 30 Jahre dauern. Auf der Prioritätenliste der EPA stehen 546 Müllkippen, die ein besonders hohes Risiko darstellen.

Obwohl der Kongreß schon 1980 rund 1,6 Mrd. Dollar freigab, sind bisher lediglich sechs Deponien gesäubert worden. An anderen Plätzen beschränkte man sich auf Schadenseindämmung.

Auf die Anklagebank geriet die Umweltbehörde im letzten Jahr; vorgeworfen wurden ihr Interessenkonflikte und Mismanagement. Ihre Leiterin, Anne Burford, mußte gehen; die Verwalterin des Fonds, Rita Lavelle, erhielt eine Gefängnisstrafe. Unter Ruckelshaus hat die EPA ihren guten Namen zurückgewonnen.

Der Wahlkampf hat die Entscheidung des Repräsentantenhauses deutlich beeinflußt. Die Umweltschützer sind heute in den USA eine wichtige politische Macht. Deshalb wird der republikanische Senat den Superfund Expansion and Protection Act of 1984 nur geringfügig zu ändern versuchen. Die Abgeordneten lehnten eine automatische Entschädigung von Deponie-Opfern ab. Sie strichen auch eine Klausel, die Klägern mehr Rechte gegenüber Unternehmen als Verursachern eingeräumt hätte.

Obwohl es an Kritik im Kongreß nicht fehlt, wird die Gründung der Clean Sites Inc. als ein Schritt gewertet, der die Ernsthaftigkeit der Industrie, bei der Beseitigung der Giftdeponien mitzuhelfen, unterstreicht. Vorgesehen ist eine enge Kooperation mit der EPA, bereitgestellt werden Mittel zur Ergänzung des Superfonds, wie ihr Vorsitzender Russell Train, der auch Präsident des World Wildlife Fund ist und früher die EPA leitete, erklärte. Im Vorstand und Verwaltungsrat sitzen Umweltschützer ebenso wie Vertreter von Du Pont, Monsanto, der Exxon Chemical Co. und International Paper.

Im ersten Betriebsjahr verfügt die Clean Sites Inc. über 40 Mitarbeiter, die zum Teil von den Unternehmen ausgeliehen sind, und ein Budget in Höhe von 4,5 Millionen Dollar. Im dritten Jahr und danach stehen jeweils 12 bis 15 Mill. Dollar zur Verfügung, die zur Hälfte von der chemischen Industrie aufgebracht werden.

Den Rest steuern andere Verursacher bei. Genannt werden die Branchen Automobile, Luftfahrt, Gummiverarbeitung, Metallherstellung, Elektronik, Haushaltsgeräte, Büroausstattung und Computer. Angezapft werden sollen auch private Stiftungen.

Beginnen will die Clean Sites Inc. mit dem Aufräumen von 20 Müllkippen; von 1987 an ist die jährliche Reinigung von 60 Deponien geplant. Firmen, die zur Verschmutzung beigetragen haben, assistieren bei der Anfertigung der Durchführbarkeitsstudien.

Eine wichtige Rolle sieht Russell Train in der Vermittlung zwischen Industrie und EPA „in einer offeneren und weniger feindlichen Atmosphäre". Clean Sites bereitet Projekte vor, beaufsichtigt die Abwicklung, hält Kontakt mit der Umweltbehörde und verhandelt über technische, wissenschaftliche und finanzielle Fragen. Sie erhält keine öffentlichen Gelder. Veröffentlicht werden regelmäßig Rechenschaftsberichte.

Die Clean Sites Inc. füllt zweifellos eine Lücke, indem die Industrie an der Beseitigung der Giftdeponien direkt beteiligt wird. Es fehlt künftig nicht mehr an Fachleuten. Ruckelshaus spricht von einem Modell staatlicher und privater Zusammenarbeit.

FRANKREICH / Schärfere Töne bei Gewerkschaften

Mehr Sozialismus gefordert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

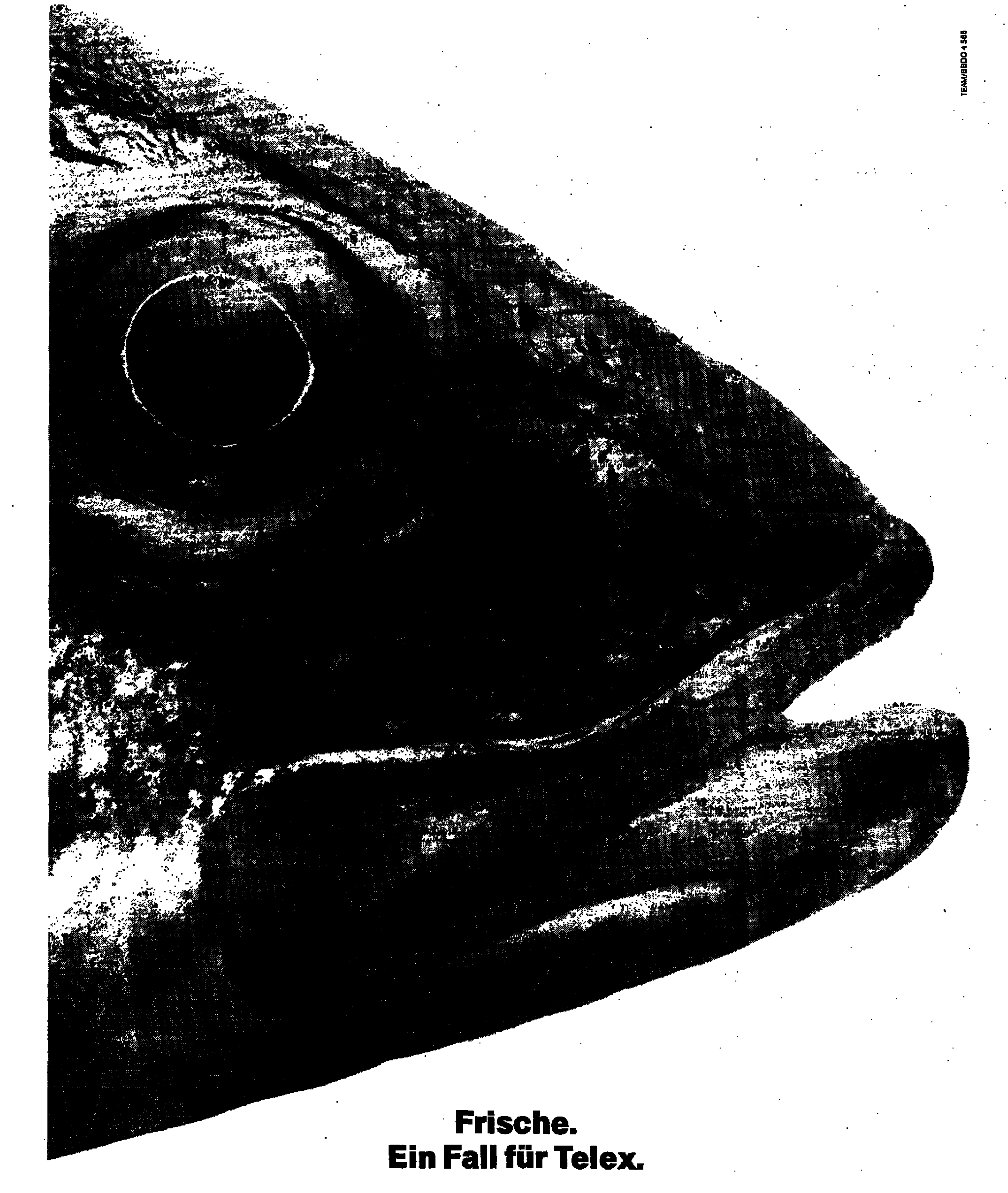
Nachdem die französischen Gewerkschaftsführer das Ergebnis ihrer ersten Gespräche mit dem neuen Premierminister Laurent Fabius eher positiv bewertet hatten, verschärfte jetzt sowohl die sozialistische CFDT als auch die gemäßigte Force Ouvrière (FO) den Ton. Den beiden Zeitungsinterviews ihrer Generalsekretäre Edmond Maire und André Bergeron folgt heute eine Pressekonferenz von Henri Krasuki, Boß der kommunistischen CGT. Sie dürfte kaum milder ausfallen.

Grundsätzlich sind alle drei Gewerkschaften für eine verstärkte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und gegen einen weiteren Rückgang der Reallöhne. Sie fordern deshalb eine wesentliche Lockerung oder Aufgabe der bisherigen Austerity-Politik. Jedoch haben jedenfalls die CFDT und die FO aus diesem Grunde noch keine Protestaktionen oder gar Streiks angedroht. Möglicherweise fürchten sie, daß ihnen die Basis wegen der schlechten Beschäftigungslage nicht genügend folgt.

So hat Edmond Maire die Lohnfrage nur am Rande gestreift. Um so energischer setzte er sich für eine verstärkte Beschäftigungspolitik und Planifikation ein. Die Regierung sei hier und im Kampf gegen die Ungleichheit von ihrem Weg in bedenklicher Weise abgewichen. Es sei Zeit, von einem verfehlten Liberalismus zu den ursprünglichen sozialistischen Orientierungen zurückzukehren.

Die von Fabius angekündigte Modernisierungspolitik, der Maire grundsätzlich zustimmt, müsse vor allem die Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern. Sie dürfe aber nicht zu einem „Produktivismus" führen, meint der Gewerkschaftsführer. Schließlich wiederholte er seine bekannte Forderung nach Arbeiterselbstverwaltung, durch die mehr Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Demgegenüber hatte Bergeron vor allem auf den gefährlichen Kaufkraftschwund der Arbeiter verwiesen, den er für dieses Jahr auf nicht weniger als fünf Prozent veranschlagte (amtliche Schätzung: unter ein Prozent). Auch würde die Zahl der Armen in Frankreich mehr und mehr zunehmen. Deshalb müßte der Kampf gegen die Inflation fortgesetzt werden. Allerdings will Bergeron den bisherigen Restriktionskurs durch eine gewisse Belebung des privaten Verbrauchs korrigiert wissen.



ARGENTINIEN / „Alle kämpfen gegen die Inflation"

Neuer Plan in Arbeit

rtr, Buenos Aires

Argentinien hat nach offiziellen Angaben damit begonnen, einen Plan zur Halbierung der Inflationsrate von zur Zeit über 600 Prozent zu entwerfen. Damit soll, wie Beamte erklärten, einer Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) entsprochen werden. Vertreter des IWF wurden gestern zu einer neuen Gesprächsrunde über ein Sparprogramm des südamerikanischen Landes in Buenos Aires erwartet. Dieses Programm gilt als Bedingung für die Umschuldung eines Teils der Auslandsverbindlichkeiten Argentiniens von rund 44 Milliarden Dollar.

Präsident Raul Alfonsin hatte am Wochenende angekündigt, daß die Regierung die Argentinier bald zu einer „großen Anstrengung" auffordern werde, um Spekulation und Inflation zu besiegen. „Wir werden im September mit einem neuen Plan beginnen, wir alle werden gegen die Inflation ankämpfen", hatte Alfonsin in Parana gesagt. Seine Regierung habe beim Kampf gegen die Inflation, die seit Alfonsins Amtsübernahme im vergangenen Dezember von 433 auf 615 Prozent geklettert ist, nicht den gewünschten Erfolg gehabt, hatte er eingeräumt.

Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun hat sich nach Darstellung eines Sprechers seines Hauses mit dem IWF bei den jüngsten Gesprächen darauf verständigt, die Inflationsrate in dem seit vergangenen Juni laufenden Zwölfmonatszeitraum auf 300 Prozent zu drücken. Außerdem habe Grinspun dem Abbau des Haushaltsdefizits auf 7,5 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP) zugestimmt. In der einseitigen Absichtserklärung (Letter of Intent) Argentiniens an den Fonds war kürzlich noch eine Quote von 9,6 Prozent genannt worden.

Offen scheint noch das Thema Lohnerhöhungen zu sein. Während Alfonsin seinen Landsleuten wiederholt reale Lohnsteigerungen von sechs bis acht Prozent zugesichert hat, sagte Arbeitsminister Juan Casella am Wochenende, die Regierung werde den Lohnanhebungen künftig die von ihr erwartete Teuerungsrate zugrundelegen, und die Erhöhungen würden diese in keinem Fall übersteigen.

In der vergangenen Woche hatten die Gläubigerbanken Argentiniens die Verlängerung eines 125-Millionen-Dollar-Kredits abgelehnt, weil noch keine vollständige Einigung des Landes mit dem IWF existiert. Argentinien hat diesen Kredit inzwischen aus den eigenen Reserven zurückgezahlt.

Im September werden aber mehr als 1,6 Milliarden Dollar an Tilgungen und Zinsen fällig. Ohne vorherige Einigung mit dem IWF könnte Argentinien, dessen Auslandsschulden die dritthöchsten in Lateinamerika sind, nach Einschätzung von Bankern mit diesen Zahlungen in Verzug geraten.

Seine Unterstützung für Haushaltskürzungen begründend, von denen auch Regierungsstellen wie die Atomenergiebehörde betroffen sein werden, hatte Verteidigungsminister Raul Borras am Sonntag zu Journalisten gesagt, „die ganze Nation steht am Rande der Zahlungsunfähigkeit".

NAMEN

Rudolf Abe, Herne, zuletzt Bergwerksdirektor der Märkischen Steinkohlengewerkschaft, vollendete am 21. August das 75. Lebensjahr.

Klaus Garde, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Länderbank Aktiengesellschaft, Frankfurt/Berlin, vollendet am 23. August das 60. Lebensjahr.

Dr. Hermann R. Franz, Vorstandsmitglied der Siemens AG, und Leiter des Werksbereichs Halbleiter im Unternehmensbereich Bauelemente, wird am 23. August 60 Jahre.

Herbert Juniel (46), bisher Prokurist und Titulardirektor bei der Sloman Neptun Schiffahrts-AG, Bremen, ist per 1. Oktober 1984 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt worden.

HAUTE COUTURE / Kapital gesucht

Bald industrialisiert?

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Bisher haben sich französische wie ausländische Industrieunternehmen nur an den Parfum- und Kosmetikaktivitäten der Pariser Haute Couture beteiligt. Nunmehr aber bahnt sich auch in deren Modebereich eine solche Entwicklung an. Nachdem der Umsatz der 23 Modehäuser inzwischen umgerechnet drei Mrd. DM überschritten hat, wird frisches Kapital benötigt, um die weitere Expansion zu sichern.

Das Signal für die „Industrialisierung der Haute Couture" hat Bernard Tapie gegeben. Der als Unternehmensretter bekannt gewordene Inhaber eines Mischkonzerns mit vier Mrd. Franc Umsatz und 120 Mill. Franc Reingewinn beteiligte sich kürzlich zu 66 Prozent an den Haute-Couture- wie Prêt-à-porter-Aktivitäten der 80jährigen Alix Grès.

Die große alte Dame der Pariser Haute Couture, die auch Präsidentin ihres Branchenverbandes ist, hatte schon im April des vergangenen Jahres ihren Parfum-Bereich an British American Tobacco verkauft, wodurch die Parfums-Grès organisatorisch der Juvena International eingegegliedert wurden. Madame Grès will sich aber weiterhin um die Modekreation bemühen.

Die Tapie-Gruppe selbst verfügte bisher nur über ein Konfektionsunternehmen, die von Gunther Sachs mitgegründete Mic-Mac-Gruppe. Aber Bernard Tapie hält schon Ausschau nach weiteren Couture-Aquisitionen. Aus der Konkursmasse der Gebrüder Willot hofft er für Christian Dior den Zuschlag zu erhalten.

Die Willots hatten dieses größte Modehaus Frankreichs nach dem Zusammenbruch des Textilimperiums von Marcel Boussac erworben. Parfum Dior hatte Boussac schon vorher an Moët-Hennessy (Champagner/Cognac) verkauft. Um Christian Dior bewerben sich allerdings noch andere potente Textilindustrielle.

Vom Umsatz der Pariser Haute Couture – 12,5 Mrd. Franc ohne Parfum – entfallen 35 Prozent auf Damen-Oberbekleidung, 20 Prozent auf Herren-Oberbekleidung und 45 Prozent auf modisches Zubehör. Es handelt sich dabei zum weitaus größten Teil um Lizenzgeschäfte. Die eigene Produktion erreicht einen Wert von 1,8 Mrd. Franc (63 Prozent Export). Davon stellten die Haute-Couture-Modelle aber nur 185 Mill. Franc. Sie werden an eine nicht mehr als 3000 reiche Frauen überschreitende Kundschaft durchweg mit Verlust verkauft.

Aber die Modeschauen bringen weltweit eine kostenlose Werbung (1200 Redaktionsseiten im Jahr), die dem internationalen Geschäft der Modehäuser sehr dienlich ist. Diese Reputation sollte aber künftig weniger von ausländischen Lizenznehmern als von französischen Industriellen für den Direktexport genutzt werden, meint Madame Grès.

ERDÖL / Förderung seit 125 Jahren

In 21 Meter Tiefe fündig

dpa/VWD, Hamburg

Am 27. August jährt sich der „Geburtstag" der Ölindustrie zum 125. Male. 1859 hatte „Oberst" Drake bei Titusville im US-Staat Pennsylvania die erste erfolgreiche Ölbohrung der Welt niedergebracht. Beinahe wäre der Ruhm dieser Pionierleistung dem deutschen Professor Hunäus zugefallen. Er hatte bereits zwei Jahre vorher im Auftrag der Hannoverschen Regierung Bohrungen in Niedersachsen abgeteuft, war aber nicht auf Öl gestoßen. Dieses Glück war dem ehemaligen Schlafwagenschaffner Drake (der sich selbst als Oberst bezeichnete) in 21 Meter Tiefe beschert.

100 Jahre dauerte es, bis die Ölförderung der Welt eine Milliarde Tonnen pro Jahr erreichte. Die zweite und dritte Milliarde wurde in jeweils rund zehn Jahren erreicht. Heute fördern in der westlichen Welt aus Tiefen bis zu 5000 Meter zu Lande und auf See außerhalb des Ostblocks rund 733 000 Sonden, davon etwa 6000 in Europa, von denen laut „Oil and Gas Journal" rund die Hälfte in der Bundesrepublik liegen.

Bisher wurden in der Bundesrepublik etwa 200 Millionen Tonnen Öl gewonnen. In der Welt waren es in den vergangenen 125 Jahren etwa rund 71 Milliarden Tonnen, und mehr als 91 Milliarden Tonnen sind bereits als bestätigte Reserven entdeckt. Ein vielfaches dieser Menge hofft man in den 440 Ablagerungsbecken der Welt zu finden, die noch nicht intensiv untersucht worden sind.

Mitte 1984 arbeiteten in der Welt außerhalb des Ostblocks 3 536 Bohranlagen, die zu 75 Prozent in Nordamerika, zu zehn Prozent in Südamerika, zu sechs Prozent im Fernen Osten, zu vier Prozent im Nahen Osten, zu drei Prozent in Westeuropa und zu zwei Prozent in Afrika tätig sind. Während von allen Bohranlagen in der westlichen Welt nur etwa 16 Prozent off-shore (im Meer) im Einsatz waren, arbeiten von den 106 Anlagen dieser Art in Europa 90 Prozent in erster Linie in der Nordsee.

HOECHST / Die Gewinnkurve führt immer noch steil aufwärts

Höhenflug im Ausland hält an

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Gewinnkurve der Hoechst AG, Frankfurt, zeigt weiterhin steil aufwärts. Nachdem der Gewinn vor Steuern in der AG im ersten Quartal um 56 Prozent gewachsen war, stieg er im ersten Halbjahr insgesamt immer noch um beachtliche 42 Prozent auf 644 (454) Mill. DM. Die weltweite Chemiegruppe kam sogar auf eine Steigerung um knapp 84 Prozent auf 1477 (804) Mill. DM. Damit erreichte sie eine Rendite (brutto) von 7,1 (4,4) Prozent des Halbjahresumsatzes, der um 14,2 Prozent auf 20,7 (18,1) Mrd. DM zugenommen hat. Die AG allein konnte sogar eine Umsatzrendite von 8,9 (7,1) Prozent ausweisen.

Schub brachte im zweiten Quartal vor allem das Auslandsgeschäft. Während der Inlandsumsatz mit 2,5 Mrd. DM unter den 2,7 Mrd. DM der ersten drei Monate blieb, erreichte der Chemiekonzern im Ausland eine weitere Steigerung von 7,5 auf 8,1 Mrd. DM. Damit weist das Inland nach sechs Monaten mit einem Plus von 8 Prozent auf 5,2 (4,8) Mrd. DM nur noch die Hälfte der ausländischen Wachstumsgeschwindigkeit von 16 Prozent (auf 15,5 nach 13,3 Mrd. DM) aus. Freilich profitierte auch der Inlandskonzern vom flotten Auslandsgeschäft – sogar überproportional. Die Exporte der Hoechst AG nahmen um knapp 20 Prozent auf 4,1 (3,4) Mrd. DM zu. Ihr Anteil am Umsatz stieg damit auf 56,5 (53,6) Prozent.

Bei dieser Entwicklung dürfte die Wirkung des starken Dollars eine starke Rolle gespielt haben: „Überproportional erhöhten sich die verkauften Mengen vor allem in Nord- und Lateinamerika", heißt es im Zwischenbericht des Vorstands. Besonders stark gefragt waren Pflanzenschutzmittel. Aber auch anorganische und organische Chemikalien, Fasern und Kunststoffe erreichten „gute" Zuwachsraten.

Über die weniger erfreulichen Gebiete – im ersten Quartal wurde vor allem das Düngemittelgeschäft genannt – macht der Vorstand diesmal keine Angaben. Lediglich auf die Streikfolgen wird verwiesen. Unmittelbar betroffen war die Schweißtechnik-Beteiligung Messer-Griesheim, Umsatzausfälle gab es bei Lacken, Kunstharzen und Folien für die Autoindustrie sowie bei Offsetplatten fürs Druckgewerbe.

Das allgemeine Hoch jedoch hat all das überdeckt. Die Kapazitätsauslastung, schon im ersten Quartal mit 85 Prozent geradezu bei einer Traummarke, wurde in der Zeit von April bis Juni weiter auf 86 (79) Prozent verbessert. Hier dürfte auch die Hauptquelle der Ertragsverbesserung liegen. Dennoch hat sich der Personalabbau, wie zu Jahresbeginn angekündigt, weiter fortgesetzt. Die Belegschaft der AG, zu Jahresbeginn bei 60 660 Mitarbeitern, wurde auf 59 780 Beschäftigte zurückgenommen. Dennoch ist der Personalaufwand im Vergleich zum ersten Halbjahr 1983 um knapp 6 Prozent auf 1,84 (1,74) Mrd. DM gestiegen.

SCHMIDT + CLEMENS / Dem Verlust entronnen

Schöner Edelstahl-Boom

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Es wurde hohe Zeit, aber es hat auch geklappt. Nach mageren Vorjahren, die 1983 aus 136 (145) Mill. DM Umsatz einen erhöhten Verlust von circa 4 (1) Mill. DM oder fast einem Fünftel des Eigenkapitals brachten, meldet die Edelstahlwerk Schmidt + Clemens GmbH & Co. KG, Lindlar bei Köln, für das erste Halbjahr 1984 eine Steigerung des Auftragseingangs um 28,9 Prozent auf 89,3 Mill. DM mit 34,8 (29,6) Prozent Exportanteil. Die Verlustzone habe man bereits verlassen, die auch 1983 wieder rund ein Fünftel der möglichen Jahresarbeitszeit ausmachende Kurzarbeit seit Jahresmitte restlos abgebaut.

Die 105 Jahre alte Familienfirma, größte im knapp zwei Dutzend Produzenten großen Kreis von deutschen Mittelständlern, die mit Guß und Schmiede hochwertige Edelstahl-Spezialprodukte vor allem für die Investitionsgüterindustrie herstellen, wertet diesen Auftragsboom nicht als Strohfeuer, sondern als Zeichen einer offensichtlich länger anhaltenden Belebung der Investitionskonjunktur. Der aus der Gründerfamilie stammende Geschäftsführer Christoph Schmidt-Krayer erwartet, daß der Auftragseingang im vollen Jahr mit 160 Mill. DM 26 Prozent höher als 1983 liegen wird und daß bei 145 Mill. DM Umsatz eine solide Basis besteht, in 1985 mit weiterem Umsatzplus und auskömmlichen Preisen den Verlust-Aderlaß der letzten Jahre komplett wieder aufzuholen.

In 1983 hat das freiwillig publizierende Unternehmen, da die erwartete Nachfragebelebung im letzten Herbst nicht eintraf, auch mit Frühpensionierungsaktion, die 1,7 Mill. DM kostete, die Belegschaftszahl um 5,8 Prozent auf 1245 Mitarbeiter abgebaut, wobei der Personalaufwand allerdings noch um 1,9 Prozent auf 59,6 Mill. DM anstieg. Trotz der miserablen Ertragslage wurden die auf Anlagenmodernisierung konzentrierten Sachinvestitionen auf 5,6 (4,1) Mill. DM bei 4 (3,9) Mill. DM Abschreibungen gesteigert.

Durch den nicht exakt genannten Verlust minderte sich das Eigenkapital (nebst Rücklagen-Sonderposten) auf 18 (22,6) Mill. DM: es reichte nun erstmals seit langem nicht mehr zur vollen Deckung des Anlagevermögens von 20,8 (19,7) Mill. DM aus, wenngleich die Eigenkapitalquote von 25,3 (35,7) Prozent des Bilanzvolumens zumal angesichts der sonst in der Stahlindustrie herrschenden Verhältnisse durchaus passabel blieb.

Die Hoffnung auf Rückkehr zum alten Glanz auch in der Bilanzstruktur gründet die Geschäftsführung nicht zuletzt auf die Erholung der 1983 zum Teil abgebröckelten Verkaufspreise. Im bisherigen Verlauf von 1984 wurden die Preise für Gußprodukte um 4 Prozent und für Werkzeugstahl im Durchschnitt um 3 Prozent erhöht. Weitere Preiserhöhungsstufen hat man im Visier. Besserungstendenz nach den 1983er Verlusten zeigen auch die Blankstahltochter Klören & Co. (32 Mill. DM Umsatz) und der spanische Gießereibetrieb (8 Mill. DM Umsatz). Große und bisher schon durch einen „Nachfrageboom" bestätigte Erwartungen setzt die Firma in ihre jüngste Produktinnovation: Sonderlegierungen für den Einsatz in Rauchgasentschwefelungsanlagen.

KKH: Leistungen steigen weiter

dpa/vwd, Hannover

Nur geringe Chancen sieht die über 800 000 Mitglieder starke Kaufmännische Krankenkasse (KKH) in Hannover, angesichts der weiterhin steigenden Ausgaben den Beitragssatz von 11,5 Prozent auch 1985 beizubehalten. Hauptgeschäftsführer Helmut Rang erklärte, in den ersten sechs Monaten dieses Jahres seien die Leistungsausgaben je Mitglied um 6,8 Prozent gestiegen. Bei Fortdauer dieses Trends und unter Einbeziehung der Beitragssatzsenkung um 0,4 Punkte zum Jahresbeginn sei 1984 mit einem Defizit von 100 Mill. DM zu rechnen. 1983 hatte die KKH mit einem Überschuß von 67,5 Mill. DM abgeschlossen.

Im ersten Halbjahr 1984 ermittelte die KKH bei ihren über 1,1 Mill. Versicherten bei der ärztlichen Behandlung einen Kostenanstieg von 7,3 (5,52) Prozent. 1983 hatten die Beitragseinnahmen die Marke von 2 Mrd. DM überstiegen. Die Leistungsausgaben erhöhten sich gegenüber 1982 um 2,6 Prozent auf 1,94 Mrd. DM.

Wachstum bei noch hartem Wettbewerb

hdt. Bielefeld

Die EK Großeinkauf AG, Bielefeld, Einkaufsgenossenschaft für den Haushaltswaren-Fachhandel mit 1177 Mitgliedsfirmen in der Bundesrepublik und dem benachbarten Ausland, verzeichnet weiterhin eine positive Entwicklung. Nachdem der Umsatz 1983 bereits um 8,2 Prozent auf 543 Mill. DM gesteigert werden konnte, stiegen die Erlöse im ersten Halbjahr um 6 Prozent – bei stabilen Preisen.

Bei der jetzt beendeten Herbstmesse wurden unter anderem Kampfpreisangebote herausgestellt, um im unverändert harten Wettbewerb reagieren zu können. Weitere Impulse soll die Erweiterung des Einbauküchen-Angebots geben sowie ein neues Katalog-Programm für Geschenkartikel. Auch in die betriebswirtschaftliche Beratung steigt die Genossenschaft verstärkt ein. Sie hat für ihre Mitglieder die Software für ein Warenwirtschaftssystem erarbeitet, deren Hardware von Siemens angeboten wird.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Großauftrag für Kaelble

Backnang (dpa/VWD) – Die Carl Kaelble GmbH, Backnang, Hersteller von schweren Baumaschinen und Sonderfahrzeugen, hat einen Auftrag aus Südkorea zur Lieferung von Baumaschinen im Wert von 8 Mill. DM abgschlossen. Derzeit laufen noch Verhandlungen mit demselben Auftraggeber über die Lieferung weiterer Baumaschinen und Fahrzeuge für insgesamt mehr als 50 Mill. DM. Die Kaelble-Gruppe war 1983 in Liquiditätsschwierigkeiten geraten. Seit November 1983 hält die Libyan Arab Foreign Investment Co., Tripolis, 75 Prozent der Gesellschaftsanteile. Die Umsatzerwartung für 1984 liegt bei 147 Mill. DM.

Beteiligung reduziert

Hamburg (VWD) – Die Veritas Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, München, hält nicht mehr über 25 Prozent der Aktien der Hapag-Lloyd AG, Hamburg/Bremen. Das geht aus einer Mitteilung im Bundesanzeiger hervor. Die Veritas hat nach VWD-Informationen im Zuge des unentgeltlichen Einzugs von nominal 60 Mill. DM Aktien bei den drei Großaktionären proportional mehr Anteile abgegeben als die Deutsche Bank und die Dresdner Bank. Die Veritas gehört zu 55 Prozent der Allianz Versicherungs-AG, München, und zu 45 Prozent der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft. Der Rückzug ist wohl darauf zurückzuführen, daß das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen wegen des verlustbringenden Hapag-Lloyd-Engagements intervenierte.

Stark im Häutehandel

Düsseldorf (J. G.) – Als eine der größten deutschen Firmen im Häutehandel bezeichnet Alleininhaber Hans Schafstall (54) seine Schafstall Warenhandelsgesellschaft mbH & Co. KG, Mülheim/Ruhr, anläßlich des 25jährigen Firmenjubiläums. Vom einstigen Einmannbetrieb habe sich das Unternehmen heute zu einer Gruppe von rund 200 Mill. DM Umsatz entwickelt. Zusätzlich zu den Handelsaktivitäten im In- und Ausland mit 100 Beschäftigten wurde der Bereich Arbeitsschutz-Artikel aufgebaut, der aus eigenem Betrieb in Griechenland kostengünstiger als daheim auch für den deutschen Markt produzieren soll.

Neues Sparprogramm

Düsseldorf (Py.) – Die Bankhaus Centrale Credit AG, Mönchengladbach, bietet über ihre 32 Niederlassungen in der Bundesrepublik unter dem Namen „Sparkonto mit Garantie" eine neue Sparform an. Die Bank garantiert ab einer Mindesteinlage von 20 000 DM einen Festzinssatz für 4 Monate von 5,5 Prozent p. a..

KIMBERLY-CLARK / Industrieprodukte forciert

Billiger Wegwerf-Anzug

INGE ADHAM, Frankfurt

Rund 670 Mill. DM werden in der Bundesrepublik im Jahr für Arbeitskleidung aufgewendet. Der Löwenanteil von 630 Mill. DM entfällt dabei auf Neuanschaffung und Reinigung von textiler, wiederzuverwendender Arbeitskleidung, der Rest auf solche mit begrenzter Einsatzdauer; und das sind zu 70 Prozent einteilige Schutzanzüge.

In diese Richtung zielt der jetzt von Kimberly-Clark (Marke: „Kleenex") angebotene Kimguard Overall. Damit forciert Kimberly-Clark konsequent den Bereich Industrieprodukte, der angesichts der Schwierigkeiten im Konsumentenbereich – am Markt für Papiertaschentücher zum Beispiel tobt nach wie vor ein harter Preiswettbewerb – in den letzten Jahren wachsende Bedeutung gewonnen hat und bei der deutschen GmbH mit eigener Produktion in Koblenz inzwischen wohl rund die Hälfte des Umsatzes bringt.

Mit dem Overall folgt das Unternehmen einer bisher mit Erfolg angewendeten Strategie: Textile Produkte, die in Herstellung und Pflege dem Anwender steigende Kosten bringen, werden durch Produkte aus Zellstoff ersetzt. Mit dem Wegwerf-Arbeitsanzug für rund 10 DM dürfte das Konzept der Koblenzer, die in diesem Jahr insgesamt gut 140 Mill. DM umsetzen, auch diesmal aufgehen.

Weltweit setzt die Kimberly-Clark Corporation, deren Aktien in den USA als „blue chip" gelten, in diesem Jahr gut 9 Mrd. DM um; eigene Produktionsstätten gibt es in insgesamt 21 Ländern, verkauft wird nach Unternehmensangaben in 150 Länder.

ALLIANZ-VERSICHERUNG / Börsengerüchte über Aktiensplitting nach AM-Muster werden dementiert

Andere Lösungs-Möglichkeiten sind noch offen

HARALD POSNY, Düsseldorf

„Bei der Allianz-Gruppe gibt es keine Pläne, die zu einer Neubewertung der Allianz-Aktien Anlaß geben könnten". Mit diesem einen Satz nahm ein Sprecher der Münchener Versicherungsgesellschaft zu Börsengerüchten Stellung, die von einer Umstrukturierung der Allianz Versicherung AG, des Kompositversicherers der Gruppe – etwa nach dem Muster einer Holding-Lösung der Aachener- und Münchener Versicherung AG – wissen wollten.

Die Gerüchte hatten sich an den aus heiterem Himmel angezogenen Aktienkursen der Allianz-Aktie entzündet, die am Freitag um 35,50 DM und am Montag dieser Woche nochmals um 48 DM auf 860 DM je 50 DM-Aktie hochgeschnellt war. Am Dienstag sank der Kurs nach der Allianz-Erklärung jedoch wieder um 32 auf 828 DM.

Die Erklärung des Konzerns verneint – bei Licht besehen – allenfalls die Pläne für eine Holding und eine aktive Versicherungsgesellschaft, also ein Aktiensplitting nach AM-Muster, wo es seit mehreren Jahren eine AM Beteiligungs-AG gibt, die wie bisher als Kompositversicherer tätig ist, aber die sämtliche Versicherungsbeteiligungen an die Holding abgegeben hat. Seither werden die Aktien der Holding (AMB) und der AMV an den Börsen notiert, wobei der Kurs der AMB in der Regel um zwei Drittel über dem AMV-Kurs liegt.

Offen bleiben eine Reihe anderer theoretischer Überlegungen, die Versicherungsgeschäfte von den Finanzanlagen zu trennen. Das kann bei Gesellschaften dieser Größenordnung sinnvoll sein, ist aber vom Aufsichtsrecht her nicht vorgeschrieben. Ausnahme: Man plant im Wege der Diversifikation des Versicherungs-Konzerns einen umfassenden Finanz- und Dienstleistungskonzern. Hier würde die Zustimmung des Aufsichtsamtes zur Umstrukturierung notwendig sein, vor allem dann, wenn sich die Gesellschaft, wie bisher schon, künftig noch stärker im Ausland engagiert. Der Buchwert von rund 9,5 Mrd. DM an Vermögenswerten, das sind vielleicht 16,4 Mrd. DM Marktwert, steht, was den Wertpapierteil (6,5 Mrd. DM Marktwert) angeht, wenn überhaupt nur indirekt in versicherungstechnischer Haftung.

Sicher ist, daß in den verantwortlichen Allianz-Gremien über verschiedene Konstruktionen nachgedacht wird, ohne bereits jetzt konkrete Pläne zu besitzen. Dazu wären dann auch Entscheidung von Aufsichtsrat und Hauptversammlung erforderlich.

Sinn geben Gerüchte wie Allianz-Pläne überhaupt nur im Zusammenhang mit einem von der Allianz angestrebten Allfinanz-Angebot auch über Baubeteiligungen. Der Vorstoß der Deutschen Bank mit seinem „Sparplan mit Risikoversicherungsschutz", der trotz Beteiligung einer Allianz-Tochter an diesem Angebot, die Schwester Allianz Leben sehr verärgert hat, war sicher nur ein Auslöser bereits vorhandener vielfältiger Überlegungen. Als direkte Antwort der größten deutschen Lebensversicherung an die größte deutsche Geschäftsbank wäre der Anlaß zu unbedeutend.

Das kann sich jedoch ändern, wenn andere Institutsgruppen oder Einzelinstitute nach erkennbaren Erfolgen der Deutschen Bank-„Sparpläne" mit eigenen Angeboten nachziehen. Ankündigungen liegen bereits vor. Der Umbau der Allianz Versicherung betrifft jedoch in keinem Fall die Allianz Leben direkt. Sie benötigt schon wegen ihrer Größe und ihres langfristigen Leistungsversprechens an ihre Kunden riesige rentable Vermögenswerte und die Möglichkeit, liquide Mittel flexibel einzusetzen.

Umsatz-Stagnation bei Edeka Minden

hdt. Minden

Mit einem nur um 0,3 Prozent auf 1,29 Mrd. DM gestiegenen Umsatz konnte die Edeka Handelsgesellschaft Minden-Hannover mbH, Minden, ihr Planziel 1982 zwar nicht erreichen, hält jedoch unangefochten Platz eins in der Rangliste der regionalen Edeka-Großhandelsbetriebe. In der Bilanz schlägt sich die bewußte Privatisierung von bisher in Eigenregie geführten Supermärkten nieder.

Einbrüche gab es auch bei den Erlösen im Fleisch- und Wurstwarenbereich, da die Verbraucher hier zunehmend auf preiswerte Produkte auswichen. Als erfreulich wird dagegen die Umsatzausweitung bei Obst und Gemüse bezeichnet. Nicht zuletzt infolge von Ausscheiden kleinerer Märkte, nahm die Zahl der Mitglieder auf der Einzelhandelsstufe von 675 auf 613 ab, sie erhalten eine Rückvergütung von 1,4 Mill. DM. Der Konzerngewinn der EHG Minden-Hannover wird mit 2,5 Mill. DM ausgewiesen.

FINANZANZEIGEN



Deutsche Bank

Aktiengesellschaft

Frankfurt am Main

Wertpapier-Kenn-Nummer 804 010

Angebot zum Bezug von 4% Wandelschuldverschreibungen von 1984

Aufgrund der von der ordentlichen Hauptversammlung am 16. Mai 1984 erteilten Ermächtigung hat der Vorstand die Ausgabe einer Wandelanleihe im Nennbetrag von DM 750.000.000,– beschlossen. Die Wandelschuldverschreibungen werden den Aktionären der Deutschen Bank AG zum Ausgabekurs von 100% zum Bezug angeboten: je 10 Aktien zu DM 50,– berechtigen zum Bezug einer Wandelschuldverschreibung im Nennbetrag von DM 250,–. Für einen nicht zum Bezug benötigten Spitzenbetrag von Wandelschuldverschreibungen ist das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Ausstattung der Wandelanleihe

Stückelung: Die Wandelanleihe ist eingeteilt in auf den Inhaber lautende untereinander gleichberechtigte Wandelschuldverschreibungen in Nennbeträgen von DM 250,–, DM 1.000,– und DM 10.000,–.

Verzinsung: Die Wandelschuldverschreibungen werden vom 15. September 1984 an mit 4% jährlich verzinst. Die Zinsen sind jährlich nachträglich am 2. Januar der Jahre 1985 bis 1995 fällig. Auf den am 2. Januar 1985 fälligen ersten Zinsschein werden die Zinsen für den Zeitraum vom 15. September 1984 bis 31. Dezember 1984 gezahlt. Der Zinslauf der Wandelschuldverschreibungen endet am 31. Dezember 1994.

Tilgung: Die Anleiheschuldnerin ist verpflichtet, die Wandelschuldverschreibungen, soweit sie nicht gewandelt sind, am 2. Januar 1995 zum Nennbetrag zurückzuzahlen.

Nachrangigkeit: Die Forderungen aus den Wandelschuldverschreibungen und den Zinsscheinen gehen den Forderungen aller Gläubiger der Anleiheschuldnerin im Range nach. Die Aufrechnung mit Forderungen aus den Wandelschuldverschreibungen gegen Forderungen der Anleiheschuldnerin ist ausgeschlossen.

Umtauschrecht: Die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen haben das unentziehbare Recht, ihre Wandelschuldverschreibungen im Nennbetragsverhältnis 5:1 ohne Zuzahlung in Aktien der Anleiheschuldnerin umzutauschen. Je DM 250,– Wandelschuldverschreibungen können jeweils in eine Aktie der Deutschen Bank AG über DM 50,– getauscht werden; das entspricht einem Wandlungspreis von DM 250,– für eine Aktie im Nennbetrag von DM 50,–. Zur Ausübung des Wandelrechts wird ein Mindestbetrag von DM 250,– Wandelschuldverschreibungen oder ein Mehrfaches davon benötigt.

Das Wandelrecht kann vom 2. Januar 1990 bis zum 15. Dezember 1994, ausgenommen einige technisch bedingte und in den Anleihebedingungen festgelegte Zeiträume, jederzeit ausgeübt werden.

Aus der Wandlung hervorgehende Aktien sind für das gesamte Geschäftsjahr der Anleiheschuldnerin dividendenberechtigt, in dem die Umtauscherklärung wirksam wird. Im Falle der Wandlung stehen dem Inhaber der Wandelschuldverschreibungen Zinsen von dem der Wandlung unmittelbar vorausgehenden 2. Januar bis zum Tage der Wandlung nicht zu.

Bedingtes Kapital: Zur Sicherung des Wandelrechts dient ein von der Hauptversammlung der Anleiheschuldnerin vom 16. Mai 1984 beschlossenes bedingtes Kapital von DM 150.000.000,–. Der Beschluß über die *bedingte Kapitalerhöhung ist in das Handelsregister eingetragen* worden.

Verwässerungsschutz: Sofern die Deutsche Bank AG während der Laufzeit der Anleihe unter Einräumung eines unmittelbaren oder mittelbaren Bezugsrechts an ihre Aktionäre ihr Kapital durch die Ausgabe neuer Aktien erhöht oder Teilschuldverschreibungen mit Wandel- oder Optionsrechten begibt, wird der Wandlungspreis gemäß den Voraussetzungen in § 8 der Anleihebedingungen für eine Aktie im Nennbetrag von DM 50,– nach Maßgabe der üblichen mathematischen Formel ermäßigt.

Eine Ermäßigung des Wandlungspreises tritt nicht ein, wenn den Inhabern der Wandelschuldverschreibungen ein mittelbares oder unmittelbares Bezugsrecht eingeräumt wird, das sie so stellt, als hätten sie die Wandlung bereits ausgeübt.

Der Wortlaut der Anleihebedingungen ist im Börseneinführungsprospekt abgedruckt und wird vor Beginn der Bezugsfrist veröffentlicht.

Bezugsangebot

Wir bitten hiermit unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht auf die Wandelschuldverschreibungen zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 29. August bis 12. September 1984 einschließlich

bei einer Bezugsstelle während der üblichen Schalterstunden auszuüben.

Bezugsstellen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) sind sämtliche Niederlassungen der

Deutschen Bank Aktiengesellschaft
Deutschen Bank Berlin Aktiengesellschaft
Deutschen Bank Saar Aktiengesellschaft
Handelsbank in Lübeck Aktiengesellschaft.

Die Ausübung des Bezugsrechts erfolgt gegen Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 43 zu den Aktien. Auf je 10 Aktien zu je DM 50,– kann eine Wandelschuldverschreibung – Wertpapier-Kenn-Nummer 393 000 – im Nennbetrag von DM 250,– zum Kurs von 100% börsenumsatzsteuerfrei bezogen werden. Der Bezugspreis ist am 14. September 1984 ohne Verrechnung von Stückzinsen zu zahlen.

Die Bezugsrechte in Gewinnanteilscheinen Nr. 43 werden in der Zeit vom 29. August bis 10. September 1984 an allen deutschen Wertpapierbörsen gehandelt und amtlich notiert. Die Bezugsstellen sind bereit, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln.

Für den Bezug wird die übliche Bankenprovision berechnet, es sei denn, daß der Bezug unter Einreichung der vorerwähnten Bezugsausweise durch den Bezieher während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle vorgenommen wird und ein weiterer Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Die Wandelschuldverschreibungen sind jeweils mit elf Zinsscheinen und acht Inhaber-Legitimationsscheinen ausgestattet; sie werden bis zum Erscheinen der endgültigen Stücke in einer Globalurkunde verbrieft, die beim zuständigen Kassenverein hinterlegt wird. Bis zum Vorliegen der Einzelurkunden können Ansprüche auf Auslieferung nicht geltend gemacht werden.

Die Zulassung der Wandelschuldverschreibungen zum Handel und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen ist beantragt worden.

Die Optionspreise zur Ausübung der Option auf Aktien der Deutschen Bank AG aus den Optionsscheinen zu den von der Deutschen Bank Compagnie Financière Luxembourg S.A., Luxemburg, begebenen Optionsanleihen ermäßigen sich infolge der Ausgabe der Wandelschuldverschreibungen nach der in den jeweiligen Optionsbedingungen (§ 7 bzw. § 6) enthaltenen und erläuterten Formel. Die neuen Optionspreise und der Stichtag, von dem ab die ermäßigten Preise gelten, werden im Bundesanzeiger Nr. 157 gesondert bekanntgemacht.

Frankfurt am Main, im August 1984

Der Vorstand

Sie wohnen in

Großbritannien

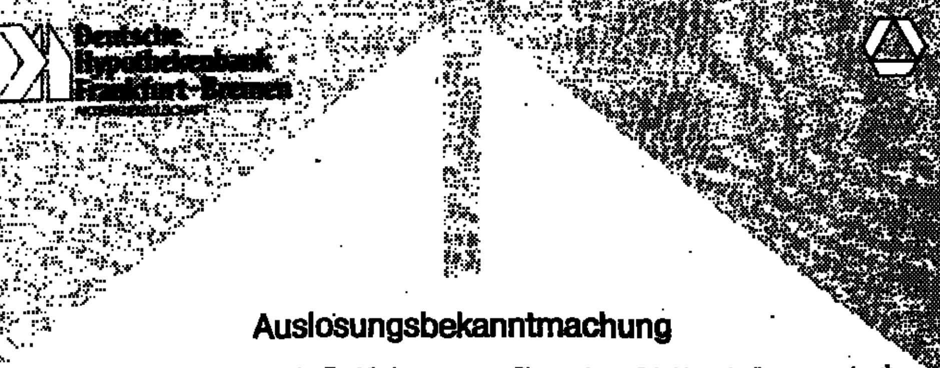
und wollen in der WELT inserieren? Dann wenden Sie sich bitte an folgende Anschrift:

The Axel Springer Publishing Group, Kristian Wentzel
58 Jermyn Street,
London SW1Y 6PA
Tel.: 499/2994/5
Telex: 267 627

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



01-635



Auslosungsbekanntmachung

In der am 20. August 1984 durch den Treuhänder unserer Bank durchgeführten Auslosung sind zur siebten planmäßigen Tilgung per 10. Oktober 1984 bei den 8%igen Kommunal-Schuldverschreibungen

Emission 161 10.10. gzj.
– *Wertpapier-Kenn-Nummer 241 351* –

die Stücke mit den zweistelligen Endnummern

03 09 23 37 46 53 56 59 82 88

gezogen worden.

Die ausgelosten Schuldverschreibungen werden ab 10. Oktober 1984 gegen Einreichung der Stücke mit den Zinsscheinen per 10. Oktober 1985 uff. an unseren Kassen sowie bei allen Banken und Geldinstituten im Bundesgebiet und in West-Berlin zum Nennwert eingelöst.

Der Einlösungsbetrag wird um den Betrag etwa fehlender Zinsscheine gekürzt. Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet am 9. Oktober 1984.

Restantenliste

Von unseren folgenden, gekündigten bzw. verlosten Schuldverschreibungen sind uns bis jetzt noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden:

1. 4% Pfandbriefe
   Emission 59 A/O – 241 015 –
2. 4% Kommunal-Schuldverschreibungen
   Emission 61 A/O – 241 307 –
3. 4% Pfandbriefe
   Emission 56 J/J – 241 012 –
4. 4% Pfandbriefe
   Emission 58 J/J – 241 014 –
   1.–4. sämtliche Stücke über DM 50,– gekündigt zum 1. 10. 1962 bzw. 2. 1. 1963
5. 4% Altsparer Pfandbriefe
   Emission 63 J/J – 241 017 –
   Zertifikate J/J – 241 018 –
6. 4% Altsparer-Kommunal-Schuldverschreibungen
   Emission 64 J/J – 241 308 –
7. 4% Altsparer-Pfandbriefe
   Reihe 31 J/J – 318 023 –
   (5.–7. sämtliche Stücke gekündigt Restkündigung zum 1. 3. 1957 – Zertifikate – bzw. 1. 7. 1976)
8. 6% Kommunal-Schuldverschreibungen
   Emission 72 A/O – 241 312 –
   endfällig am 1. 4. 1984
9. 7,5% Pfandbriefe
   Emission 150 F/A – 241 068 –
   endfällig am 1. 8. 1983
10. 8,5% Kommunal-Schuldverschreibungen
    Emission 164 2. 5. gzj. – 241 354 –
    sämtliche Stücke gekündigt zum 2. 1. 1979
11. 8% Pfandbriefe
    Emission 145 J/J – 241 066 –
12. 8% Kommunal-Schuldverschreibungen
    Emission 149 F/A – 241 344 –
13. 8% Pfandbriefe
    Emission 151 J/J – 241 069 –
14. 8% Pfandbriefe
    Emission 167 F/A – 241 075 –
    11.–14. sämtliche Stücke gekündigt zum 1. 3. 1979
15. 8% Kommunal-Schuldverschreibungen
    Reihe 87 J/J – 318 320 –
    aus Verlosungen und Restkündigung 1. 4. 1979
16. 8% Kommunal-Schuldverschreibungen
    Emission 243 1. 3. gzj. – 241 417 –
    endfällig am 1. 3. 1982
17. 8% Kommunal-Schuldverschreibungen
    Emission 163 M/N – 241 353 –
    endfällig am 1. 11. 1982
18. 7% Pfandbriefe
    Emission 153 A/O – 241 070 –
    endfällig am 1. 4. 1983

Wir bemerken noch, daß aus Teilkündigung bei den nachstehend aufgeführten Emissionen einige Stücke noch nicht zur Einlösung gelangten:

Stücke zu nom. DM 100,– und DM 500,–
5% Pfandbriefe Emission 87 A/O – 241 030 –
5% Pfandbriefe Emission 90 M/N – 241 032 –

Frankfurt am Main – Bremen, im August 1984

Der Vorstand

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

mit vorläufigem Sitz in Luxemburg

6¾% DM-Inhaber-Teilschuldverschreibungen von 1976
– WKN 467 701/4 –

Resteinlösung

Die bisher nicht ausgelosten Teilschuldverschreibungen der

Serie 3 – WKN 467 703 –

mit den Stücknummern 30 001 – 45 000 zu je DM 1.000,–
64 001 – 66 000 zu je DM 5.000,–

im Nennbetrag von DM 25.000.000,– werden zur Rückzahlung zum 1. Dezember 1984 fällig.

Die Einlösung der Stücke erfolgt vom 3. Dezember 1984 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Wertpapiermäntel

a) in der Bundesrepublik Deutschland bei den nachstehend genannten Banken sowie deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken nach Maßgabe der Anleihebedingungen:

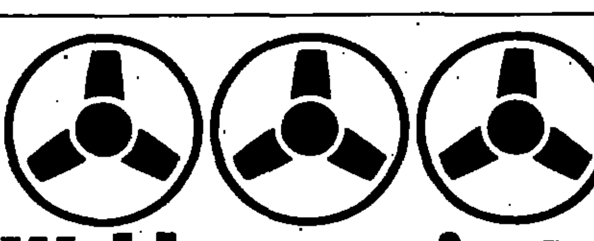
Amsterdam-Rotterdam Bank N.V.
Kredietbank S.A. Luxembourgeoise
Schweizerische Bankgesellschaft
Société Générale
Société Générale de Banque S.A.

Der Zinslauf der Teilschuldverschreibungen endet am 30. November 1984.

Die am 1. Dezember 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den in den Vorjahren ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 1, 2 und 4 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Frankfurt am Main, im August 1984 EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK



Wohltemperierte Zukunft für Sie?

Haben Sie Fachkenntnisse und Verkaufserfahrungen in der Klima-, Lüftungs- und Kältetechnik? Als Regionalverkaufsleiter für Norddeutschland einschließlich Berlin verdienen Sie gut. Diese Aufgabe wartet darauf, daß Sie die Entwicklungschancen wahrnehmen.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 25. August, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK

– Inter-Amerikanische Entwicklungsbank –
Washington, D. C.
6¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1972/II
– WKN 463 161/70 –

Für die am 1. November 1984 fällige Tilgungsrate sind nach § 3 der Anleihebedingungen Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von DM 7 146 000,– für den Tilgungsfonds im Markt zurückgekauft worden, die auf die Tilgungsrate angerechnet werden.

Eine Auslosung findet deshalb in diesem Jahr nicht statt.

Von den im Vorjahr ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serie 5 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Washington, im August 1984

INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK

STADT KOPENHAGEN

6% Deutsche Mark-Anleihe von 1978
– WKN 464 000 –

Für die am 1. November 1984 fällige Tilgungsrate sind nach § 3 der Anleihebedingungen Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von DM 7 500 000,– für den Tilgungsfonds im Markt zurückgekauft worden, die auf die Tilgungsrate angerechnet werden.

Eine Auslosung findet deshalb in diesem Jahr nicht statt.

Kopenhagen, im August 1984

Stadt Kopenhagen

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.
Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu Preisen berechnet, die gegenüber den Anzeigengrundpreisen stark ermäßigt sind.
1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,59.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 335,16 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 195,51 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 111,72 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

01-605

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige

________ mm hoch; ____spaltig zum Preis von DM ________
zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ________
Straße/Nr.: ________
PLZ/Ort: ________
Vorwahl/Telefon: ________
Unterschrift: ________
Der Anzeigentext:



Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Kaufpause am Rentenmarkt

Die Anlagebereitschaft am Rentenmarkt war am Dienstag deutlich geringer als am Wochenbeginn. Im öffentlichen Bereich bröckelten die Kurse etwas ab. Auf Basis der Vortagskurse stand genügend Material zur Verfügung. Wenn als Grund für die Kaufpause der festere Dollar angeführt werde, dann macht das deutlich, daß in Händlerkreisen zur Zeit ein gewisser Überhang vorhanden ist, der zu Nervosität Anlaß zu geben scheint. Pfandbriefe werden auf Vortagsbasis abgegeben, aber auch hier ließ die Nachfrage nach.

Bankschuldverschreib.

	21. 8.	20. 8.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82,5	82,5
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100G	100G
F 7½ Bakola Pf 104	100,45G	100,45G
9 dgl. Pf 106	103,9G	103,9G
10 dgl. Pf 108	108,3G	108,3G
7 dgl. KS 132	96,9G	96,9G
8 dgl. KS 155	100G	100G
9 dgl. KS 169	102,2G	102,2G

Bundesbahn

		21. 8.	20. 8.
F 6 Bdbahn 78 III	11/84	100	100
6½ dgl. 79	2/85	100,05	100,05
8½ dgl. 73	2/85	100,8	100,8

Wandelanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Überwiegend zurückgenommen wurden auch die Kaffeenotierungen. Bei Kakao wurde lediglich der September-Kontrakt höher bewertet, die anderen Notierungen mußten Einbußen hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	20. 8.	17. 8.
Sept.	338,00	344,00
Dez.	354,50	360,50
März	365,00	371,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	20. 8.	17. 8.
St. Lawrence 1 CW	228,05	229,40
Amber Durum	258,30	258,32

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	133,80	134,60

Genußmittel

Kakao New York ($/t)	20. 8.	17. 8.
Terminkontr. Sept.	2185	2180
Dez.	2012	2032
März	2020	2045
Umsatz	–	4756

Zucker New York (c/lb) Kontrakt Nr. 11		
Sept.	4,00	4,15
Okt.	4,22	4,35
Jan.	4,75	4,87
März	5,31	5,45
Mai	5,55	5,74

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

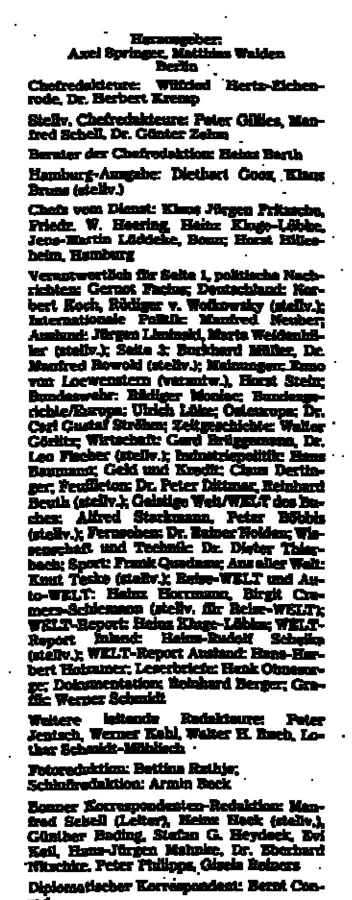
Messingnotierungen

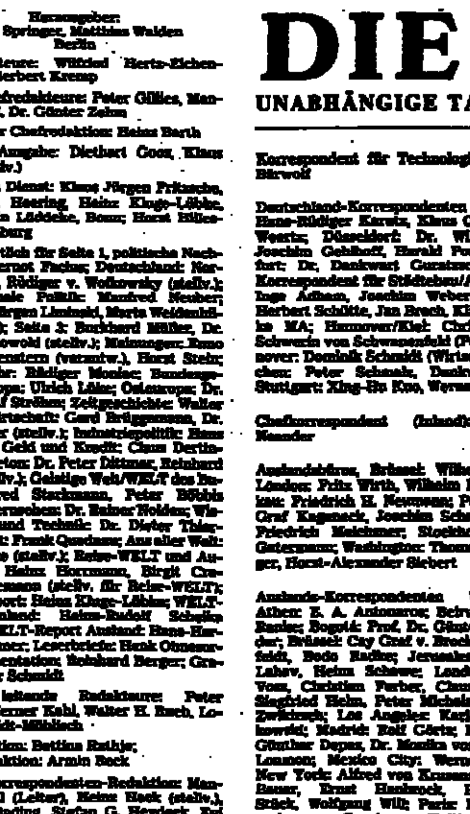
Edelmetalle

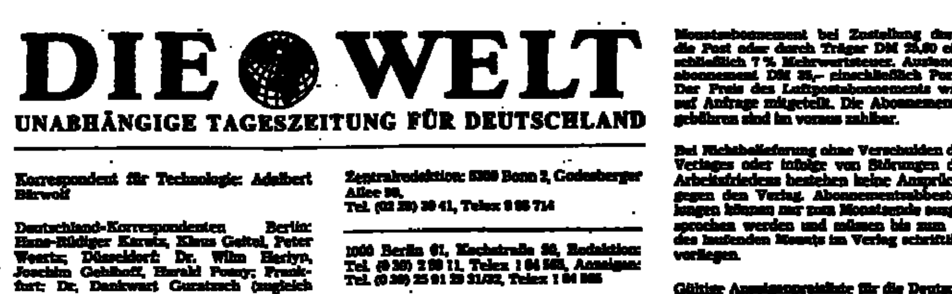
Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse







Zugpferde blieben stehen

Technologieaktien behauptet – Ernüchterung bei Allianz

DW. – Nach den vorangegangenen kräftigen Kurssteigerungen in den Allianz-Aktien und den verschiedenen Technologiepapieren legte der Aktienmarkt am Dienstag eine Atempause ein. Das Kursniveau veränderte sich nur wenig. Bei den Allianz-Aktien kam es allerdings zu einem deutlichen Rückschlag. Er ist die Reaktion auf die Erklärung des Allianz-Vorstandes, wonach es keinen Grund für einen Neubewertung der Allianz-Aktien geben soll. Die Umsätze in den Allianz-Aktien blieben lebhaft.

Bei den Nixdorf-Aktien kam es an der Grenze von 510 DM zu einem Stillstand. Das Ergebnis des ersten Halbjahres 1984 entspricht zwar den hochgesteckten Erwartungen. Dennoch tauschten viele Nixdorf-Aktionäre ihre Papiere gegen Siemens ein, weil Börsengerüchte wissen wollen, daß Siemens möglicherweise für 1983/84 (30.9.) die Dividende von 8 auf 10 DM aufstocken wird. Siemens-Aktien legten daraufhin etwas zu. Großchemieaktien lagen trotz des günstigen Zwischenberichtes von Hoechst nur knapp behauptet. Eine Kaufwelle, wie zum Teil angenommen worden war, hat der Bericht im Chemiebereich nicht ausgelöst. Eine gewisse Kaufbereitschaft ist neuerdings für Bauaktien zu beobachten. Sie wird *mit der Hoffnung begründet, daß* der zur Zeit sinkende Zins die Baukonjunktur beleben könnte.

Düsseldorf: Alexander erhöhten sich um 3,50 DM auf 123,50 DM, Audi NSU zogen um 3 DM auf 255 DM an und Dyckerhoff St. konnten sich ebenfalls um 3 DM auf 195 DM befestigen. Schiess sanken um 4 Dm auf 108 DM, Thüringer Gas fielen um 10 DM auf 300 DM und Allianz Leben verminderten sich um 20 DM auf 3900 DM.

Frankfurt: Dt. Texaco erhöhten sich um 5 DM auf 190 DM, Dywidag zogen um 5 DM auf 167 DM an, Hartmann & Braun Vz. fielen um 7 DM auf 358 DM. Lahmeyer schlossen mit einem Plus von 15 DM auf 355 DM ab und MAN verbesserten sich um 3,50 DM auf 144,50 DM. Ceag schlossen mit plus 3 DM auf 109 DM ab.

Hamburg: Beiersdorf stiegen auf 340 DM plus 5 DM. Unverändert wurden HEW mit 83,10 DM sowie NWK-Vz. mit 162,50 DM gehandelt. Phoenix Gummi begannen zu 115,50 DM und gaaben später auf 115 DM minus 1 DM nach. Triton gingen zu 114 DM minus 2 DM aus dem Markt.

München: Agrob St. und Etienne Aigner ermäßigten sich je um 3 DM und Augsburger Kammgarn gaben um 1 DM auf 80 DM nach. Gehe AG verbesserten sich um 2 DM auf 133 DM und Leonische Draht und Grünzweig zogen jeweils um 4 DM an.

Berlin: Detewe zogen um 10 DM an. Rheinmetall und Schering erholten sich um je 3 DM, Berthold um 3 DM, DUB-Schultheiss und Orenstein um je 1 DM. Herlitz Vz. bröckelten um 1,50 DM und Berliner Kindl um 1 DM ab.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 144,6 (143,7)
WELT-Umsatzindex: 1790 (1650)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 21. 8. 84: 590 Optionen = 32 200 (27 150) Aktien, davon 148 Verkaufsoptionen: = 8150 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-90/6, 10-95/3.4, 10-100/1,8, 1-90/9,6, 4-80/19, 4-100/6,4, BASF 10-150/11,6, 10-160/3,5, 1-16/7,2, 1-150/15, 4-150/19,4, 4-160/11, 4-180/3,4, Bayer 10-160/11, 10-170-5, 10-180/2, 1-160/15,1, 1-170/8,6, 1-180/5, 4-160/18, 4-170/11,4, 4-180/8,4, 4-190/3,7, Bekula 10-95/2, BMW 1-380/23,1, Commerzbank 10-14/14, 10-150/5,4, 10-160/1, 1-160/5, 1-170/2,05, 4-160/7,9, 4-170/4,5, Conti 10-110/10,5, 10-120/3,6, 1-110/14,4, 1-130/3,05, Daimler 10-560/9,9, 1-590/10, Deutsche Bank 10-350/4, 1-340/16,5, Dresdner Bank 4-150/18, 4-170/4, Hoechst 10-170/5,5, 10-180/1,8, 1-160/18, 4-160/19,6, 4-170-12, 4-180/8, Hoesch 10-100/2,5, 1-95/8,1, 1-100/5,9, 4-95/10, 4-100/7, 4-110/4,5, Kaufhof 1-220/10,6, Klöckner 10-55/5, 10-60/2,05, 1-60/4, 1-65/2,1, 4-65/3,4, Lufthansa St. 10-140/12,5, Lufthansa Vz. 1-160/5,2, Mercedes 4-520/7,3, *Mannesmann 10-140/5,4*, 1-150/4,5, 4-150/7, 4-160/3,6-3,4, Siemens 10-390/8, 10-400/5,2, 1-390/20, 4-420/8,2, Thyssen 10-70/7,2, 1-80/3,5, 1-85/3, 4-80/4, 4-85/3,2, Veba 1-170/7,4, 1-180/3,3, VEW 1-120/3,6, VW 10-190/2, 1-180/10,2, 1-200/3, 4-210/4, Alcan 1-80/11,35, Chrysler 10-80/6,65, 10-85/4,25, 10-90/2,15, 1-80/9,8, 4-75/17,5, Elf 4-70/6,6, IBM 10-360/6,9, 1-330/39,75, 1-370/14, Philips 10-38,9/7, 10-40/4, 1-45/2,5, *Royal Dutch 10-130/12*, 1-140/6, Xerox 4-130/3,2. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-85/1, 10-90/2, 10-95/3,5, 1-90/4, BASF 4-150/2,4, Bayer 10-170/2,9, 1-160/1,6, 1-170/4,5, 4-160/2,6, BMW 1-350/3,4, Commerzbank 4-150/6,1, Conti 1-110/1,5, 1-120/5, 4-110/3,3, Daimler 10-530/3,5, 10-550/9,6, 1-530/9, Deutsche Bank 1-320/6, Degussa 10-370/24, Dresdner Bank 1-150/4,9, Harpener 1-270/2,7, Hoechst 1-170/4,5, 4-160/2,6, Klöckner 1-55/3,4, Lufthansa St. 10-150/4,5, 1-150/7,1, Lufthansa Vz. 1-140/4,4, MAN 10-140/3,7, Mercedes 4-450/7,6, Mannesmann 1-140/2,2, Preussag 1-250/11, Schering 4-320/4, Siemens 10-37/1, 10-380/4, 10-390/5,4, 1-370/5, Thyssen 10-75/1,6, 1-75/2,6, Veba 4-160/4, VW 10-170/2,5, 10-180/5,6, 1-160/2, 1-1703,9. Chrysler 10-85/3,9, 4-80/6,2, 4-80/6,2, 4-90/12,6, General Motors 1-200/7, 1-220/10,4, IBM 1-310/2,2, 4-310/5, 4-340/25, Norsk Hydro 1-100/7, Royal Dutch 1-140/6. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.7., 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 21. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr.

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11¾–11⅞	5⅛–5¼	4⅝–4¾
3 Monate	11¾–12	5⅜–5½	4¾–5
6 Monate	12–12¼	5⅞–6⅛	4⅞–5⅛
12 Monate	12⅜–12⅝	6¼–6½	4⅞–5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 21. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1435,00	1784,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1205,00	1465,90
5 US-Dollar (Liberty)	445,00	621,30
1 £ Sovereign alt	230,00	286,00
1 £ Sovereign Elizabeth II.	224,00	278,16
20 belgische Franken	177,00	229,14
10 Rubel Tscherwonez	242,00	302,24
2 südafrikanische Rand	225,00	278,16
Krüger Rand, neu	1013,00	1195,72
Maple Leaf	1013,00	1189,32
Platin Noble Man	1003,00	1183,32
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	243,00	304,38
20 schweiz Franken „Vreneli"	180,00	229,14
20 franz. Franken „Napoléon"	184,00	233,70
100 österr. Kronen (Neuprägung)	933,00	1137,46
20 österr. Kronen (Neuprägung)	186,00	233,70
10 österr. Kronen (Neuprägung)	98,00	128,82
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	442,00	543,78
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	140,22

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

21. 8. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,8788	2,8868	2,8375	2,83	2,92
London¹)	3,782	3,796	3,742	3,73	3,88
Dublin¹)	3,080	3,094	3,030	2,98	3,13
Montreal³)	2,2203	2,2183	2,1766	2,16	2,26
Amsterd.	88,500	88,720	88,47	87,75	89,75
Zürich	119,680	119,880	118,78	118,50	121,25
Brüssel	4,943	4,963	4,885	4,80	5,00
Paris	32,490	32,650	32,080	31,75	33,50
Kopenh.	27,370	27,490	27,080	26,25	28,00
Oslo	34,730	34,850	34,185	33,75	35,50
Stockh.**)	34,410	34,570	33,825	33,25	35,00
Mailand²) **)	1,610	1,620	1,579	1,57	1,67
Wien	14,218	14,258	14,18	14,14	14,38
Madrid**)	1,747	1,757	1,711	1,69	1,81
Lissabon**)	1,905	1,925	1,81	1,55	2,35
Tokio	1,910	1,940	–	1,15	1,21
Helsinki	47,480	47,680	46,34	46,50	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	6,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,4685	2,5225	–	2,10	2,90
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4535	2,4725	–	2,36	2,48
Johannesbg.*)	1,8455	1,8645	–	1,65	1,90

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die weiterhin *angespannte Lage* am *amerikanischen* Geldmarkt, wo Sätze bis 11% für Tagesgeld gestern bewilligt wurden, und die Erwartung, daß es bei der bevorstehenden Sitzung des Federal-Open-Market-Comitees noch nicht zu zinssenkenden Maßnahmen kommen wird, lieferten dem Dollar am 21. 8. eine gute Basis für eine Kurserholung. Bei relativ geringen Umsätzen stieg der Kurs um knapp 1 *Pfg. bis 2,8890 in* der Spitze. Die Bundesbank gab zur amtlichen Notiz zunächst 25 Mill. Dollar bestens und zum Kursausgleich bei 2,8828 weitere 33,85 Mill. ab. Der heutige Betrag stellt die höchste Intervention zum amtlichen Kurs seit dem 20. 7. dar. Freundlich lagen alle nordischen Währungen. Die Aufwärtsbewegung des Yen setzte sich um weitere 25 Punkte auf 1,1925 fort. US-Dollar in: Amsterdam 3,2550; Brüssel 58,25; Paris 8,0785; Mailand 1783,80; Wien 20,2510; Zürich 2,4067; Ir. Pfund/DM 3,087; Pfund/DM 3,789; Pfund/Dollar 1,3143.

Ostmarkkurs am 21. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: *Ankauf* 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die starke Nachfrage nach US-Dollar am Euromarkt führte am 21. August nochmals zu etwas höheren Terminabschlägen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,76/1,60	4,60/4,50	8,80/8,60
Pfund/Dollar	0,12/0,16	0,43/0,47	0,94/0,98
Pfund/DM	2,50/1,10	5,40/4,00	9,40/8,00
FF/DM	25/9	57/41	106/90

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 21. 8.: Tagesgeld 5,50 Prozent; Monatsgeld 5,70–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 5,85–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 21. 8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 21. 8.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,50 (7,45)–9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,99)–8,25 (7,31)–8,50 (7,54)–9,00 (7,79)–9,00 (7,96) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 100,2, Rendite 7,70.

Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht, davon Kenntnis zu geben, daß Herr

Dr. Werner Portugall

am 16. August 1984 völlig unerwartet verstorben ist.

Von 1975 bis 1978 stand uns Herr Dr. Portugall als stellvertretender Vorsitzender, danach bis zu seinem Tode als Mitglied unseres Aufsichtsrates mit seinem wertvollen Rat und seiner reichen Erfahrung bei allen wichtigen Entscheidungen zur Seite.

Mit ihm verlieren wir nicht nur einen umsichtigen Ratgeber, sondern auch einen zuverlässigen und treuen Freund unseres Hauses.

Wir werden seiner stets in Dankbarkeit und Verehrung gedenken.

Viersen, im August 1984

Aufsichtsrat und Vorstand
der
KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT AG

Wir trauern um Herrn

Dr. Werner Portugall

der am 16. August 1984 plötzlich verstorben ist.

Fast zwanzig Jahre lang war Herr Dr. Portugall für unsere Unternehmensgruppe tätig und hat an ihrer Entwicklung erfolgreich mitgearbeitet – als Mitglied der Geschäftsleitung und nach seiner Pensionierung in verschiedenen Beratungsfunktionen im In- und Ausland, wobei er uns aufgrund seines fundierten Wissens wertvolle Dienste geleistet hat.

Wir verlieren in Herrn Dr. Portugall einen guten Freund, mit dem wir menschlich und beruflich bis zu seinem Tode eng verbunden waren. Seine Loyalität und sein Pflichtbewußtsein waren in jeder Hinsicht vorbildlich; seine große Hilfsbereitschaft und sein unermüdliches Engagement bleiben unvergessen.

Wir werden dem Verstorbenen in aufrichtiger Dankbarkeit ein ehrendes Gedenken bewahren.

Unternehmensgruppe TENGELMANN
Gesellschafter, Geschäftsleitung,
Mitarbeiter und Betriebsräte

Wir trauern um meinen lieben Mann, unseren guten Vater und Opa

Hinrich Wulf

* 25. 2. 1918 † 11. 8. 1984

In Liebe und Dankbarkeit
im Namen der Familie
Irmgard Wulf geb. Thomsen
Elke Körs geb. Wulf
Hans Körs
Boris, Anna und Simon

Buchholzer Weg 11 B
2100 Hamburg 90

Die Trauerfeier hat auf Wunsch des Verstorbenen im Familienkreis stattgefunden.

Wir haben die traurige Pflicht, den plötzlichen und völlig unerwarteten Tod unseres hochverehrten Pensionärs und ehemaligen Geschäftsführers

Hinrich Wulf

* 25. 2. 1918 † 11. 8. 1984

bekanntzugeben.

In dankbarer Erinnerung trauern wir um eine große Persönlichkeit, die über viele Jahrzehnte die Geschicke unserer Firma maßgeblich beeinflußt hat.

Gesellschafter, Geschäftsführung
und Belegschaft der Firma
NSA NORWEGISCHE SCHIFFAHRTS-AGENTUR GMBH

Die Trauerfeier hat auf Wunsch des Verstorbenen im Familienkreis stattgefunden.

Am 15. August 1984 verstarb im 83. Lebensjahr an seinem Wohnsitz in Bielefeld

Rechtsanwalt und Notar

Hans Vogt

Vizepräsident der Notarkammer für den Oberlandesgerichtsbezirk Hamm
Vorstandsmitglied der Rechtsanwaltskammer für den Oberlandesgerichtsbezirk Hamm
Inhaber des Verdienstkreuzes I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Er hat mit seiner kraftvollen Persönlichkeit, seiner Weitsicht und seiner Beständigkeit die Arbeit beider Kammern für die Kollegenschaft über ein Vierteljahrhundert geprägt.

Hans Vogt wird uns unvergessen bleiben.

Der Vorstand der Rechtsanwaltskammer Hamm	Der Vorstand der Notarkammer Hamm
Hans-Georg Kirchhof Präsident	**Johannes Stockebrand** Präsident

---

LEICHTATHLETIK / Zu hohe Forderungen: Auch Mögenburg darf heute nicht in Zürich starten

Veranstalter Brügger: „Du brauchst nie mehr zu kommen"

DW. Budapest/Nizza

Enttäuschungen und Absagen in Viareggio, Berlin und Hannover – so begann die Kette der großen internationalen Leichtathletik-Sportfeste in der zweiten Augusthälfte. Doch am Montagabend in Nizza und Budapest kamen die Stars auf Touren, auch wenn es noch keine neuen Weltrekorde gab. Zwei Tage vor der Veranstaltung in Zürich, wo 15 „DDR"-Top-Athleten auf die Olympiasieger von Los Angeles treffen werden, überzeugten vor allem jene, die seit geraumer Zeit zu den konstanten Größen im großen internationalen Leichtathletik-Geschäft gehören. In Budapest sprintete der viermalige amerikanische Olympiasieger Carl Lewis die 100 Meter in 10,05 Sekunden und wurde dafür von 50 000 ungarischen Zuschauern begeistert gefeiert. In Nizza überquerte Dietmar Mögenburg als Sieger im Hochsprung zum fünften Mal hintereinander die Höhe von 2,30 Meter.

Gagen-Poker: Um Mitternacht glühte dann der Telefondraht zwischen Nizza und Zürich. Dietmar Mögenburg erklärte am anderen Ende dem Chef-Organisator des Zürcher Meetings, Res Brügger: „Unter diesen Voraussetzungen komme ich nicht." Das Echo aus Zürich: „Dann brauchst du nie mehr zu kommen." Nachdem Brügger bereits den amerikanischen Hürdenstar Ed Moses wegen überzogener Gagenforderungen abgelehnt hatte (die WELT berichtete), traf es nun auch den Olympiasieger aus Köln. 10 000 Mark Abendgage soll Brügger geboten, Mögenburg aber 25 000 gefordert haben – da ging nichts mehr zusammen. Ein Sprecher des Zürcher Sportfestes zur WELT: „Uns erstaunt vor allem, daß Leute, die seit Jahren zu uns kommen, so kompromißlos sind. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es deshalb nicht bei den Fällen Moses und Mögenburg bleibt."

Die verpaßten Rekorde: Das Fernduell der sowjetischen und französischen Stabhochspringer nimmt auch in diesem Sommer seinen vehementen Fortgang. Nachdem der sowjetische Stabhochspringer Sergej Bubka den Weltrekord auf 5,90 Meter verbessert hat, versuchten sich in Nizza der französische Hallen-Europameister Thierry Vigneron und in Budapest der Sowjetrusse Alexander Krupski an der neuen Weltrekordhöhe von 5,91 Meter – vergeblich. Das Fernduell gewann übrigens Krupski mit 5,82 m, Vigneron genügten in Nizza 5,70 m zum Sieg.

Die geplanten Rekorde: In Los Angeles scheiterte der englische Welt- und Europameister über 1500 m, Steve Cram, auf seiner Spezialstrecke an seinem Landsmann Sebastian Coe. Nun will sich Cram, einer der überragenden Mittelstreckenläufer der letzten zwei Jahre, mit Rekorden schadlos halten. In Budapest stürmte Cram über 1500 m in der Weltklassezeit von 3:33,13 Minuten ins Ziel, was ihm den zweiten Platz in der diesjährigen Weltrangliste einbrachte (Rang eins: 5000-m-Olympiasieger Said Aouita, Marokko, 3:31,54 Min.). Nach dem Rennen verkündete Cram selbstbewußt: „In Zürich gehe ich auf Weltrekord-Jagd." Übrigens: Cram-Bezwinger Coe lief am 15. August 1979 in Zürich einen 1500-m-Weltrekord mit 3:32,1 Minuten. Inzwischen steht die Bestleistung von Steve Ovett (England) bei 3:30,77 Minuten. Wenn es in Zürich mit einem neuen Weltrekord nicht klappen sollte, will Cram es am Freitagabend in Brüssel erneut versuchen. Er will jedenfalls als erster die 1500-Meter-Strecke unter 3:30 Minuten laufen, „denn in dieser Form, in der ich jetzt bin, schaffe ich das".

Joaquim Cruz, der brasilianische Olympiasieger über 800 Meter, kommt indes seinem Vorhaben, am 29. August in Koblenz den Meilen-Weltrekord (1609 m) Sebastian Coes (3:47,33 Min.) aus dem Jahre 1981 zu verbessern, immer näher. Gewissermaßen als Aufgalopp erzielte Cruz in Nizza auf der selten gelaufenen 1000-m-Distanz die Zeit von 2:14,09 Minuten. Damit verfehlte er den Weltrekord Sebastian Coes nur um zwei Sekunden.

Überragend: Es scheint bald so, als könne Jurij Sedych aus der Ukraine den Hammer nur noch über die 85-Meter-Marke hinauswerfen und damit die gesamte Konkurrenz zur Staffage degradieren. In Budapest schleuderte der Olympiasieger von Montreal (1976) und Moskau (1980) das Gerät 85,02 Meter weit. Sedych, der überragende Könner der letzten acht Jahre im Hammerwurf-Ring, hofft nun, daß sein Land 1988 die Olympischen Spiele in Seoul nicht boykottiert, denn er möchte gar zu gern als dreimaliger Olympiasieger in die Sportgeschichte eingehen.

Sicherheit: Harald Schmid aus Gelnhausen – ein Dauerbrenner der internationalen Leichtathletik-Szene. 1978 wurde er in Prag Europameister über 400 m Hürden, 1984 gehört er noch immer zu den Top-Stars. In Nizza gewann er auf seiner Spezialstrecke in 48,26 Sekunden, das ist immerhin die drittbeste Zeit des Jahres. Zu den Geschlagenen gehörten in Nizza die beiden Amerikaner David Patrick und Bart Williams. Hieß es da nicht vor kurzer Zeit noch, die amerikanischen Stars mit Ed Moses an der Spitze würden Schmid zukünftig zu einer Art Punchingball degradieren? In Nizza sah es gar nicht danach aus, und Schmid erklärte nach dem Rennen: „Ich bin sogar noch etwas zögernd angelaufen, weil ich zuerst an einen Fehlstart geglaubt habe."

Ergebnisse

Sportfest in Budapest: Männer: 100 m: 1. Lewis (USA) 10,05 Sek., 2. Kovacs (Ungarn) 10,27. 200 m: 1. Baptiste (USA) 20,29. 400 m: 1. Carlowitz 45,07, 2. Schönlebe (beide „DDR") 45,42. 1500 m: 1. Cram (England) 3:33,13 min. 400 m Hürden: 1. Haukins (USA) 49,28. Stabhochsprung: 1. Krupski (UdSSR) 5,82 m. Hochsprung: 1. Demjanuk (UdSSR) 2,27 m ... 6. Stones (USA) 2,20. Weitsprung: 1. Honey (Australien) 8,27 m. Dreisprung: 1. Betancourt (Kuba) 17,37, 2. Banks (USA) 17,28. Diskuswerfen: 1. Delis (Kuba) 68,60, 2. Bugar (CSSR) 68,48. Hammerwerfen: 1. Sedych (UdSSR) 85,02, Speerwerfen: 1. Hohn 93,16, Michel (beide „DDR") 91,38. Frauen: 100 m: 1. Auerswald („DDR") 11,11 Sek., 2. Williams (USA) 11,26. 400 m: 1. Kocembova 49,23, 2. Kratochvilova (beide CSSR) 49,35. Hochsprung: Costa (Kuba) 1,94, 2. Andonova (Bulgarien) 1,94, 3. Komsa (Polen) 1,94. Weitsprung: 1. Wlodarczyk (Polen) 6,81, 2. Carol Lewis (USA) 6,78, 3. Großhennig („DDR") 6,77. Kugelstoßen: 1. Fibingerova (CSSR) 21,03.

Sportfest in Nizza: Männer: 100 m: 1. Smith (USA) 10,28 Sek. 400 m: 1. Babers (USA) 45,15. 800 m: 1. Robinson (USA) 1:44,71 Min., 2. Guimaraes (Brasilien) 1:44,74. 1000 m: 1. Cruz (Brasilien) 2:14,09 (Jahresbestzeit). 110 m Hürden: 1. Kingdom 13,19 Sek., 2. Campbell (beide USA) 13,34. 400 m Hürden: 1. Schmid (Deutschland) 48,26, 2. Patrick 49,35. Hochsprung: 1. Mögenburg (Deutschland) 2,30 m, 2. Sjöberg (Schweden) 2,28. Stabhochsprung: 1. Vigneron (Frankreich) 5,70. Frauen: 100 m: 1. Ottey (Jamaika) 11,19 Sek., 2. Cheeseborough (USA) 11,26. 200 m: 1. Cook (Großbritannien) 22,21. Hochsprung: 1. Brill (Kanada) 1,96 m, 2. Meyfarth 1,90.

Der „Neue" bei der ZDF-Hitparade: Victor Worms löst Dieter Thomas Heck ab

In die Bildmitte der Nation gerückt

Einer der großen Fernseh-Erbhöfe stand zur personalpolitischen Disposition, als Dieter Thomas Heck seine Demission ankündigte: Die einen denunzierten Heck (47) stets als das „personifizierte Megaphon eines repressiven Schlagerschwachsinns" (Frankfurter Rundschau), die Boulevardpresse, stets um Themen verlegen, nörgelte, ... „der Moderator geht nun auf die 50 zu – für junge Schlager zu betagt" (so die „tz").

Kaum hatte der Moderator den Rückzug aus dem Schlagerrennen angezeigt, ließ sich ZDF-Unterhaltungschef Wolfgang Penk (46) Bänder und Bilder kommen, um nach „einem neuen, unverbrauchten Gesicht auszuschauen". Penk: „Ich habe mir natürlich vor allem Moderatoren angesehen, die bei einem privaten Sender wie RTL live arbeiten müssen. Und da stand es bei mir nach einigen Wochen fest: Victor Worms ist der Mann für uns."

Victor Worms, am 30. 8. 1959 in Düsseldorf geboren, wollte eigentlich ins Zeitungsgewerbe. Da sich aber kein Volontariat nach dem Abitur finden ließ, schaute er bei RTL einmal vorbei. Frank Elstner, damals Chef des deutschsprachigen Radioprogramms von RTL, lud ihn zu einer Sprechprobe ein. Worms: „Und daraus wurde ein festes Engagement. Das war im Oktober 1979."

Mit der Premiere des deutschsprachigen Privat-Fernsehens von RTL-plus im Januar dieses Jahres öffnete sich für Victor Worms auch die Tür zum Bildschirm – so moderiert er jetzt die Sendung RTL-Löwenjagd. Bei RTL hatte er auch Tuchfühlung mit Thomas Gottschalk, dessen Sendungen er redaktionell betreute. Der Abschied von RTL fällt Worms nicht leicht. „Andererseits ist die Chance, in die Bildmitte der Nation gerückt zu werden, zu groß, zu reizvoll, um sie ablehnen zu können."

So leichtfüßig, wie sich der Sonnyboy auch gibt („Ich springe ins kalte Wasser"), so schwerfällig ist jenes Ritual des ZDF geworden, das seit dem 18. 1. 1969 den Schlagergeschmack der Nation zum merkantilen Hochgefühl der Schall- und Showfabrikanten mitgeprägt hat.

Vor zehn Jahren, als es noch keine Leerkassettenplage gab, die den Plattendrehern das Geschäft leerfegt, galt die Faustregel: Ein Titel, der in Hecks Hitküche bruzzelt, bringt es nach der Sendung auf 50 000 Singleverkäufe. Den fetten Jahren der Schallplatte sind die dünnen Tonträgertage von heute gefolgt: Der Fachhandel beklagt in diesem Jahr ein Minus von zehn Prozent.

Hat keine Angst vorm Sprung ins kalte Wasser: Heck-Nachfolger Victor Worms FOTO: DIE WELT

Die Plattenfirmen, die immer noch laut Gold verleihen und leise die Minusbilanzen vor sich hinmurmeln, wissen: Ihre Ware liegt wie Blei in den Regalen. Schmalhans heißt der Klängemeister: Der Geldbeutel bleibt bei Platten zugeschnürt – die Teenies schneiden sich ihre Hits lieber auf die billige Leerkassette um. Das kostet fünf statt 20 Mark.

Victor Worms, der in diese soundstrategischen Überlegungen einbezogen wurde, weiß natürlich, daß die ZDF-Hitparade, an der schon so (zu) oft herumgebastetl wurde, mit Dieter Thomas Heck identifiziert wird. Worms: „Heck ist ein Denkmal. Aber der Zuschauer wird einen Typ wie mich schon verkraften. Ich tue mein Bestes."

Zeitungs-Vielleser Worms wird von keinerlei Komplexen geplagt, bejaht den deutschsprachigen Schlager und wirkt so suggestiv jungenhaft, daß ihm möglicherweise der Sprung ins Wasser glückt. Aber er muß sich darüber im klaren sein, daß er mit dieser im Grunde veralteten, anachronistischen Hitparade gegen den Strom der neuen Medien schwimmt, die sich polyglott über den Pop-Provinzialismus hinwegsetzen werden.

Das ZDF täte besser daran, den Teenies ein Fenster nach draußen aufzutun, wo Töne zu Trends gemacht werden: in England und den USA. Denn nur wer internationalen Standard erkennt und erfährt, ist imstande, hierzulande wie Spliff oder Siegel im Konkurrenzkonzert mitzuhalten.

REGINALD RUDORF

KRITIK

Kakerlaken vor der Kamera

Der Titel des Reisefeuilletons ist irreführend, er läßt an den unsterblichen Münchner Dienstmann Alois denken, der nach einem jachen Schlaganfall im Himmel sein Unwesen treibt. Also nicht Ein Münchner im Himmel von Ludwig Thoma, sondern **Ein Münchner in New York** von Wolfgang Fischer (ARD). Doch wenn man den Unterschied akzeptiert, amüsiert man sich schon.

Der Fischer macht sich erst gar nicht die Mühe, etwa ein geistiges oder ungeistiges München oder Schneizlreuth in der amerikanischen Riesenstadt nachzubauen, er beschränkt sich auf das Aufspüren der heiteren bis erstaunlichen Besonderheiten, läßt die Kamera auf die Kakerlaken (oder umgekehrt) los, treibt einen Landsmann auf, der sein Glück mit deutschen Schnellwürsten macht, führt kuriose Erfindungen vor – und man ist's zufrieden.

New York ist so groß und so reich an Besonderheiten, daß Fischer noch lange so wirken kann. Da braucht er gar nicht betont bayerisch zu werden. Schön wär's freilich, wenn Bayern etwas stärker durchschlüge; und die Brücke zwischen Coney Island und der Publinger Au zu schlagen ist gewiß eine Reise wert.

VALENTIN POLCUCH

Die Maskerade des Erlösers

Keinen Zweifel ließ die Autorin Maria Neocleous daran, worum es ihr mit dem ersten Beitrag des Dreiteilers **Weisheit aus dem Osten** (ZDF) ging: die Demaskierung des Gurus Thakarsingh, selbsternannter Meister, Erlöser von eigenen Gnaden. Ein Guru, der sich wahrlich als lohnenswertes Objekt kritischer Recherche entpuppte. Da ließen sich dann auch all jene Urteile bestätigen, die nicht vernebelte Gemüter gerne gegen die heilsverheißenden Softies aus Indien ins Feld führen.

Mit Sanftmut in der Stimme und den Blick in erleuchtete Ferne gerichtet präsentierte sich ein Guru, dessen Legitimation im dunkeln liegt, dessen pseudoreligiöse Botschaft mit übelster synkretischer Verunstaltung geziert ist. Daß derlei Brimborium nur selten mit der Wirklichkeit in Einklang steht, offenbarte die Autorin mit akribischer Genauigkeit. Psychoterror, Fehltritte des Meister, undurchsichtiges Finanzgebaren und sonstige Ungereimtheiten brachten an den Tag, daß diese Heilslehre vor allem materielle Berechnung als Maß aller Dinge kennt. Am Ende blieb nur das Bild eines Scharlatans, über dessen Maskerade man nicht mehr lachen kann.

Doch wer sich dann nach diesem Film auf derlei gesicherter Erkenntnis beruhigt im Sessel zurücklehnte, hatte sich, wie auch leider die Autorin, zu früh zufrieden gegeben. Ähnlich beiläufig, wie sie mit der Kamera umging und Bilder produzierte, die nur Randwerk des eindringlichen Kommentars waren, überging sie beinahe gänzlich die Frage danach, was denn eigentlich diese Heilslehren für aufgeklärte Mitteleuropäer so anziehend macht, warum manch hartgesottener Rationalist im Angesicht eines Gurus der Mystik anheim fällt. Da scheint doch ein Nerv der Zeit getroffen im Vakuum einer unerfüllten Sehnsucht.

Wer die wachsende Zahl der Anhängerschar fernöstlicher Gurus vor Augen hat, wird den Versuch einer Antwort auf diese Frage anmahnen müssen. Da bleibt zu hoffen, daß die noch folgenden Beiträge mehr Aufschluß geben werden.

WOLFGANG WISCHMEYER

NACHRICHTEN

Beckenbauer reist

Düsseldorf (sid) – Der neue Teamchef Franz Beckenbauer fliegt heute nach Malmö, um sich das Fußball-Länderspiel Schweden gegen Mexiko anzusehen. Die Schweden sind am 17. Oktober in Köln erster Qualifikationsgegner der deutschen Mannschaft für die Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko.

Rekordpreis gezahlt

Deauville (dpa) – Ein arabischer Gestütsbesitzer hat in Deauville (Normandie) einen Rekordpreis für ein Nachwuchs-Rennpferd gezahlt. Ein Vertreter von Scheich Mohammed Al Maktoum ersteigerte die Stute Shirley Heights für umgerechnet rund 2,4 Millionen Mark.

Engländer starb

Lüttich (dpa) – Der englische Motorbootfahrer Tom Percivalist erlag in einem Lütticher Krankenhaus seinen schweren Verletzungen, die er sich am Sonntag bei einem Formel-1-Motorbootrennen zugezogen hatte. Das Boot des Engländers hatte sich bei einer Geschwindigkeit von 201 Stundenkilometern überschlagen.

Kohde auf Platz fünf

New York (sid) – Die Amerikanerin Martina Navratilova führt in der Grand-Prix-Wertung mit 1900 Punkten vor ihrer Landsmännin Chris Evert-Lloyd (1700). Claudia Kohde, Weltranglisten-Siebte aus Saarbrükken, belegt mit 775 Punkten den fünften Platz. Bei den Herren führt der Amerikaner John McEnroe mit 2318 Punkten vor seinem Landsmann Jimmy Connors (1788).

Wieder Navratilova

New York (sid) – Die 27 Jahre alte Wimbledonsiegerin Martina Navratilova (USA) wurde von der „Women's Tennis Association" zum dritten Mal in Folge und zum fünften Mal insgesamt zur „Tennis-Spielerin des Jahres" gewählt. Kathy Jordan (USA) wird den Preis für die am meisten verbesserte Spielerin erhalten, die 17 Jahre alte Bulgarin Manuela Maleeva die Auszeichnung für die Aufsteigerin des Jahres.

FUSSBALL / Managervertrag unterschrieben

Felix Magath: „In zwei Jahren bin ich eingearbeitet"

sid, **Hamburg**

Der Hamburger SV, deutscher Vizemeister, hat für ein Novum in der Geschichte der Fußball-Bundesliga gesorgt. Felix Magath, 31 Jahre alter Spielmacher des ehemaligen Europapokalsiegers, wird der erste aktive Lizenzspieler sein, der bereits vor dem Ende seiner Karriere einen Managervertrag unterzeichnet hat.

Nach seiner Laufbahn als Spieler, die am 30. Juni 1986 endet, wird der Weltmeisterschafts-Teilnehmer von 1982 den Managerstuhl von Günter Netzer beim Hamburger SV übernehmen. Der 24 malige Nationalspieler, den Franz Beckenbauer, der neue Teamchef, in die Nationalmannschaft zurückholen will, hat bereits einen Fünf-Jahresvertrag als Manager bis 1991 unterschrieben.

Wolfgang Klein, Präsident des Hamburger SV, stellte fest: „Wir haben damit eine langfristige und notwendige Lösung gefunden. Wir wollen in Zukunft mehr Gewicht auf das Management legen und die ehrenamtlichen Präsidiumsmitglieder entlasten." Die Idee mit Magath als Nachfolger von Günter Netzer hatte der Hamburger Manager selbst, der 1986 aus dem Amt scheiden wird. Netzer: „Was ich dann mache, das weiß ich noch nicht. Aber eines ist sicher: Wenn ich den HSV verlasse, wird es keinen Fußball-Manager Netzer mehr geben. Ich werde mir eine andere Aufgabe suchen."

In den nächsten zwei Jahren will Netzer seinen Nachfolger einarbeiten. Günter Netzer: „Meine Vorausetzungen waren wesentlich schlechter als die von Magath. Als ich damsl zum HSV kam, hatte ich das Image des Playboys. Mehr nicht. Ich bin damals praktisch ins kalte Wasser geworfen worden."

Der Hamburger Spielmacher gab zu, daß seine berufliche Zukunft bei den letzten Vertragsverhandlungen eine wichtige Rolle gespielt haben. Magath: „Ich habe immer schon im Kopf gehabt, nach meiner Spieler-Laufbahn im Fußball drin zu bleiben und etwas in dieser Richtung zu machen." Günter Netzer dagegen wird sich wahrscheinlich einem anderen Aufgabengebiet zu wenden. Er sagt: „Ich habe mein ganzes Leben nur Fußball gemacht und muß irgendwann einmal etwas anderes zu, vielleicht auch einmal anders leben."

Felix Magath, der seinen Posten als Kapitän der HSV-Mannschaft freiwillig zur Verfügung stellte, um bei dem Spieler/Manager-Vertrag nicht in Interessenskollisionen zu geraten, bekannte ehrlich, daß er zur Zeit für den Managerposten noch nicht gerüstet sei. „Ich bin überzeugt, daß ich in zwei Jahren aber so weit bin. Ich habe in Netzer ein gutes Vorbild", sagte Magath, an dessen Stelle Ditmar Jakobs in Zukunft HSV-Kapitän sein wird.

Schwierigkeiten durch die Zweigleisigkeit sieht Magath nicht auf sich zukommen: „Ich werde beide Gebiete strikt voneinander abgrenzen. Zwei Jahre bin ich in erster Linie noch Spieler." Auch seine geplante Rückkehr in die Nationalmannschaft sieht er durch die neue Entwicklung nicht gefährdet.

Die Nachfolgelösung für Netzer könnte auch Trainer Ernst Happel animieren, seinen bis 1985 laufenden Vertrag beim HSV zu verlängern. „Ich sehe in dem Vertragsabschluß mit Magath sogar gute Voraussetzungen dafür. Happel kennt die Qualifikation von Magath und wird mit ihm auch als Manager genausogut zusammenarbeiten können wie in der letzten Saison als Kapitän", sagte Netzer.

Netzer hält den 58jährigen Wiener für einen so guten Trainer, daß er ihm „einen lebenslangen Vertrag" geben würde. Netzers hauptsächliches Problem, das er in den nächsten beiden Jahren zusammen mit Magath angehen will, wird es sein, geeignete Nachfolger für die Leistungsträger Magath, Jakobs und Kaltz zu finden.

GOLF

Krank: Langer liegt im Bett

GERD A. BOLZE, **Frankfurt**

Während die Arrivierten unter den Golf-Globetrottern in Frankfurt eintrafen und ihre ersten Übungsrunden für die am Donnerstag beginnende „Lufthansa – Offene deutsche Meisterschaft" spielten, konnten drei Tage vorher schon 114 der gemeldeten 297 Teilnehmer aus 29 Nationen wieder die Heimreise antreten, ohne die Frankfurter Anlage überhaupt gesehen zu haben.

Sie mußten in Hanau durch die gefürchtete Montags-Qualifikation, wo über nur 18 Löcher 167 Pros und acht Amateure um nur noch 58 freie Plätze im Hauptfeld kämpften, das auf 130 Pros plus Amateure begrenzt ist. Diese schafften 60 Pros und nur ein Amateur, die 74 Schläge und besser spielten, bei schwerem Hanauer Platzstandard und Par von 73.

Die Qualifikationsbesten waren der Italiener Baldouvino Dassu und der Engländer Peter Barber mit großartigen 67 Schlägen vor dem im deutschen Klub in Wegberg tätigen Holländer Edger Theeuwen mit 69.

Von dieser Montags-Qualifikation befreit waren nach einem genau festgelegten Modus bisheriger Erfolge und Ranglistenplätze 74 Pros und vier Amateure, so daß am Donnerstag 139 Golfer (134 Pros und fünf Amateure) den 4tägigen 72-Löcher-Kampf um die fast verdoppelte Preisgeldsumme von 400 000 DM (Vorjahr 265 000 DM) aufnehmen.

Das heißt, Geld kassieren davon nur die besten 65 Pros, die nach 36 Löchern am Samstag und Sonntag nur noch weiter spielen dürfen. Diesmal wird mit 66 660 DM der Sieg, mit 44 400 DM der zweite, 25 020 DM der dritte Platz honoriert.

Einige Sorgen macht man sich um den deutschen Star Bernhard Langer (Anhausen), der als erster Deutscher 1981 und 1982 diese zum 50. Mal ausgespielte „German Open" gewann, denn der 27jährige laboriert schon seit Wochen an einer Nebenhöhlenentzündung und muß im Bett liegen.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: SV Distelhausen/SV Wittighausen – SV Waldhof Mannheim 1:9, Bezirks-Auswahl Marburg – Eintracht Frankfurt 1:4.

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Kanada in Montreal, Damen, erste Runde: Bunge (Deutschland) – Benjamin (USA) 5:7, 7:5, 6:1.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 923 404,90 Mark, 2. 110 808,50, 3. 6092,80, 4. 77,70, 5. 7,90. – **Elferwette:** Klasse 1: 11 378,90, 2. 382,90, 3. 33,20. – **„6 aus 45":** Klasse 1: 525 768,80, 2. 61 074,70, 3. 4738,50, 4. 78,10, 5. 6,40. – **Rennquintett, Rennen A:** Klasse 1: 669,90, 2. 316,80. – **Rennen B:** Klasse 1: 257,60, 2. 38,40. Kombinations-Gewinn unbesetzt, Jackpot: 378 365,60. (Ohne Gewähr).

STAND ● PUNKT / *Wer ist denn nun Experte?*

Nun tippen sie wieder: Skatbrüder und Mannschaftskapitäne, Altbundestrainer und solche, die es nie werden. Landauf, landab fomiert sich eine einzige große Gemeinschaft von Prognostikern, denn am Wochenende geht's wieder los: 22. Saison der Fußball-Bundesliga. Und alle Jahre wiederholt sich das gleiche Spielchen: Na, wer wird denn wohl Meister?

Das wiederum führt zu Statistiken sonderbaren Zuschnitts, denn Ordnung muß schließlich herrschen in diesem Umfrage-Karussell. Der Sport-Informationsdienst Düsseldorf zum Beispiel hat gestern die Herren Mannschaftskapitäne um Aussagen bemüht. Das Ergebnis soll nicht verheimlicht werden: 16 Spielführer tippen den VfB Stuttgart als alten und neuen Meister. Wenn anschließend die nächste Umfrage unter den Mittelstürmern grassiert und das Ergebnis von dem der Mannschaftsführer abweicht, was dann? Dann ließe sich daraus ein interessantes Mittel errechnen, freilich unter Hinzuziehung der Stimmen aller rechten Stammverteidiger und der der zweiten Torhüter.

Wer dazu noch Volkes Stimme hören will, starte zusätzlich eine Umfrage unter der Vereinigung mittelrheinischer Rohrleger und südhessischer Drahtflechter. Sollte sich das Ergebnis als einseitig erweisen, wäre ein solcher Fragebogen auch an alle deutschen Heldentenöre zu verschicken, freilich auch an deren Chorknaben.

Zuviel des Aufwandes? Wohl kaum, denn solcherart volksbegehrlicher Unsinn wird schließlich nicht nur in diesem Lande verzapft. Das können die Franzosen, wenn es um die Tour de France geht, auch sehr schön oder die Holländer vor einer Eisschnellauf-Weltmeisterschaft. Da war das Königshaus manchmal anderer Meinung als das Kabinett.

Zugegeben, die Sache hat auch ihren Reiz. Und würde man die Umfragen auf Expertenrunden beschränken, gäbe es auch wieder böses Blut. Denn wer ist denn nun eigentlich Experte? KLAUS BLUME



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Ehen vor Gericht
Von R. Essberger
11.55 Umschau
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Siebenschön
Puppenspiel der Kleinen Bühne
15.30 Der Spatz vom Wallrafplatz
16.00 Tagesschau
16.10 Gesucht wird ...
Ein ganz gewöhnlicher Millionenschwindel
16.55 Die rote Zora und ihre Bande
17.25 Doctor Snuggles
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Schlemmerorgie
Filmkomödie von Peter Stone (1977)
Mit George Sogel, Jacqueline Bisset u. a.
Regie: Ted Kotcheff
Drei Köche und eine Köchin, die bei einem Festbankett für die Königin von England ihr Können trefflich unter Beweis stellen, werden für die Wahl der „Besten Köche des Jahres" nominiert. Doch dadurch geraten alle in Gefahr, denn ein Unbekannter will ihnen den Ruhm nicht gönnen.
22.00 Tagesthemen
22.30 Internationales Leichtathletik-Sportfest
Aufzeichnung vom selben Abend aus dem Letzigrund-Stadion in Zürich
23.30 Doris Bierett: „Unter der Laterne"
Ein literarisch-lockerer Abend im Milieu
Musikalische Leitung und am Flügel: Christoph Rueger
0.30 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Wie sechs Finger an der Hand
15.25 Trickbonbons
15.35 Ferienkalender
15.55 Madita
16.20 Lassies Abenteuer
In Handfords Point (3)
16.45 Breakdance
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.05 Der lange Treck
In der Wüste
19.00 heute
19.30 Na sowas!
20.15 ZDF Magazin
Vorgesehene Themen: Die Fälschung im „stern" / Deutsche Frage weiter offen / Lufthansa in Privatbesitz?
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Die 2
Das Alptraumschlößchen
21.45 heute-journal
22.05 Mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
22.10 Reisebilder aus der DDR
Mecklenburg – das verspätete Land
Film von Günther Geisler
22.40 Die Verleugnung
Fernsehspiel
Regie: Noël Burch
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
23.35 Maigret
Nach Georges Simenon
Maigret in Arizona
1.05 heute



Eine kleine Pause bei der Vorbereitung für das königliche Festmahl leisten sich Jacqueline Bisset und Jean-Pierre Cassel (Die Schlemmerorgie – ARD, 20.15 Uhr) FOTO: HIPP

III.

WEST
17.30 Schulfernsehen
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Klamottenkiste:
Harold Lloyd in:
Der Platzanweiser
Die lieben Nachbarn
19.00 Was ich immer schon mal fragen wollte
Wie hat ihn der Erfolg verändert, wie steht er zur Gewalt, wie hält er es mit der Kirche – das waren einige der Themen, über die fünf Jugendliche mit Udo Lindenberg sprachen.

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
Live aus Harburg
21.45 Als die weißen Geister kamen
Wie die Papuas vor 50 Jahren ihre Entdecker erlebten
Ein Film von Bob Connolly und Robin Anderson
22.30 Haute Couture
Französischer Spielfilm (1944)
0.15 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 45 Fieber (5)
20.15 Wanderungen durch die DDR
21.00 Der Schrecken schleicht durch die Nacht
Amerikanischer Science-fiction-Film (1958)
22.15 Jack Arnold erzählt (7)
22.30 Die Internationale (3)
Der Weltbürgerkrieg
23.15 Nachrichten

BAYERN
19.00 Unterhaltung am Mittwochabend
19.30 Ein Original wird 70
Zum Jubiläum des Blasius – alias Sigi Sommer
20.00 Ein Herz und eine Seele
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Giganten der Geschwindigkeit
22.45 Z. E. N.
22.50 Der Lack ist ab
23.20 Rundschau

Myrte im Brustbeutel

eka – Im „Land, wo die Zitronen blühen", von Banditen überfallen zu werden ist ein Erlebnis, das schon so manchem Reisenden zuteil wurde. Bislang war man immer geneigt, diese Vorkommnisse als unangenehm einzustufen und als Mißgeschick abzubuchen. Aber das ist nicht richtig. Diese Betrachtungsweise läßt zwei Überlieferungen außer acht. Die eine, daß es eine noble Tradition alter Kulturvölker ist – das Land der blühenden Zitronen gehört dazu –, dem Gast zu bieten, was er wirklich begehrt. Die andere – und die korrespondiert damit –, daß jeder Reisende eine Abenteurernatur ist, daß er das Ungewöhnliche, Überraschende erwartet und sucht.

Um dieses Bedürfnis zu befriedigen – und nur aus diesem Grund – werden Brieftaschen entwendet, Fahrzeuge geknackt, wird Schmuck geraubt. Auch das Niederschlagen von Feriengästen dient einzig dem Ziel, unbekannte Gefühlswelten zu vermitteln, denn kein Kriminalroman vermag nur annähernd den Schauder zu erzeugen, den ein vom Leib gerissener Brustbeutel aufkommen läßt. Auf diese Weise aus dem üblichen Freizeittrott gebracht, erlebnisgetränkt und mit Erzählenswertem versorgt, werden die Urlauber im nächsten Jahr noch eiliger die Grenze zum Land, „wo still die Myrte und hoch der Lorbeer steht", überschreiten.

Daß den italienischen Fremdenverkehrsverbänden für dieses Bemühen, Touristen neue Reize zuzuführen, bislang in keiner Stellungnahme, in keinem Prospekt oder einer sonstigen Veröffentlichung deutscher Reiseunternehmer gedankt wurde, ist ein Versäumnis. Es sei deshalb hiermit ein wenig gemildert – bei allem Verständnis dafür, daß Diskretion vonnöten ist.

Trotzdem sei eine Anregung nicht verschwiegen. Wie wäre es, wenn sich Italiens Fremdenverkehrswirtschaft mit einem kleinen Gastgeschenk, das jedem Fremden ausgehändigt wird, verabschiedete? Einem Tüchlein zum Beispiel mit der Inschrift: „Und Marmorbilder stehen und schaun dich an, / was hat man dir, du armes Kind, getan."

„Wallfahrt kennt keine Grenzen" in München

Fremdlinge, Pilger sind wir alle

„Bin ich Steffan Baumgartner mit dem Fürsten, Hertzog Heinrich zu Sachssen, nach dem Heyligen grab geraist ...", liest man auf einer Pergamenthandschrift aus dem Jahre 1498, die von der Jerusalemfahrt des Herzogs Heinrich des Frommen von Sachsen berichtet. Daneben liegt eine handgeschriebene Urkunde aus Santiago de Compostela von 1412. Sie bestätigt dem Edlen Herrn Johannes Scoenyous aus Mecheln, der einen Mann namens Arnold Bau erschlagen hat und deshalb seine Pilgerfahrt antreten mußte, daß er „peregrinaciones suas bene ac perfecto peregisse", also von seiner Schuld entbunden ist. Diese frommen Dokumente, herübergerettet über die Jahrhunderte, sind jetzt in der Münchner Ausstellung „Wallfahrt kennt keine Grenzen" im Bayerischen Nationalmuseum zu sehen.

Mit insgesamt 472 Beispielen – kostbaren Skulpturen, Gemälden, Kupferstichen, Kleidungsstücken, Münzen und anderen sehr verschiedenartigen Objekten – wird das außerordentliche Phänomen der christlichen Wallfahrt dokumentiert. Doch so einfach sich diese Ausstellung auch auf den ersten Blick darbietet, so naiv manche dieser Devotionalien auch anmuten mögen, der Besucher spürt sehr bald, daß es hier um viel mehr geht, um einen Ausdruck volkstümlicher Religiosität, die ungeachtet aller „modernen Theologien" noch heute ihre Kraft nicht verloren hat.

Dem puristischen Volkskundler wie dem säkularisierten Historiker – soweit es diese Spezies, die wissenschaftliche Offenheit durch Vorurteile eingrenzt, überhaupt gibt – muß die letzte Dimension verborgen bleiben, denn das Phänomen Wallfahrt – und damit diese Ausstellung – setzt Verständnis für das Wesen des Christentums voraus. In den Wallfahrten kommt ein tiefer Glaube zum Ausdruck, die Bereitschaft, für begangene Fehler zu büßen und Verzeihung für Schuld zu erlangen, aber auch für glückliche Vorkommnisse zu danken und um Hilfe, Heilung und Gnade für den weiteren Lebensverlauf zu bitten.

Es ist anrührend und erstaunlich, wenn man sieht, wie durch all die Jahrhunderte hindurch bis hinein in unsere Tage Scharen gläubiger Menschen mit einem außerordentlichen Mut und der Bereitschaft, Entbehrungen auf sich nehmen, um ihr Ziel zu erreichen, Wallfahrten unternahmen. Im Mittelalter waren diese weiten Reisen mit kaum vorstellbaren körperlichen Strapazen verbunden, mitunter verstärkt durch asketische Bußübungen oder die Verpflichtung, sich auf demütigende Weise, nämlich durch Betteln, ans Ziel zu bringen, immer von dem Bewußtsein begleitet, daß eine Rückkehr in die Heimat ungewiß war.

Wallfahren – das Verlassen der Heimat, der Gang in die Fremde, die Einkehr am heiligen Ort – ist also auch als konkrete, zeitlich und räumlich orientierte Gestaltung der überzeitlichen Idee des „homo viator", des Menschen zu sehen, der als Fremder und Pilger in dieser Welt dem himmlischen Jerusalem entgegenstrebt. Diese verinnerlichte Welt drängt jedoch schon immer nach handgreiflichen, nach wahrnehmbaren Dingen, nach konkreten Stätten, wo man auf die Heiligen, auf das Heil traf.

Der Hauptteil dieser Ausstellung ist deshalb den großen Pilgerorten – Jerusalem, Rom und Santiago de Compostela – gewidmet. Die ersten christlichen Pilger strebten an die Stätten des Wirkens und Leidens Jesu im Heiligen Land und an die Gräber der Apostel Petrus und Paulus in Rom. Später kamen dann die Grabstätten der frühen Märtyrer hinzu. Vor allem am Beispiel Jerusalems wird die historische Entwicklung verdeutlicht: Ein Idealmodell der Stadt, von dem Straubinger Drechsler Jakob Sandtner um 1570 aus Lindenholz geschaffen, zeigt eine kunstvolle Rekonstruktion der antiken Stadt, die allerdings keinen Wert auf topographische Richtigkeit legt: ein flaches, kubisches Häusergeviert, dazwischen das herausragendste Gebäude, der goldene Tempel auf einem durch mächtige Konstruktionen gestützten Plateau. Daneben sorgfältig gearbeitete Modelle der Grabkapelle aus dunklem Olivenholz, verziert mit Perlmutterintarsien, die als Pilgerandenken ins Abendland gebracht wurden. Geschaffen wurden sie unter Aufsicht der Franziskaner, die im Heiligen Land die „Lateiner" vertraten.

Wasser aus dem Jordan, Öl von Ampeln in der Grabeskirche, Erde, Steinchen und getrocknete Pflanzen sind die ältesten und zugleich heute noch die beliebtesten Andenken, die die Heilig-Land-Pilger mit nach Hause nehmen. Neben Jerusalem war Rom die heiligste Stadt. Von den historischen Romführern über die Papstmedaillen bis zu den Ziegeln von der Heiligen Pforte in St. Peter ist in dieser Schau alles ausgebreitet. Man liest erstaunt, daß Maria Ward, die Begründerin der Englischen Fräulein, bereits 1621 nach Rom pilgerte, und nicht ohne Bewunderung sieht man ihren großen Pilgerhut und ihre klobigen Schuhe, die sie auf dieser beschwerlichen Reise trug. Eine bunte, wundersame, fromme Welt öffnet sich hier vor unseren Augen.

Pilgerzeichen, vor allem die Jakobsmuschel, sollten die Reisenden auf ihrem Weg zu einer heiligen Stätte kenntlichmachen und schützen. Mirakelbücher, Devotionalien und Votivgaben findet man hier zuhauf. Opfergaben aus Holz, Wachs, Ton oder Metall. Kinderkrücken, ja sogar in Silber gefaßte Backenzähne und Gallensteine, in Silbermanschetten gefaßt, bezeugen die unterschiedlichsten Anliegen der Wallfahrer.

Die grenzübergreifende Bedeutung der Pilgerfahrten wird schließlich an Wallfahrtsorten aus aller Welt dokumentiert: Altötting, Montserrat, Lourdes, Einsiedeln, Mariazell, Aachen und Tschenstochau – sie alle sind auch heute noch Sinnbilder eines Erdenlebens, das als langer, mühsamer Weg zu einem höheren Ziel verstanden werden muß (bis 7. Oktober, Katalog 14 Mark, Handbuch 35 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Das Jesuskind als Pilger: Holzfigur mit textiler Bekleidung in Santiago de Compostela (18. Jh.)



Schwarze Mutter von Tschenstochau: Bäuerliche Nachbildung (Krakau, 19. Jh.), beide Wallfahrtsbilder aus der Münchner Ausstellung

FOTOS: WERNER NEUMEISTER

Hip Hop Culture: Stan Lathans Film „Beat Street"

Breakdance in der Bronx

Das Schema der neuen amerikanischen Musik- und Tanzfilme von „Saturday Night Fever" über „Fame" und „Flashdance" bis zu „Footloose" ist stets dasselbe: Junge Außenseiter und Underdogs tanzen sich aus kargen Verhältnissen mit Energie und Optimismus über alle Hindernisse hinweg in die lichten Höhen des amerikanischen Traums. Wichtig sind dabei aufpeitschende Musik und mitreißende Tanzeinlagen; die Handlung darf nicht stören.

Stan Lathans halbdokumentarischer Film „Beat Street" reiht sich makellos in dieses Genre ein. Nach Charlie Ahearns „Wild Style" und Joel Silbergs „Breakin'" ist es der dritte Breakdance-Film, der in der Bundesrepublik zu sehen ist, nach Auskunft des Regisseurs „der einzig authentische", tatsächlich der am ehesten sehenswerte.

Dieses Kulturphänomen trägt mittlerweile die Bezeichnung „Hip Hop Culture", wozu nicht allein die Roboter-Verrenkungen des Breakdance zählen, wie sie jüngst bei der olympischen Abschlußfeier brillant vorgeführt wurden – sondern auch das Scratchen der Discjockeys, das Rappen der Sänger, das Sprühen der Graffiti-Künstler.

Kenny (Guy Davis) ist der begabteste Breakdancer, Lee (Robert Taylor) der heißeste DJ, Ramon (John Chardiet) der flinkeste Spraydosen-Artist. Sie sind arbeitslos und finden ihren Lebensinhalt in den glitzernden Diskotheken oder in nächtlich verlassenen U-Bahn-Depots. Streit wird – Jogging-Anzüge rot gegen Jogging-Anzüge blau – im akrobatischen Breaking ausgetragen, im Falle Ramons durch Besudelung edelster Graffiti-Art.

Ramon ist der tragische Einzelgänger. Als er seinen neidvollen Konkurrenten mit der grauen Sudel-Spraydose auf frischer Tat ertappt, kommt es zum Handgemenge und zum gemeinsamen Tod an der Subway-Stromschiene.

Ramon hinterläßt Frau und Kind, und so versammeln sich die solidarischen Tanz- und Gesangsgruppen aus der Bronx zum Benefiz-Showdown im Szeneclub Roxy. Dieses Finale ist der charismatische Höhepunkt eines Filmes, der die Erzählstruktur musikalisch-rhythmischen Gesichtspunkten unterordnet und die Schutthalden und Brandmauern der Slums auf Fotogenität überprüft. Klar, daß dabei die intendierte sozialkritische Botschaft auf der Strecke bleibt; allerdings wäre das Publikum eines solchen Filmes daran auch am wenigsten interessiert.

DIETMAR BITTRICH

Bad Hersfelder Festspiele: Gluck und Monteverdi

Der allerbesten Gattin

Mit Opernaufführungen in der romanischen Stiftsruine wird seit vier Jahren die Festspielzeit in Bad Hersfeld abgeschlossen. Bad Hersfeld als Zentrum früher Opernkunst – das ist das Ziel des Dirigenten Siegfried Heinrich. Nach Gustav Rudolf Sellners Inszenierung des „Orfeo" von Claudio Monteverdi gab es 1982 mit des gleichen Komponisten „Krönung der Poppäa" in der Regie von David Walsh einen künstlerischen Reinfall erster Ordnung. Heinrich, dem gerade dieses Werk sehr am Herzen liegt, erreichte in diesem Jahr schon eine Neuinszenierung und brachte außerdem Glucks „Orpheus und Eurydike" zur Premiere.

Mit der Monteverdi-Inszenierung von Theodor Gerhard Kobler hatten die Verantwortlichen diesmal mehr Glück, wenn auch kein ungetrübtes. Kobler nutzt die 1200 Quadratmeter große Spielfläche und scheut sich nicht, die Sänger zu ihren Auftritten den 55 Meter tiefen Bühnenraum durchschreiten zu lassen. Apsis und Steinportale der Ruine läßt er in wechselndem Licht zu Bestandteilen seiner Regie werden. Ohne Requisiten-Schnickschnack versucht er, die affektgeladene Handlung vom Aufstieg der Geliebten Neros zur Kaiserin von Rom zu verdeutlichen.

Da die Regie auf Bildwirkung vertraut, wird sie zuweilen zu statuarisch. Allerdings verführt das von Siegfried Heinrich geleitete, auf historischen Instrumenten spielende Orchester nicht gerade zu Temperamentsausbrüchen. So gut das mit dem kargen Instrumentarium des 17. Jahrhunderts besetzte Ensemble die Stimmen zur Geltung kommen läßt, so fragwürdig ist es, ob mit solch einem Orchesterklang auf Sparflamme wirklich mehr für den heutigen Zuhörer gewonnen wird als die trügerische Illusion, eine Rekonstruktion des Originals zu erleben.

Die Solisten sind überzeugend in ihrer stilistischen Homogenität. Herausragend der britische Altus von David Cordier in der Rolle des unglücklichen Ottone und der Tenor Thanos Petrakis als Nero. Ingeborg Most als Kaiserin Vittoria, die von Nero verbannt wird, trifft genau den Ton der kühlen, auf Rache sinnenden Verstoßenen. Despina Calafati in der Rolle der Poppäa wirkt darstellerisch etwas bieder-brav, was aber durch die vokale Interpretation wettgemacht wird. Die einzige Travestie-Rolle, die Amme der Poppäa, gestaltet der Kontratenor Axel Reichardt zu einem ausgeflippten Kabinettstück, das den getragenen Charakter der Inszenierung wohltuend sprengt.

Bei Glucks „Orpheus", der in deutscher Sprache gesungen wird, wähnt man sich in einem schlechten Broadway-Musical. Was das ruhige Bad Hersfeld seinen Besuchern an Glitter und Glamour schuldig bleibt, versuchte Regisseur Mario Corradi in dem Sakralraum der Stiftsruine nachzuholen. Man traut sich kaum, das Wort von der Glückschen „Reformoper" in Zusammenhang mit dieser Aufführung niederzuschreiben. Den herrlichen, klar gegliederten Kirchenraum läßt der Regisseur verschandeln durch ein klassizistisches Pappmaché-Piedestal und die Attrappe einer römischen Grabkammer mit der sinnigen Inschrift „Der allerbesten Gattin".

Personenregie beschränkt sich darauf, Eurydike je nach Bedarf in diese Todesgruft hineingehen oder herauskommen zu lassen. Orpheus darf oder muß zwei Stunden lang die Rampe abschreiten, als ob er seinen Text zu memorieren hätte, während Amor die überwiegende Zeit auf der Grabkammer neckisch herumlümmelt. Um das ganze farbiger zu gestalten, werden je nach Stimmung mal endlos lange goldene Stoffbahnen, mal schwarzes Plastiktuch ausgelegt, auf denen Chor und Ballett in dilettantischen Zeitlupen-Bewegungen oder mit hektischem Armgewedel in Position zu gehen haben.

Auch musikalisch fällt die Gluck-Aufführung weit hinter Monteverdi zurück. Der Dirigent, wieder Siegfried Heinrich, brauchte bei der Premiere mehr als eine Stunde, um die Frankfurter Symphoniker zu einigermaßen akzeptablem Zusammenspiel zu bewegen. Die Chöre waren durchweg matt und konnten die ihnen von Gluck zugedachte handlungstragende Rolle in keiner Sekunde ausfüllen. Neben dem angenehmen Sopran von Erika-Maria Lehmann (Amor in beiden Opern) und der gegenüber ihrer Poppäa-Darstellung blassen Despina Calafati als Eurydike war wiederum der Altus Davie Cordier als Orpheus stimmlich das herausragende Merkmal der Gluck-Aufführung. Nach dem diesjährigen Monteverdi-Gluck-Wechselbad bleibt Skepsis bei der Frage, ob Bad Hersfeld zu einer überzeugenden szenischen Konzeption in Sachen „Frühe Oper" findet.

ALBIN HÄNSEROTH

Schriftsteller und ihr Lieblingsbrunnen (IX): Hans Weigels Danubius-Brunnen im Herzen Wiens

Erinnerung an Vater Rhein und Mutter Donau

Es ist für den Kunst- und den Zeitkritiker sehr schwierig, die Wirkung dessen, was er schreibt, festzustellen. Schreibt er gut über ein Theaterstück und das Stück hat Erfolg, hat es Erfolg, weil es gut ist, oder hat es Erfolg aufgrund der positiven Kritik? Und umgekehrt.

Manchmal hat der polemische Journalist negativen Erfolg. Ich schrieb einmal scharf gegen unseren Unterrichtsminister. Man sagte mir: „Du hast den Minister gerettet!" Die Regierung wollte ihn ausbooten, da kam der Artikel, und man wollte nicht den Anschein erwecken, daß ich ihn gestürzt habe.

Einmal aber habe ich durch Geschriebenes das Wiener Stadtbild verändert, unwesentlich zwar, aber immerhin: Und darauf bin ich sehr stolz.

Wo die Wiener Innenstadt von einer Bastei umgürtet war, welche um die Mitte des vorigen Jahrhunderts geschleift wurde, haben sich als ihre Reste einige Hügel erhalten, die erhaltenswert waren, zum Beispiel jener Hügel unweit der Wiener Staatsoper, der das Palais des Herzogs Albert von Sachsen-Teschen und seine illustre graphische Sammlung, die Albertina, trägt.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg die Stadt Wien stark lädiert und von Trümmern entstellt war, galt die Erneuerung auch einem, unterhalb der Erhöhung, sozusagen zu ebner Erde befindlichen Brunnen. Er bestand aus zwei zentralen Riesenfiguren, die Stadt Wien (Vindobona) und den Fluß Donau (Danubius) darstellend, rechts und links in Nischen kleinere Figuren, andere Flüsse der Monarchie verkörpernd, die Enns, die Mus, die Drau, den Inn zum Beispiel, die Theiss, die Save und andere. All diese Personifizierungen, aus Marmor gefertigt, waren (sind) von abnormer Scheußlichkeit, bildnerische Angstträume, den Stil heutiger Souvenirs vergrößert vorwegnehmend.

Besonders dumm war (ist) es, daß die Donau in der plastischen Darstellung des Brunnens männlichen Geschlechts ist. Als Kind habe ich das Riesenpaar immer als Vater Rhein und Mutter Donau empfunden.

Der Nestor des Wiener Kabaretts, Rudolf Weys, hat eine sehr hübsche, oft wiederholte Kabarettnummer im Dreivierteltakt geschrieben, da heißt es unter anderem:

„... der Bildhauer sah uns symbolisch,
er haute heraus uns aus Stein.
Ja, es können die schönsten Flüsse
das schiachste Denkmal sein."

Und tatsächlich: bei der Feststellung, welches Wiener Denkmal das häßlichste sei, würde dieser sogenannte Danubius-Brunnen trotz vielfacher Konkurrenz spielend den ersten Preis gewinnen.

Im Jahr 1869 wurde er enthüllt, nach 1945 wurde das ganze Ensemble verändert. Die ehrwürdige Albrechts-Rampe mußte einer Treppenanlage weichen, das bedingte auch eine Reduktion der Brunnen-Anlage.

Weiterhin befinden sich im Zentrum die Lady Wien und der Sir Donau, oberhalb von Wasser. In ihren Nischen rechts und links von ihnen stehen zu ihren Seiten nur noch zwei kleine Fluß-Statuetterln. Alles andere fließende Gewässer ist weggemauert.

So weit, so gut, beziehungsweise so immer noch gar nicht gut.

Doch die Grenze des Wahnsinns war überschritten, als die beiden Fluß-Figuren ihre Inschriften behalten hatten: „Save" beziehungsweise „Theiss".

Da war also im Herzen einer Republik zweier Flüsse ehrend gedacht, die mit dieser Republik nicht das geringste zu tun hatten.

Da schrieb ich eine böse Glosse. Und siehe da: Die Flüsse blieben, aber ihre Namen wurden immerhin gelöscht.

Und immer, wenn ich dort vorbeigehe, schwellt Stolz meine Brust. Durch die Macht der Kritik war der Brunnen zwar nicht weniger häßlich, aber immerhin etwas weniger blöd geworden.

HANS WEIGEL



„Der Bildhauer sah uns symbolisch ...": Figuren am Wiener Danubius-Brunnen, jede einen Fluß verkörpernd

FOTO: DIE WELT

JOURNAL

Pompejus-Denkmal in den Pyrenäen entdeckt?

AFP, Perpignan

Das Fundament eines Siegesdenkmals ist bei Le Perthus in den östlichen französischen Pyrenäen entdeckt worden. Möglicherweise handelt es sich um das Denkmal, das der römische Feldherr Gnaeus Pompejus Magnus (106–48 v. Chr.) errichten ließ und das insbesondere von Plinius erwähnt wurde. Wissenschaftler legten eine rund 30 Meter lange und vier Meter hohe Reihe von jeweils einer Tonne schweren Steinblöcken frei, bei denen es sich um die Basis der „Trophäen" des Pompejus handeln könnte, die Plinius an der Grenze zwischen Gallien und Iberien, vermutlich in der Nähe des heutigen Fort Bellegarde, ansiedelte. Pompejus hatte dort im Jahr 71 v. Chr. nach dem Tod des aufständischen Generals Sertorius und nach der Niederschlagung der Unruhen in Iberien ein Denkmal errichten lassen, das seine 876 zwischen den Alpen und der iberischen Halbinsel errungenen Siege feierte.

Ein echter Tizian stand im Keller

AP, Florenz

Ein Gemälde, das im Keller eines Hauses im mittelitalienischen Dorf Sant' Egidius alla Vibrata gefunden wurde, stammt von Tizian. Kunstprofessor Giuseppe Fiocco versicherte verbindlich, das Bild, das zwei Heilige darstellt, sei „zweifellos" ein Werk des großen Meisters der Hochrenaissance. Fachleute hatten gleich nach der Entdekkung des Bildes vor zwei Jahren mit der Untersuchung und der Restaurierung dieses Fundes begonnen.

Kanadische Filme für Toronto

AFP, Toronto

Die zehn besten kanadischen Filme sind für das Filmfestival von Toronto ausgewählt worden, das vom 6. bis zum 15. September stattfindet. Die Auswahl wurde jetzt bekanntgegeben: „Mon oncle Antoine" von Claude Jutra, „Goin' down the road" von Donald Shebib, „Les bons debarras" von Francis Mankiewicz, „L'apprentissage de Duddy Kravitz" von Ted Kotcheff, „Les ordres" von Michel Brault, „The grey fox" von Philip Borsos, „J. A. Martin photographe" und „Pour la suite du monde" von Pierre Perrault und Michel Brault sowie „La vraie nature de Bernadette" und „Nobody waved good-bye" von Donald Owen.

„Abiturjournal" soll Schulabgängern helfen

dpa, Düsseldorf

Mit einem „Abiturjournal" will die AOK-Düsseldorf Abiturienten und Fachhochschülern bei der immer schwieriger werdenden Berufswahl helfen. Oberstufenschüler aus verschiedenen Regionen haben in der kostenlos beziehbaren Broschüre ihre Erfahrungen mit Bewerbungen für Studium und Beruf zusammengestellt, um so ihren jüngeren Mitschülern einen Weg durch das Labyrinth der Ausbildungswege zu bahnen.

Die „Reihe Film" besteht zehn Jahre

DW. Bonn

Die „Reihe Film", die im Carl Hanser Verlag erscheint und bedeutenden Regisseuren und Schauspielern sowie Filmländern gewidmet ist, besteht jetzt zehn Jahre. Die sogenannte „blaue Reihe" ist damit die älteste Filmbuchreihe in der Bundesrepublik. In diesen Tagen ist als 30. Band „Rosa von Praunheim" herausgekommen. Zur Buchmesse im Oktober wird u.a. der Band „Michelangelo Antonioni" ausgeliefert.

Künstler stellen eine Gemeinschaftsarbeit vor

JGG. Köln

„Feder und Stift" lautet eine Gemeinschaftsarbeit von je 22 ost-, mittel- und auslandsdeutschen Grafikern und Autoren der Künstlergilde Nordrhein-Westfalen, die jetzt in der „Werkstatt Andreas Gryphius" erschienen ist. Die Grafiken, Kurzgeschichten und Gedichte nehmen Bezug auf die alte Heimat und die Wahlheimat. Gefördert wurde der Sammelband vom Düsseldorfer Sozialministerium.

Jagd auf „Terroristen" im Festspielhaus

dpa, Salzburg

Mit Entsetzen Scherz getrieben hat Götz Friedrich bei seiner Salzburger Festspiel-Inszenierung von Luciano Berios „Un Ré in ascolto". In der dritten (und letzten) Aufführung ließ Friedrich zwei „Terroristen" im Foyer Schüsse abgeben und dann, von „Polizisten" verfolgt, die Bühne stürmen. Die diensthabenden richtigen Polizisten wußten von diesem Regieeinfall nichts. Als sie in ihrem Dienstzimmer im Festspielhaus die Schüsse hörten, eilten sie auf die Bühne, wo sie dann über Schein und Sein informiert wurden.

Die Forscher wollen Schädlinge mit deren Waffen schlagen

Internationaler Insektenforscher-Kongreß in Hamburg

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Die Land und Forstwirtschaft ist auf dem falschen Weg: Statt Chemie im Kampf gegen Schädlinge sollten besser Marienkäfer und andere Insekten gegen ihre krabbelnden und geflügelten Artgenossen eingesetzt werden. Das erklärte der Kongreßpräsident Professor Berndt Heydemann aus Kiel auf dem internationalen Kongreß der Insektenforscher im Congress Centrum Hamburg (CCH). 2500 Wissenschaftler aus rund 90 Ländern wollen sich in der Hansestadt unter anderem über bessere Möglichkeiten der Schädlingsbekämpfung und Nützlingsschonung, Ökologie und Artenschutz informieren.

Weil die chemische Jagd auf Schädlinge zugleich auch die nützlichen Insekten tötet und damit ein ganzes Ökosystem verändern kann, plädieren die Wissenschaftler für sogenannten integrierten Pflanzenschutz, der mit möglichst wenig Chemikalien ganz gezielt nur die schädlichen Tiere angreift. Vor allem aber empfehlen die Insektenforscher (Entomologen), die räuberischen oder stechenden Tiere mit ihren eigenen Waffen zu schlagen: Bei der biologischen Schädlingsbekämpfung kann man (zum Beispiel Borkenkäfer) mit den eigenen Duftstoffen in die Falle locken. Oder man züchtet im Labor Marienkäfer und Schlupfwespen als Schädlingsjäger. Ein kleiner gepunkteter Käfer erledigt nämlich im Laufe seines Lebens 500 Blattläuse. Und die Schlupfwespen dezimierten 90 Prozent der Kohlweißlingslarven, als der Naturhaushalt noch intakt war. Die Wespen legen ihre Eier in die Schmetterlingsraupen.

Damit die Balance zwischen Schädlingen und deren natürlichen Feinden ausgeglichen bleibt, muß aber das Nahrungsangebot in der Natur durch wildwachsende Pflanzen ausreichen. Allein durch Nichtstun kann man hier weiterkommen, berichtete Heydemann. „In Schleswig-Holstein haben wir erreicht, daß die Straßenbauämter die Grasstreifen an Straßen und Wegen nicht mähten."

Wenn die europäischen Bauern nur so viel produzierten, wie ihre Landsleute verbrauchen, könnte man innerhalb von 10 bis 20 Jahren auf chemischen Pflanzenschutz verzichten, meint der Kieler Biologe. Einseitige Nutzung des Bodens und der Pflanzen, die bei weniger Aufwand immer mehr Früchte tragen und deshalb anfälliger sind, hätten einen zunehmenden Einsatz an Schutzmaßnahmen erfordert. Mit Sortenvielfalt auch beim Getreide und mit mehrjährigem Fruchtwechsel ließe sich der Schädlingsbefall auf natürlichem Wege reduzieren. „95 Prozent der Getreideschädlinge greifen Rüben nicht an." Allerdings erfordere das ein betriebswirtschaftliches Umdenken zum Beispiel für den Einsatz von Maschinen.

Vor vergleichbaren Problemen steht die Forstwirtschaft. Im mitteleuropäischen Wald leben über 10 000 Insektenarten und etwa 100 Schädlingsarten. Die Insekten halten den Wald am Leben, indem sie die Nährstoffe aus Nadeln und Blättern am Boden umsetzen helfen. Dabei seien die Insekten gegen schädliche Umwelteinflüsse länger widerstandsfähig als zum Beispiel der Regenwurm.

Wenn aber die Bäume, etwa durch sauren Regen, erst einmal angegriffen sind, fallen sie den Schädlingen besonders leicht zum Opfer, etwa dem Borkenkäfer. Wie man die „Baumkiller" gezielt bekämpft, wie man deren Duftstoffe, die sich offenbar je nach Distanz und Baumart ändern können, für Fallen einsetzt, wird auf dem Hamburger Kongreß besprochen.

Heydemann beklagte, daß nicht nur in Sachen Schädlingsbekämpfung und Ökologie die Wissenschaft hinter der Entwicklung herhinke und im Nachhinein die Folgen von Chemikalien für die Umwelt aufarbeite.

Der Kieler Professor fordert, daß die Forschung stärker in die Zukunft vorausarbeiten solle, um Tendenzen und Gefahren rechtzeitig zu erkennen. Als Beispiel nannte Heydemann die Gentechnologie, die derzeit zum Nutzen der Medizin Bakterien-Wirkstoffe herstellen lasse, zum Beispiel Insulin. Man entnehme den Bakterien das produzierte Insulin. Die abgetöteten Zellhüllen würden in Klärteichs abgelassen. Ob diese Restbestände aber auf Insekten einen Einfluß haben, die mit den Klärteichen in Berührung kommen, sei noch unerforscht.

Mit einer öffentlichen Ausstellung, die durch 25 deutsche Städte reisen wird, wollen die Wissenschaftler zeigen, warum die 1,4 Millionen Insektenarten auf der Welt sich in den vergangenen 500 Millionen Jahren so erfolgreich entwickelt und ausgebreitet haben. Heydemann sagt: „Sie können sich besonders gut und rasch auf ihre Umwelt einstellen."

Försters Feind: Der Borkenkäfer. Er wird mit seinen Duftstoffen in die Falle gelockt.
FOTO: BILD + NEWS

Die Schau zeigt jeweils die ökologischen Bedingungen und Probleme und die Antwort der Insekten auf die Erfordernisse. Ästhetik spielt bei den Bildern eine große Rolle. Die Besucher sollen die Krabbeltiere mit anderen Augen sehen, auch die lästigen, stets mißachteten, mit Gift, Lappen und Pantoffeln verfolgten: So betont Heydemann, Insekten seien durchaus nicht dumm. Sie können aus Erfahrungen lernen und assoziieren und das Wissen an die Nachkommen weitergeben.

„Das Gehirn der Insekten ist hochgradig spezialisiert, auch wenn es bei der Fliege nur die Größe eines Zehntel Stecknadelkopfes hat. In einem Kubikmillimeter Insektengehirn fänden bis zu fünf Millionen Schaltelemente Platz. Und das Farbfernsehen hätte die Natur mit dem Insektenauge bereits vor 250 Millionen Jahren erfunden. Die moderne Technik sei lediglich ein Nachbau. Es gebe kein perfekteres Medium der Nachrichtenübermittlung als den „Bienenpelz", mit dem chemisch kommuniziert werde.

Flugtechnik und Flügelkonstruktion seien selbst durch feinste Methoden nicht zu kopieren, die Strategie, sich an den Lebensraum anzupassen, überaus flexibel: Wenn sich die Umwelt kurzzeitig verändert, antworten die Insekten mit schnellem Generationswechsel. Bei stabilem Lebensraum können Insekten Generationslängen vom Menschentypus erreichen: Bei einigen Zikadenarten sind es bis zu 17 Jahre, bei bestimmten Bockkäferarten sogar 30 Jahre.

Eine Himalaya-Begegnung tragischer Art

Von JOHNNY ERLING

Es gibt ihn also doch – den Yeti. Mal hat er einen grauen, mal einen gelbbraun behaarten Körper, ist über 1,80 Meter groß und besitzt mindestens 35 Zentimeter lange Füße. *Vor allem aber verströmt der* aufrechtgehende affenartige Schneemensch mit zwei funkelnden Augen einen unverkennbaren Duft. Er riecht „knoblauchähnlich".

Zu diesem beachtlichen Ergebnis sind zwei Forscher an der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften gelangt, die sich an einer Urwaldexpedition an der Südseite des Himalaya beteiligten, wo die Vegetationsgrenze erst bei 4500 Metern Höhe liegt. Zwar, so ihr Bericht in der Zeitschrift „China im Aufbau", „streiften wir oft tagelang durch Urwälder und trafen allerhand Volk, nur keinen Yeti", aber dafür befragten sie auf ihrer einjährigen Expedition ausgiebig die Einheimischen.

Diesen war es unverständlich, wie an der Existenz der Bergwesen überhaupt gezweifelt werden könnte. Schließlich seien die Yetis und dabei besonders ihre weibliche Version alles andere als scheu. Davon wußten etwa zwei Kreisbeamte aus Zham Kou'an in Süd-Tibet zu berichten. Sie übernachteten in einem kleinen Holzhaus und wurden dabei von einem Yeti-Weibchen heimgesucht, das es auf den jüngeren Tibeter abgesehen hatte. Es gelang den beiden, die Yeti-Dame, die sie als braun behaart und mit „großen Brüsten" beschrieben und die sich „in ihrer freudigen Erwartung nicht wehrte", zu fesseln, aber sie entkam ihnen wieder.

Eine tragisch ausgehendes Liebesabenteuer soll auch ein gekidnappter Soldat der Volksbefreiungsarmee erlebt haben, der bei einem Patrouillengang durch dichten Wald spurlos verschwand. Einige Monate später kam ein Trupp Soldaten im Gebirge Quala an einer unzugänglichen Felswand vorbei und hörte laute Rufe aus einer Höhle in 50 Meter Höhe. Es war der



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Soldat, der im Angesicht seiner Kameraden den Sprung zu einer tieferhängenden Liane wagte. Er verfehlte sie leider. Sein Unglück wurde nicht nur von der Truppe, sondern auch von einem aus der Höhle auftauchenden Yeti-Weibchen beklagt, die „ihren behaarten Körper zeigte und sich davonschwang".

Solche und ähnliche Erlebnisse hörten die chinesischen Forscher immer wieder. Von den Yetis fanden sie allerdings nur wenige Spuren. Im Kreis Medog stießen sie auf 12 Zentimeter lange Haare und mehrfach auf den Kot, aus dem sich ergab, daß Yetis Wildfrüchte bevorzugen, Vögel und Tiere aber auch nicht verabscheuen. Aus den Berichten von Dutzenden von Augenzeugen machten sich die Wissenschaftler ein Bild vom Yeti als aufrechtgehendem Menschentier, das Steine werfen kann, aber Angst vor Feuer hat und mit seiner „Stimme verschiedene Empfindungen ausdrücken kann".

Daß Yeti-Weibchen junge Männer jagen, ist allerdings eine echte Neuigkeit, die die chinesische Expedition der Forschung beisteuerte. Ganz sicher ist sie sich dabei der Glaubwürdigkeit ihrer Zeugenaussagen nicht, denn „Verschleppungsängste" seien eine weitverbreitete Furcht der Minderheiten im Himalaya-Gebiet.

Die Ergebnisse der chinesischen Wissenschaftler decken sich mit den Erfahrungen von mittlerweile einem halben Dutzend Yeti-Expeditionen sowjetischer Bergsteiger im Pamirgebiet im südlichen Zentralasien. Auch sie sahen nie einen Yeti, brachten dafür aber verschiedentlich Gipsabdrücke von 34 bis zu 49 Zentimeter seiner Fußspur mit. Die von ihnen Befragten berichteten ähnliches wie die Minderheiten auf chinesischem Gebiet. Es bringe Unglück, Yetis zu jagen oder auf Yetis zu schießen. So konnte bislang noch keiner gefangen werden. Auch die Europäer und insbesondere die Briten, die 1915 zum erstenmal vom „unheimlichen Schneemenschen des Himalayas" kündeten, starteten immer wieder Expeditionen. Als ob eine geheime Seelenverwandtschaft zum schottischen Ungeheuer aus Loch Ness bestünde; der asiatische Yeti entzog sich bislang selbst modernsten Nachtsichtgeräten.

Nach ihrer ersten Expedition wollen die Chinesen dem Yeti nun an die Wurzel gehen. Schließlich werden eine Milliarde Menschen noch einen Yeti fangen können, zumal tibetische Grenzsoldaten, so die Pekinger Abendzeitung, bereits 1972 ein 1,54 Meter großes Weibchen mit riesigen Füßen in „Notwehr" töten mußten.

Im Herbst wird, kündigt das chinesische Bulletin „Zhongguo Xinwenshe" entschlossen an, eine großangelegte Suche gestartet. 10 000 Yuan (13 000 Mark) sind für einen lebendigen Schneemenschen ausgelobt. In der Industriestadt Wuhan ist zudem eine eigene Forschungsgesellschaft gegründet worden, nachdem in jüngster Zeit auch in der Provinz Hubei wiederholt Yetis gesichtet wurden. Die in Peking residierende Nationale Tierschutzgesellschaft scheint allerdings davon nicht viel zu halten. Der Yeti steht nicht auf ihrer Prioritätenliste schutzwürdiger Tierarten.

LEUTE HEUTE

TV-Bekenntnis

Ein wegen vielfachen Mordes seit einem Jahr in Brasilien gesuchter früherer Polizist hat im Fernsehen erläutert, warum er eine Vielzahl von Menschen getötet hat. „Ich habe die Leute getötet, weil sie anderen Menschen viel Leid zufügten", erklärte der 25jährige **Florisvaldo de Oliveira** einer privaten Fernsehgesellschaft. Wie viele Menschenleben er auf dem Gewissen hat, weiß Oliveira angeblich nicht mehr. Er meinte: „Beim 33. habe ich aufgehört zu zählen".

Aufgegeben

Susanna Agnelli hat das Handtuch geworfen. Nach zehnjährigem Kampf, den die jüngste Schwester des Fiat-Chefs **Gianni Agnelli** gegen die Bauspekulation auf der toskanischen Argentario-Halbinsel führte, hat sie resigniert ihr Bürgermeisteramt von Porto Santo Stefano niedergelegt. Susanna: „Ich hätte gerne noch bis zu den Gemeindewahlen im nächsten Jahr ausgeharrt, aber ich kann einfach nicht mehr." Hunderte von Abrißbeschlüssen hat sie durchgedrückt, aber mit dem Vollzug hapert es. Wählerrücksichten und Interessenverflechtungen wirken als grobkörniger Sand im Behördengetriebe. Immer mehr wird durch das rücksichtslose Roden und Bauen auch das ökologische Gleichgewicht gestört. „Wir müssen jetzt zunehmend mit Erdrutschen und Steinstürzen rechnen." Susanna Agnellis Fazit: „Hier fehlt einfach der politische Wille."

Dritter Versuch

Der ehemalige amerikanische Astronaut **James Irwin** (53) wird sich – nach 1982 und 1983 – zum dritten Mal auf die Suche nach den Überresten der biblischen „Arche Noah" machen. Die neue Expedition soll in Kürze starten. Die Arche wird auf dem 5165 Meter hohen Berg Ararat im Osten der Türkei, unweit der Grenze zur Sowjetunion vermutet. Der 53jährige Irwin war 1971 mit Apollo 15 zum Mond geflogen. Danach verließ er die Weltraumbehörde Nasa und trat einer Sekte bei.



„Wunderkind"

„Mein Wunderkind" nennt **Peggy Berghius** ihren fünf Monate alten Sohn Dennis. Jetzt konnte sie den Jungen aus dem „Orlando Regional Medical Center" wieder mit nach Hause nehmen. Dennis überlebte die operative Entfernung eines Tumors, der innerhalb weniger Tage so schnell gewachsen war, daß er 15 Prozent des Körpergewichts des Babys ausmachte.

Mit Verstecken soll's wieder klappen

Kampfanzüge und Fahrzeuge der Bundeswehr demnächst wie einst in Tarnfarbe

AP, Bonn

Der deutsche Soldat ist im Prinzip gut gekleidet und ernährt. Nur mit dem Verstecken hapert's. Doch das soll auf Intervention des Heeres-Inspekteurs Meinhard Glanz anders werden. Die Bundeswehr wird, wie der Parlamentarische Staatssekretär Peter Kurt Würzbach gestern verkündete, tarntechnisch zu ihren Ursprüngen zurückkehren. Der gefleckte Tarnanzug soll wieder eingeführt und im Herbst damit begonnen werden, Panzer und Lastwagen scheckig anzupinseln.

Warum denn die Kampfanzüge der guten alten Zeit eigentlich eingemottet und durch den einfarbigen NATO-Oliv-Dress ersetzt worden seien, wurde Glanz gefragt. Antwort: „Der gefleckte Tarnanzug entsprach nicht mehr der Mode." Im übrigen *gebe es heute Farben*, „die auch nach zehn Jahren noch frisch wirken", begründete der Generalleutnant sein „Glanz-Stück".

Daß die Ministerialen auf der Hardthöhe durchaus Verständnis für den Wunsch der Landser haben, auch im Gelände fesch gekleidet zu sein, ließ Würzbach durchblicken: „Wenn man nicht angezogen ist mit Klamotten, die einem gefallen, fühlt man sich nicht wohl." Und dann gab der Staatssekretär das Zeichen. Eine weiße Zwischenwand aus Kunststoff schwebte wie von Geisterhand gezogen zur Decke der „Mehrzweckhalle" empor und erlaubte „einen Gesamtüberblick über die Bekleidung und persönliche Ausrüstung sowie die Verpflegung des Soldaten".

Würzbach präsentierte die militärische *„Modenschau"* branchengerecht: „Hier haben wir eine ausgesprochen leichte Qualität", sprach er, sachkundig den Stoff eines Overalls für Motorrad-Melder prüfend. Dann leitete er über zur „Biege- und Knickprüfmaschine", mit der die Widerstandsfähigkeit von Kampfstiefeln getestet wird, die auch „nach sechs Stunden im Regen innen noch knochentrocken sein müssen".

Nebenan ein als „Beregnungsprüfer" ausgewiesenes Gerät, mit dem der Grad der Wasserabweisung von Stoffen untersucht wird. Auf die Frage, ob damit getestet werde, wie lange Verteidigungsminister Wörner im Regen stehen gelassen werden könne, *antwortete der Staatssekretär*: „Dem macht Regen nicht so viel aus."

Der Gesuchte saß in seinem Büro

AP, Frankfurt

Rauschgiftfahnder der Frankfurter Polizei haben einen der bekanntesten Warenterminhändler Frankfurts in seinem Büro festgenommen, nachdem er schon fünf Jahre lang mit drei Haftbefehlen wegen dringenden Verdachts des Millionenbetruges gesucht worden war.

Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, seien die eigentlich zuständigen Beamten des Betrugskommissariats gerade bei einer „umfassenden Durchsuchungsaktion" in einer anderen Sache unterwegs gewesen. Da habe man sich der „Rauschgiftfahnder" bedient, die auch ganz gerne „mal etwas anderes" hätten machen wollen. Einer von ihnen habe sich als Interessent ausgegeben und den 45 Jahre alten „Berater" festgenommen.

Aussiedler als Besuchsreisende

AP, Freiburg

Nach Beobachtungen des Deutschen Caritasverbandes hat sich die Struktur der Spätaussiedler gegenüber früheren Jahren verändert. Wie der Verband gestern in Freiburg mitteilte, entscheidet sich heute eine wachsende Zahl von Alleinreisenden und Besuchsreisenden erst nach dem Eintreffen in der Bundesrepublik zum Bleiben. Da diese Neuankömm*linge immer schlechtere Deutsch*kenntnisse hätten, scheint der Caritas eine Überarbeitung des Konzepts der Sprachförderung notwendig.

Um eine effektivere Sprachvermittlung zu ermöglichen, müsse die Personenzahl pro Kurs herabgesetzt werden. Auch sei eine stärkere Berücksichtigung von unterschiedlichen Bildungsstufen notwendig.

„Mann im Ohr" wird Wirklichkeit

dpa, Düsseldorf

Der „kleine Mann im Ohr" ist da – die Rundfunkindustrie hat's möglich gemacht. Nur 58 Gramm wiegt der Winzling, der auf der „hifivideo" in Düsseldorf vorgestellt wird. Das Stereoradio für UKW-Empfang ist halb so groß wie eine Streichholzschachtel. Auf einen Kopfhörer montiert, fällt das kleine Ding kaum ins Auge.

Dieses kleinste und leichteste Stereo-Kopfhörerradio ist nur eine von vielen Neuentwicklungen, mit der die Aussteller der Unterhaltungselektronik-Branche von morgen an auf dem Düsseldorfer Messegelände aufwarten. Mehr als 370 Aussteller aus 20 Ländern werden erwartet. Neben der Losung „kleiner, flacher, leichter" ist „Digitalisierung" das zweite Zauberwort der „hifivideo 84".

Hundeleben im real existierenden Sozialismus

Auch das Hundeleben im Polen des real existierenden Sozialismus ist kein leichtes, erklärte unlängst eine polnische Zeitung. Besonders großer Nachfrage erfreuen sich neuerdings dressierte Hunde, die *sozusagen der Opposition* nahestehen. Beispielsweise beim Zuruf „ein Kommunist" fletschen sie furchterregend ihre Zähne.

Edlen Geblüts sind die „Alkohol-Schnüffel-Hunde", die ein cleverer Züchter für Polizei und Kripo dressiert. Es handelt sich hierbei um deutsche Schäferhunde, die unter anderem abgerichtet werden, um Schwarzbrennereien und illegale Trinkstuben aufzuspüren, die unversteuerten Wodka ausschenken und deren Zahl ständig wächst.

Weiter im Kurs sind dressierte „Säuferhunde", die fröhliche Zecher sicher an Polizeistreifen und öffentlichen Ausnüchterungsstuben vorbei nach Hause führen oder – falls diese sich nicht mehr auf den Beinen halten können – Frauchen herbeiholen. Es handelt sich vornehmlich um Vertreter der „Promenadenmischung", die von findigen Polen abgerichtet werden.

Star der polnischen Medien ist gegenwärtig der Hund „Homo", nach Angaben seines Herrchen, des Facharbeiters J. Podolak, ein Nachkomme der legendären sowjetischen Leika und eines Haski. „Homo" spielt gern Klavier, noch vor seiner Stimmbandoperation konnte er das gängigste polnische Fluchwort, nämlich „Hure", aussprechen. Das wurde inzwischen auf Tonband festgehalten. Die polnischen Gerichte wiesen Klagen von wütenden Tierschützern zurück, die Podolak wegen Tierquälerei verklagt hatten. Professoren der Landwirtschaftsakademie Warschau attestierten Podolak, daß bei „Homo" alles in bester Ordnung sei.

Die Verbraucherzeitschrift „Veto" rief die Polen auf, sich doch einen Rassehund zu leisten. Er fördere das Selbstbewußtsein und der Nutzen sei größer als der Ärger mit leeren Fleischerläden und dem Schlangestehen. „Veto" veröffentlichte eine umfangreiche Preisliste, aus der hervorgeht, daß ein Dackel der Spitzenklasse umgerechnet nur 200 Mark kostet. Die Preisliste wird angeführt vom „Golden Red River", der nur gegen Devisen verkauft wird, zum Preis von 500 Mark. Die Hundezüchter wurden gleichzeitig aufgefordert, mehr Tiere in den Westen zu exportieren, um die leeren Devisenkassen *des Landes zu füllen.*

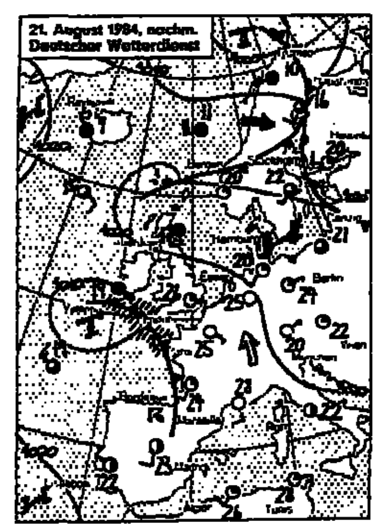
Die meist auf Provisionsbasis tätigen vielen Hundefänger, die mit den Hundezüchtern zu den gut situiertesten Berufen Polens zählen, machen den Hunden das Leben allerdings schwer: Ebenso wie in westlichen Ländern Usus, fangen sie nicht nur herumstreunende Vierbeiner, sondern illegal alle, die ihnen in den Weg kommen. Ein Teil wird an staatliche Forschungsinstitute abgeliefert, der andere via Mittelsmänner als Rassehunde an Privatpersonen verhökert. Wie stets selbstverständlich zu stattlichen Preisen.

Nicht selten stellt das neue Herrchen bald fest, daß beim angeblichen Schäferhund sich bald der Schwanz kräuselt, beim Cockerspaniel die Ohren steif werden, schreibt dazu die Zeitschrift „Panorama". Bis er eines Tages das arme Tier vor Wut einfach aussetzt.

Dem soll jetzt entgegengewirkt werden. Nur über das „Wie" ist man sich noch nicht im klaren. J. G.

WETTER: Sommerlich

Wetterlage: Das mitteleuropäische Hoch wandert langsam ostwärts, so daß im weiteren Verlauf feuchtwarme Biskayaluft nach Deutschland vordringen kann.



Vorhersage für Mittwoch:
Im gesamten Bundesgebiet in den Frühstunden dunstig, vereinzelt auch neblig. Am Tage sonnig und Erwär*mung auf 27 bis 31 Grad. Tiefstwerte* nachts 16 bis 13 Grad. Schwacher Wind, vorherrschend aus Südost.

Weitere Aussichten:
Am Donnerstag im Westen einzelne Wärmegewitter. Am Freitag in allen Gebieten zunehmend schwül und gewittrig.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	24°	Kairo	30°
Bonn	24°	Kopenh.	21°
Dresden	22°	Las Palmas	22°
Essen	25°	London	26°
Frankfurt	24°	Madrid	23°
Hamburg	20°	Mailand	22°
List/Sylt	20°	Mallorca	29°
München	20°	Moskau	15°
Stuttgart	22°	Nizza	26°
Algier	26°	Oslo	21°
Amsterdam	23°	Paris	25°
Athen	27°	Prag	21°
Barcelona	27°	Rom	22°
Brussel	24°	Stockholm	22°
Budapest	24°	Tel Aviv	28°
Bukarest	30°	Tunis	28°
Helsinki	20°	Wien	22°
Istanbul	24°	Zürich	22°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 6.20 Uhr, Untergang: 20.28 Uhr; **Mondaufgang:** 1.22 Uhr, Untergang: 19.01 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Immer mehr Studenten radeln zur Universität

dpa, Bonn

Immer mehr Studenten benutzen für den täglichen Weg zur Universität das Fahrrad. Dies geht aus einer gestern in Bonn vom Deutschen Studentenwerk (DSW) veröffentlichten Untersuchung des Hochschul-Informations-Systems (HIS) Hannover hervor.

Als mögliche Ursachen nannte HIS die Verschlechterung der finanziellen Situation vieler Studierender, das gewachsene Umweltbewußtsein und Mangel an Pkw-Parkplätzen im Bereich vieler Hochschulen. Während 1973 rund 47 Prozent der Studenten für die Fahrt zur Universität den Pkw, das Motorrad oder Moped benutzten, sind es jetzt nur noch 36 Prozent. Dagegen stieg der Anteil der Radfahrer von sechs (1973) auf 23 Prozent.

Weinselige Briten

AFP, London

1984 wird für Wein ein absolutes Rekordjahr in Großbritannien. Dies zeigen die jüngsten Statistiken der britischen Wein- und Spirituosenhändler. Danach dürfte der Weinverbrauch, der ohnehin in den letzten Jahren im Ansteigen war, 1984 einen regelrechten Sprung nach oben machen. Die bisherigen Vergleichszahlen liegen bei Tafelwein 40 Prozent und bei Schaumwein 30 Prozent über den Vorjahresergebnissen.

Im Koma Kind geboren

dpa, Winter Haven

Ein im Koma liegendes 16jähriges Mädchen, das durch künstliche Beatmung am Leben gehalten wird, hat in Winter Haven (US-Bundesstaat Florida) ein gesundes Kind zur Welt gebracht. Das fünf Pfund schwere Mädchen wurde durch Kaiserschnitt entbunden. Die 16jährige Tammy Hicks, Frau eines US-Soldaten, ist seit einem Autounfall im Februar bewußtlos. Sie wird künstlich ernährt.

Golfball-Hagel

AP, Udine

Ein Sturm mit Hagelkörnern so groß wie Golfbälle hat in der nordostitalienischen Region Friaul auf 2300 Hektar Reben und Getreide vernichtet. Die Behörden schätzen den Sachschaden auf umgerechnet sieben Millionen Mark.

In der Scheune verbrannt

AP, Calw

Bei dem Brand zweier Scheunen in Bad Teinach-Zavelstein bei Calw im Schwarzwald sind am Montag zwei Jungen im Alter von acht und elf Jahren ums Leben gekommen. Wie ein Sprecher der Polizei in Calw gestern mitteilte, könnten die zwei Kinder den Brand selbst verschuldet haben.

„Calypso" wird versenkt

SAD, Paris

Der Meeresforscher Jean-Yves Cousteau will nach der nächsten Reise sein Schiff „Calypso" im Meer versenken. Dies gab er in Paris bekannt. Cousteau und seine Mannschaft wollen vier Jahre lang mit dem Schiff im südlichen Pazifik operieren. „Dann werde ich das Boot versenken, ehe ich es prostituiere", sagte Cousteau. „Wir haben ein Kaufangebot aus den USA von 5,2 Millionen Dollar abgelehnt." Die Calypso ist ein ganz aus Holz gebautes, 43 Meter langes ehemaliges Minenräumboot. Cousteau hatte es 1944 gekauft und umgebaut.

Kohle vor Maggies Haus

rtr, Zürich

Junge Schweizer Trotzkisten haben in der Nacht zum Dienstag einen Kohlehaufen vor der Ferienwohnung der britischen Premierministerin Margaret Thatcher am Zuger See abgeladen. Sie wollten Frau Thatcher damit an die streikenden Bergarbeiter in Großbritannien erinnern, sagten die Demonstranten zu Journalisten.

Auto-Beller

rtr, Napier

Der Neuseeländer Lawrence Raymond Tonkin aus Napier soll sich an die Hundeleine legen lassen, wenn er wieder zum Alkohol greift und auf der Fahrbahn Autos anbellt. Diesen *Rat gab ihm Richter Douglas Tucker.* Tonkin hatte durch seine Bellerei den Verkehr gestört. Er wurde zu einer Geldstrafe von umgerechnet rund 210 Mark verurteilt.

ZU GUTER LETZT

„Hier wohnt der Bundeskanzler nicht." Inschrift an einem Haus in St. Gilgen am Wolfgangsee neben dem Ferienhaus der Familie Kohl.